

ENERGIEDEPESCHE

INFORMATIONEN FÜR ENERGIEVERBRAUCHER

September 2009 | 23. JAHRGANG | 5€

3 | 09



NEUE STUDIE DER ENERGY WATCH GROUP

In 30 Jahren Ölförderung halbiert

LEICHT 200 EURO JÄHRLICH SPAREN

Stromanbieterwechsel leicht gemacht

SELBST AUSSUCHEN UND SPAREN

Schornsteinfeger frei wählen!



Liebe Leserinnen und Leser,

Sicher haben Sie zunächst Ihren Augen nicht getraut, als Sie dieses neue Heft zur Hand nahmen: Die gute alte *Energie-Depesche* hat sich einer Verjüngungskur unterzogen. Das bisherige Layout hat immerhin 14 Jahre lang gedient. Nun haben wir die Köpfe rauchen lassen, um Ihnen die *Energie-Depesche* künftig in einer ansprechenden, modernen und gut lesbaren Form zu präsentieren. An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich bei dem Berliner Grafiker Oliver Kleinschmidt, der das neue Design entworfen hat, und bei der Kölner Grafik-Designerin Isabell Blümling, die das neue Layout in gewohnt routinierter Form realisierte.

Finden Sie das Ergebnis ungewohnt? Nun, wir haben uns alle an das bisherige Erscheinungsbild gewöhnt. Zudem fällt es bekanntlich immer schwer, von alten Gewohnheiten Abschied zu nehmen. Andererseits: „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und hilft zu leben.“ Lassen Sie sich also verzaubern und bezaubern vom neuen Gesicht der *Energie-Depesche*. Sie werden sich binnen Kurzem an die neuen Seiten gewöhnen und hoffentlich darüber freuen, wie schnell Sie einen Überblick gewinnen und wie gut lesbar die Texte nun sind. Oder können wir Ihrer Meinung nach noch etwas verbessern? Dann schreiben Sie uns bitte.

Nehmen Sie dieses Heft doch zum Anlass, mit einer anderen Gewohnheit zu brechen: Wechseln Sie den Stromanbieter! Wie das geht und worauf Sie achten sollten, lesen Sie auf Seite 30. Auch Ihrem bisherigen Schornsteinfeger können Sie Lebewohl sagen und damit Geld sparen, Details auf Seite 14.

Im Jahr 2030 könnte sich die weltweite Ölfördermenge halbieren, während der Energiehunger der Welt bis dahin um 45 Prozent wächst. Auch Kohle, Gas und Uran helfen nicht aus der Klemme, denn auch sie sind endlich. Nur die Erneuerbaren könnten uns helfen. Dies begründet der renommierte Energiewissenschaftler Thomas Seltmann auf Seite 26. In früheren Heften war zu lesen, was das für unsere Gesellschaft bedeutet. Wie werden wir wohl im Jahr 2030 leben? Den Wandel positiv zu gestalten, ist eine gewaltige Herausforderung. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam dazu einen Beitrag leisten.

Besonders viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen auch diesmal

ARIBERT PETERS



26 Peak-Öl: In 20 Jahren halbiert sich die weltweite Ölfördermenge. Auch Kohle, Gas und Uran reichen nicht viel weiter. Erneuerbare können Ersatz liefern.

AKTUELLES

- 4 Sparlampen
Stromfresser Internet
Nissan baut Akkus für Elektroautos
- 5 Sondergutachten Monopolkommission
- 6 Thüga-Verkauf
- 7 Neue Heizkostenverordnung
Klimawandel unumkehrbar
Vertragsverletzungsverfahren der EU

ENERGIEPROTEST

- 8 Aktuelle Gerichtsurteile
Zur Kasse bitte:
Geld von Versorgern zurückholen
- 10 Unfreiwilliger Abschied:
Kündigung von Sonderverträgen
- 11 Tarif- oder Sondervertragskunde?

POLITIK

- 12 König Kunde zahlt drauf:
Liberalisierung nutzt Eigentümern
- 14 Konkurrenz am Kamin
- 15 Die neue Kehr- und
Überprüfungsverordnung



30 Stromanbieter wechseln: Wer sich vom Grundversorgungstarif verabschiedet, spart 100 bis 200 Euro jährlich. Wie geht der Anbieterwechsel?

ZU HAUSE

- 16 Leserbrief/Erratum
- 18 Problemzone auf dem Prüfstand:
Der Heizungscheck
- 20 Das Energielabel:
Eine energetische Erfolgsstory
Ökodesign-Richtlinie

STROM AKTUELL

- 22 Verständliche Rechnungen
Atomstrom erhöht Strompreise
Ökostrom im Trend
Schweizer Strom sauber?
- 23 Strommessgeräte
Smart-Meter ohne Mehrkosten

ERNEUERBARE

- 24 Staubemissionen von Holzheizungen
IRENA in Abu Dhabi
PV-Preise purzeln
- 25 Geothermie-Ausbau langsam
PV Förderung in China
- 26 Peak-Öl: Vom Überfluss zur Knappheit
- 35 Desertec: Solare Fata Morgana?



37 CCS-Gesetz gestoppt: Eine äußerst erfolgreiche Bürgerbewegung stoppt die CCS-Pläne für den Norden: Der Kampf geht weiter.

TIPPS

- 29 Hydraulischer Abgleich
Öffentliche Beschaffung
Pumpenzuschuss
- 30 Stromanbieter wechseln
- 32 Wohl dem, der dämmt: Die neue EnEV
- 33 Halbe Sachen statt ganze Sanierung

KOMMENTAR

- 34 EnEV zu soft

UMWELTPOLITIK

- 36 Kein CO₂-Klo in Friesland
- 37 CCS nicht durchsetzbar
- 38 Stromsparen sinnlos?

INTERN

- 39 Energieunrecht: Gericht stoppt Entega
- 40 Petitionsausschuss bügelt ab
Energiespar-Show
Rückforderung Gaspreise
- 41 Service
- 42 Vor-Ort-Energieberater
- 43 Bücher, Veranstaltungen

Die Energiedepesche erscheint vierteljährlich.

Einzelheft

5,00 Euro inkl. MwSt., Abo für 4 Hefte inkl. Versandkosten: 22 Euro
Für Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber

Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1, 53572 Unkel
Tel.: 02224.9227-0 | Fax: 02224.10321
redaktion@energiedepesche.de
www.energieverbraucher.de
Postgiro Köln, Kto 17573-508
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.

Aribert Peters

Redaktionsschluss

15. August 2009

Mitarbeiter dieses Hefts

Werner Asmus, Heinz-J. Bontrup,
Hans-Josef Fell, Wolfgang Frei,
Leonora Holling, Wulf Kannegießer,
Rals-M. Marquardt, Oliver Mogwitz,
Thomas Seltmann, Aribert Peters,
Oliver Stens, Ann-Isabell Thielen,
Dieter Wolff.

Grafisches Konzept

Oliver Kleinschmidt, Berlin
www.buero-kleinschmidt.de

Layout

DesignBüro Blümling, Köln
mail@bluemlingdesign.de

Bildnachweis

B.Lammel; Ann-Isabell Thielen;
Solar Millennium AG; Paul-Langrock;
Aribert Peters; Fotolia; Bertold Werk-
mann, Sigtrixs, Forgiss, martreya,
Dustin Lyson, Peter Baxter, bilderbox;
iStock: internet; pixelio: Manfred-
Schimmel, BirgitH, Manfred-Jahreis,
RainerSturm, Joujou, Dieter-Schütz

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage
der Solid Capital AG, Weißenburg bei.

Anzeigenleitung

BigBen Reklamebüro
Tel.: 04293.890 89 0
Fax: 04293.890 89 29
br@bb-rb.de
www.bb-rb.de/energiedepesche

Druck

Krahe Druck GmbH, Unkel
www.krahe-druck.de

ISSN 0933-8055
Vertriebskz Z 2045 F

Nachdruck oder Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.

SPARLAMPEN

Keine bedenkliche Strahlung

Wissenschaftler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg haben den von Energiesparlampen ausgehenden Elektrosmog untersucht. Ergebnis: Das von handelsüblichen Energiesparlampen ausgehende elektrische Feld ist um ein Vielfaches stärker als das einer Glühlampe. Die Strahlung unterschreitet jedoch stets die Grenzwerte, die die Internationale Kommission zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (ICNIRP) empfiehlt.

Die Wissenschaftler untersuchten 37 Energiesparlampen zwischen fünf und 30 Watt, darunter ein als „strahlungsarm“ verkaufte

Produkt. In einer Entfernung von 30 Zentimetern registrierten die Experten bei 30 Watt höchstens eine elektrische Feldstärke von 59 Volt pro Meter. Der ICNIRP-Grenzwert liegt bei 87 Volt pro Meter.

Lampen mit elf Watt erreichten zwischen acht und 14 Prozent, die „strahlungsarme“ Elf-Watt-Variante rund ein Prozent des Grenzwerts. Die Stärke des elektrischen Felds nahm mit der Entfernung rapide ab: In einem Meter Distanz kamen die Messgeräte selbst bei der 30-W-Energiesparlampe an die Nachweisgrenze.

Die magnetischen Felder waren bei allen untersuchten Lampen äußerst schwach. Die elektrischen und magnetischen Felder der Energiesparlampen umfassen einen großen Frequenzbereich: Zu den 50 Hertz der Stromversorgung kommt die im Vorschaltgerät erzeugte Betriebsfrequenz von einigen Dutzend Kilohertz, die zusätzlich mit Oberwellen einhergeht.

Messungen mit einem Kopfphantom und Computersimulationen zur Abschätzung der Stromdichte im Körper des Menschen ergaben, dass der geltende Grenzwert höchstens zu rund drei Prozent erreicht wird.



ELEKTROAUTOS

Nissan baut Akkus für E-Autos

Nissan, nach Stückzahlen der größte Autoproduzent in Großbritannien, investiert 480 Millionen Euro in zwei Werke zur Produktion von Akkus für Elektroautos. Für die Fabriken in Großbritannien und Portugal habe man sich die finanzielle Unterstützung der Regierungen gesichert, hieß es. In England will Nissan 231,8 Millionen Euro investieren, in Portugal 250 Millionen.

Jedes der beiden Werke soll jährlich 60.000 Akkus produzieren.

Portugal erwägt, den Kauf von E-Autos mit bis zu 6500 Euro zu subventionieren. Neue Gebäude müssten künftig Ladestellen für E-Autos aufweisen. Zudem sollen spätestens 2011 rund 20 Prozent aller Behördenfahrzeuge elektrisch fahren.

ENERGIEVERBRAUCH

Stromfresser Internet



Nach einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Zuverlässigkeit und Mikrointegration und des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung betrug der Stromverbrauch für Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland bereits 2007 etwa 55 Milliarden Kilowattstunden. Das sind 10,5 Prozent des gesamten Jahresstromverbrauchs. Bis 2020 sei eine Steigerung um 20 Prozent auf jährlich 67 Milliarden Kilowattstunden zu erwarten. Gründe seien die Zunahme des Datenverkehrs, der Geräte und der damit einhergehenden Rechen- und Speicherleistung. Dabei entpuppten sich die privaten Haushalte als besonders stromintensiv: Sie verbrauchten knapp 60 Prozent. Eine große Rolle spielen Fernseher und Computer mit immer größeren Displays, Fortschritte im Bereich des hoch auflösenden Fernsehens, die Zunahme von Audio- und Videodaten sowie der Interaktivität und Personalisierung von digitalen Dienstleistungen.

Unterdessen haben Wissenschaftler an der TU Berlin den Stromverbrauch von Rechenzentren untersucht. Ergebnis: Die 29.000 deutschen Rechenzentren verbrauchen jährlich acht Milliarden Kilowattstunden Strom und damit fünfmal mehr Energie als 1998. Die gemittelte Energieeffizienz (PUE Power Usage Effectiveness) der Zentren liegt bei 1,7 und ist damit deutlich geringer, als die üblicherweise genannte PUE von 2,0. Das besonders sparsame Google-Rechenzentrum in St. Clara (Kalifornien) liegt bei etwa 1,3. Laut der Studie kann bereits eine Verschattung der Fenster den Kühlbedarf der Rechenzentren spürbar senken.

Kein funktionsfähiger Wettbewerb

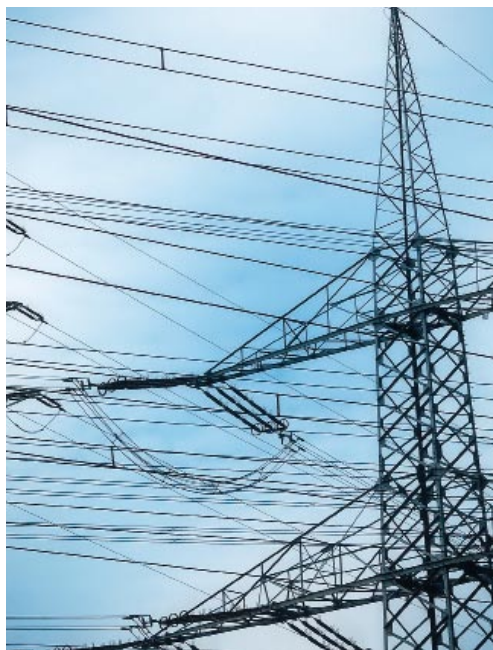
In ihrem zweiten Sondergutachten zu den Energiemärkten äußert sich die Monopolkommission „sehr unzufrieden“: Es gebe immer noch keinen funktionsfähigen Wettbewerb.

Beim Strom sei die Marktmacht der vier großen Unternehmen *E.on*, *RWE*, *EnBW* und *Vattenfall Europe* nach wie vor zu groß, so die Kommission. Sie produzierten rund 85 Prozent des Stroms.

Das könne sich in den Großhandelspreisen niederschlagen, Erzeugungskapazitäten könnten ohne Sanktionen auf dem Großhandelsmarkt zurückgehalten werden. Nötig sei eine unabhängige Überwachungsstelle für den Großhandel an den Börsen.

Insgesamt sei es wichtig, die Anbieterstruktur aufzubrechen, zum Beispiel durch eine stärkere Öffnung des Stromnetzes für ausländische Anbieter. Mehr Grenzkuppelstellen könnten es attraktiver machen, Kraftwerke außerhalb Deutschlands zu bauen.

Kapazitäten an Eng- und Grenzübergangsstellen sollen versteigert werden und die Erlöse zum Ausbau der Nadelöhre verwandt werden. Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke schaden dem Wettbewerb und zögerten den Neubau neuer Kraftwerke hinaus, so die Kommission. Damit werde indirekt das derzeitige Oligopol der vier Erzeuger gestärkt und Newcomern der Einstieg erschwert. Es brauche klare Rahmen-



bedingungen für Investitionen in Kohle- und Gaskraftwerke. Wenig wirkungsvoll sei die Novelle des Wettbewerbsrechts, weil sie nicht an die Wurzeln des fehlenden Wettbewerbs gehe, so die Kommission.

Nach Ansicht der Monopolkommission leisten EEG und KWKG unterm Dach des europaweiten CO₂-Zertifikatehandels keinen Beitrag zur Verringerung des europäischen CO₂-Ausstoßes, verteuern aber die Stromproduktion, halten andere Anbieter aus dem Markt und verengen den Spielraum der Politik für weitere Klimaziele (siehe dazu Seite 38).

Energiepolitik „abgewatscht“

Beim Gas gebe es in Deutschland zu wenige und gleichzeitig zu mächtige Anbieter, so die Monopolkommission. Der Handel sei nicht ausreichend liquide und es gebe immer noch zu viele unterschiedliche Marktgebiete. Es reichten zwei Gebiete für die beiden unterschiedlichen Gasqualitäten in Deutschland.

Das vereinfache den Gastransport, erleichtere neuen Anbietern den Eintritt in den Markt und mache den Transport preiswerter. Außerdem müsse die Politik das Verfahren erleichtern, den Gasanbieter zu wechseln. Bislang hätten nur ein Prozent der Verbraucher diesen Schritt gewagt.

Die Monopolkommission kritisiert in dem Gutachten, dass in keinem Missbrauchsverfahren des Bundeskartellamts gegen Gasversorger ein rechtskräftiger Bescheid ergangen ist. Das Mißbrauchsverfahren der EU gegen *E.on* wird heftig attackiert: Das politische Ziel einer adäquaten Gestaltung der Marktstruktur sei in sachwidriger Weise mit Missbrauchsverfahren verknüpft worden.

Der Bund der Energieverbraucher e.V. hatte in zwei Anhörungen gegenüber der Kommission die Position der Energieverbraucher dargestellt.



Low-e-Beschichtung für Gebäude

Fenster nutzen das Prinzip schon lange, jetzt gibt es low-e-Beschichtungen auch für Gebäudefassaden. Diese Schichten wirken für Wärmestrahlen wie ein Spiegel: Im Sommer mindern sie die Einstrahlung und damit die Erwärmung, im Winter reflektieren sie die Abstrahlung von Wärme nach draußen und damit den Wärmeverlust. Forschern gelang es nun, diese Beschichtung auch auf Textilien und Folien aufzubringen. Die Materialien können auf der Gebäudeaußenseite den Dämmwert U um bis zu 47 Prozent senken. Der Effekt ist umso größer, je schlechter die ursprüngliche Dämmung ist. Deshalb eignet sich die Beschichtung nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu einer Wärmedämmung.



Netzentgelte: Zwei Milliarden zuviel

Weil Netzbetreiber bis zur Entscheidung der Regulierungsbehörden im Jahr 2007 zu hohe Netzentgelte gefordert haben, müssen diese Mehrerlöse in Höhe von rund zwei Milliarden Euro an die Verbraucher zurückerstattet werden. Das hat der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil 2008 entschieden (*Urteil vom 14. August 2008, Az KVR 39/07*). Eine Rückabwicklung der betroffenen Vertragsbeziehungen kommt aber nicht in Betracht. Die Mehrerlöse müssen laut Urteil vielmehr in der nächsten Kalkulationsperiode, also zwischen 2010 und 2012, einschließlich der Zinsen entgeltmindernd berücksichtigt werden. Verbraucherschützer fordern, dass die Energieanbieter die dadurch geringeren Netzentgelte an die Verbraucher weitergeben.

Pellets bestehen „Test“

Die Stiftung Warentest hat Marken-Holz-pellets von zehn Herstellern untersucht (test Spezial Energie, Mai 2009). Die Produkte erhielten durchgängig das Gesamturteil „gut“. Die getesteten Pellets lieferten laut Stiftung Warentest nicht nur weitgehend CO₂-neutrale und damit umweltschonende Heizwärme, sondern schnitten auch in Bezug auf die Umwelteigenschaften sehr gut ab. Es habe keinerlei Anhaltspunkte für die Verwendung unsauberer Holzreste gegeben. Damit sei eine emissionsarme Verbrennung gewährleistet.

ENERGIE IN BÜRGERHAND

Genossenschaft will Thüga kaufen



Michael Sladek (Mitte) im Gespräch mit Hermann Scheer im Büro des Bundes der Energieverbraucher.



Klimaschutz im Klassenzimmer

Das Bundesumweltministerium und die gemeinnützige co2online gGmbH bringen den Klimaschutz ins Klassenzimmer: Lehrer und Schüler können auf www.energiesparclub.de ein speziell für Schulen entwickeltes Energiesparkonto nutzen.

Es erfasst, dokumentiert und bewertet den Verbrauch von Heizenergie, Strom und Wasser. Es soll den Schülern ein Gefühl für den Energiekonsum ihrer Schule und die damit verbundene Kosten- und Klimabelastung vermitteln. Der geschärfte Blick entlarvt zu hohe Verbrauchswerte und zeigt den Erfolg eigener Einsparmaßnahmen. Das motiviert Schüler, Energie zu sparen und die CO₂-Bilanz ihrer Schule zu verbessern.

Das Energiesparkonto für Schulen ist ein Projekt der Kampagne „Energiesparclub“, die vom Umweltministerium im Rahmen der Klimaschutzinitiative gefördert wird. Darüber hinaus gibt es Broschüren und Unterrichtsmaterial.

Die südbadische Genossenschaft „Energie in Bürgerhand“ will Anteile der E.on-Tochter Thüga erwerben, die der Konzern auf Druck des Kartellamtes vermutlich im Herbst verkaufen muss. Die Initiative will diese Gelegenheit nutzen, um ihre Idee von einer ökologischen und zukunftsweisenden Energiewirtschaft zu verwirklichen. Derzeit sammelt die Genossenschaft Geld auf Treuhandkonten ein. Die Akquise hat schon zwei

Millionen Euro zusammengebracht – das Ziel sind 100 Millionen Eigenkapital. Der Mitgliedsbeitrag zur Genossenschaft beträgt 500 Euro. Jedes Mitglied erhält gleiches Stimmrecht, um zu vermeiden, dass sich Investmentgesellschaften einkaufen.

Die Thüga besitzt Anteile an rund 90 Stadtwerken mit etwa 7,5 Millionen Kunden. Ihr Gesamtwert soll zwischen drei und vier Milliarden Euro liegen. Als unabhängiges Unternehmen wäre die Thüga der fünftgrößte Energieversorger. Michael Sladek, der bereits die Schönauer Elektrizitätswerke mit Hilfe vieler Stromrebell in Bürgerhand gebracht hat, ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Energie in Bürgerhand“. Seine Ziele: Mehr Einfluss der Bürger auf die Geschäftspolitik der Thüga, um so die Energieversorgung zu demokratisieren und dezentralisieren. Langfristig will die Initiative einen ökologischen Energiekonzern aufbauen. Darüber hinaus soll die Thüga den Strom künftig zu ehrlichen Preisen anbieten. Die Gewinne – in den vergangenen Jahren waren dies stets über elf Prozent – sollen in der Region verbleiben.

Das Gelingen des Projekts hängt allerdings davon ab, ob genug Geld zusammen kommt, ob Politik und Kartellamt das Projekt unterstützen und ob E.on die Anteile an die Genossenschaft verkauft.

www.energie-in-buergerhand.de



BRÜSSEL

EU-Kritik an Energiemarktöffnung

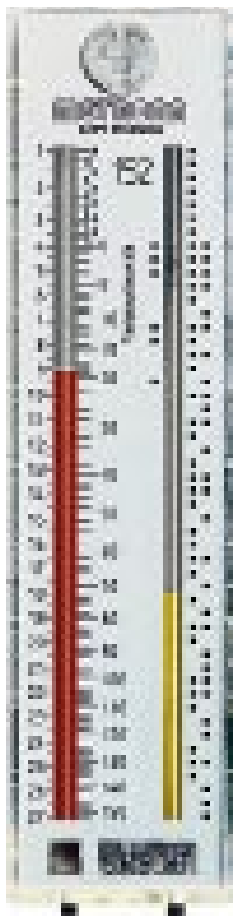
Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen 25 EU-Länder wegen mangelhafter Umsetzung der EU-Gemeinschaftsvorschriften zur Energiemarktöffnung gestartet. Die Staaten hätten die Reformen bis 2007 umsetzen müssen, hieß es. So bemängelt Brüssel, dass in Deutschland Angaben der Energiekonzerne bei der Gas- und Stromversorgung zu vorhandenen Kapazitäten fehlten. Es gebe außerdem kein Schiedsverfahren, mit dem Verbraucher ihre Rechte

durchsetzen könnten. Deutschland habe es zudem versäumt, für Verstöße von Energiekonzernen gegen EU-Recht Strafzahlungen einzuführen. Die von der EU ermittelten Verstöße betreffen das zweite Gesetzpaket von 2003.

Der Bund der Energieverbraucher hatte bei der Kommission bereits 2007 Beschwerde eingereicht.

NEBENKOSTEN

Neue Heizkosten-Abrechnungen



Viele Wohnungseigentümergeinschaften müssen aufgrund der seit Jahresbeginn gültigen Heizkostenverordnung die Nebenkosten für Wärme künftig anders abrechnen. Dies gilt für Gebäude, die den Anforderungen der Wärmeschutzverordnung von 1994 nicht entsprechen, in denen die Strangleitungen der Wärmeverteilung „überwiegend“ gedämmt sind und die mit Öl- oder Gas versorgt werden. Für sie gilt künftig ein Verteilerschlüssel von 30 Prozent Grundkosten zu 70 Prozent Verbrauchskosten.

Bisher wurden die Heiz- und Warmwasserkosten in diesen Häusern meist zu 50 Prozent nach der Fläche und zu 50 Prozent nach Verbrauch berechnet. Dieser Schlüssel bleibt erlaubt, wenn die Leitungen für die Wärmeverteilung überwiegend ungedämmt sind.

KLIMAWANDEL

Kein Weg zurück



Der Klimawandel ist nicht mehr rückgängig zu machen, egal, wie stark der CO₂-Ausstoß begrenzt wird. Zu diesem Schluss kommt eine Studie internationaler Wissenschaftler unter Leitung der US-Behörde für Ozeanographie und Atmosphäre (NOAA).

Auch wenn es gelänge, die CO₂-Emissionen völlig zu stoppen, blieben die Folgen des Treibhauseffekts mehr als 1.000 Jahre lang erhalten. CO₂ halte sich bei weitem länger mit hoher Konzentration in der Atmosphäre als andere Treibhausgase.

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre liegt aktuell bei 385 Teilen pro einer Million Teile Luft (ppm). In 30 Jahren werde der Wert bei 550 ppm liegen und mit einem jährlichen Anstieg von 4,5 Prozent weiter zunehmen, so die Autoren der Studie.

Ein Stand von 450 bis 600 ppm führt dazu, dass Regenfälle in verschiedenen Regionen wie dem südlichen Europa, Teilen Afrikas, dem südwestlichen Nordamerika und Westaustralien über Jahrhunderte hinweg nachlassen. Die Folge seien Dürren, Wandel der Ökosysteme, vermehrte Brände und gravierende Ernteverluste.

Darüber hinaus führt die Erwärmung zu einem unausweichlichen langsamen Anstieg des Meeresspiegels. Die Experten rechnen mit durchschnittlich zwischen 40 Zentimetern und einem Meter bis zum Jahr 3000. Auswirkungen der Schmelze von Gletschern und Polareis seien dabei noch nicht berücksichtigt.

Billigkeit nicht erwiesen

Die Klage der Bad Honnef AG gegen drei Protestkunden wurde abgewiesen. Ein gerichtliches Sachverständigengutachten bestätigte, dass nicht nur gestiegene Bezugskosten weitergegeben wurden. Die Billigkeit konnte nicht nachgewiesen werden.

Landgericht Köln am 14. August 2009
Az 90 O 41/07, 49/07 und 50/07

Fernwärme

Fernwärmeversorger Stadtwerke Ludwigsburg hat kein Recht auf Preisänderung. Denn die Preisklauseln verstossen gegen BGB § 307. Die Klage des Versorgers wird deshalb abgewiesen.

Amtsgericht Ludwigsburg am 5. August 2009 - Az 1 C 35533/08



E.on unterliegt

Das Amtsgericht Hamburg-Blankenese weist die Zahlungsklage von E.on Hanse gegen einen Gasprotestkunden auf Zahlung der zurückbehaltenen 1.941 Euro zurück. E.on muss sämtliche Anwalts- und Gerichtskosten tragen.

Amtsgericht Hamburg-Blankenese am 31. Juli 2009 - Az 518 C 46/09

Unwirksame Preisklausel

Im Sondervertrag war die AVBGasV nicht wirksam in den Vertrag einbezogen worden. Darum war die die Preiserhöhung unwirksam, eine Klage des Gasversorgers wurde abgewiesen. Noch nicht rechtskräftig.

Amtsgericht Starnberg am 27. Juli 2009
Az 1 C 2058/08, auch Amtsgericht Ludwigsburg am 5. August 2009 - Az 1 C 3533/08

Nichtige Preisgleitklauseln

Der Bundesgerichtshof hat gleich in zwei Fällen die Preisgleitklauseln für nichtig erklärt. Das Gericht beanstandete die Einseitigkeit der entsprechenden Vertragsklauseln. Die unveränderte Übernahme der Preisänderungsklausel von Tarifkunden in Sonderverträge sei jedoch zulässig. Darin weicht das Urteil von allen bisherigen BGH-Urteilen und denen des BGH-Kartellsenats ab.

Bundesgerichtshof am 15. Juli 2009
Az VIII ZR 56/08 und VIII ZR 225/07

Urteil pro Versorger

Das Amtsgericht Ravensburg gibt einem Versorger Recht, der gegen einen Protestkunden klagt. Aufgrund des Streitwerts ist eine Berufung nicht möglich.

Amtsgericht Ravensburg am 9. Juli 2009
Az 5 C 169/09

Zur Kasse, bitte!

Zu viel für Strom oder Gas bezahlt? Die *Energie-Depesche* erklärt Ihnen, wie Sie sich Ihr Geld zurückholen können.

Seit der Bundesgerichtshof in letzter Instanz wiederholt Preisanpassungsklauseln in Sonderverträgen von Energieversorgungsunternehmen als unwirksam beurteilt hat, fragen sich Verbraucherinnen und Verbraucher zu Recht, ob sie bereits gezahlte Entgelte für Energieversorgung zurückverlangen können.

Der Grundgedanke dabei ist, dass ein Versorger, der unberechtigt zu hohe Preise für Energiebezug verlangt und erhalten hat, diese Summe nun zurückzahlen muss. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) bezeichnet dies als „ungerechtfertigte Bereicherung“ und regelt dies in § 812.

Sondervertragskunden können nach der jetzigen Rechtslage davon ausgehen, dass jedes bisher vertraglich vereinbarte Preisänderungsrecht ihres Versorgers unwirksam ist.

Das gilt jedoch nicht zwingend auch für Tarifkunden, also die Kunden der Grundversorgung. Für sie muss im Streitfall ein Gericht gemäß § 315 Abs. 3 BGB den „billigen Preis“ festsetzen. Erst so lässt sich klären, ob der Tarifkunde zu viel gezahlt hat. In diesem Artikel geht es daher in erster Linie um Sondervertragskunden.

Widerspruch wichtig?

Entscheidend für die Beurteilung eines möglichen Rückforderungsanspruchs ist die Frage, welche Preise dem bisherigen Sondervertragsverhältnis zugrunde liegen.

Dazu gibt es derzeit in der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte zwei Auffassungen:

Die eine, sehr restriktive, Meinung glaubt, auch beim Sondervertrag würde ohne Widerspruch gegen eine Preisanhebung oder vor-

behaltlose Zahlung einer Jahresrechnung der neue, erhöhte Preis verbindlich vereinbart (zum Beispiel OLG Oldenburg). Ein Rückforderungsanspruch müsse deshalb aus der Differenz des so „vereinbarten“ Preises mit dem gezahlten (erhöhten) Preis errechnet werden. Praktisch hätten dann nur die Verbraucher einen Rückforderungsanspruch, die unter Vorbehalt eingezahlt haben. Denn all diejenigen, die nach Widerspruch auf den zuletzt unwidersprochen gezahlten Preis Kürzungen vorgenommen haben, haben ja nur das gezahlt, womit sie auch einverstanden waren. Sie können daher auch nichts zurückverlangen.

Gleiches Recht für alle

Überzeugender ist die Meinung zum Beispiel des OLG Hamm (Urteil vom 29. Mai 2009), dass Preiser-



Die Versorgungsunternehmen rechnen mit Verbraucherrückforderungen und haben Rückstellungen in Milliardenhöhe gebildet. Lassen Sie dieses Geld nicht verfallen, es gehört Ihnen.



Chancen stehen auf „Sieg“

Die Gasprotestkunden können zufrieden sein: Die meisten Gerichte bestätigen ihre Zahlungskürzung. Ungeachtet dessen erhalten derzeit viele Betroffene eine Klageschrift vom Gericht. Ruhig Blut! Die Chancen für einen Sieg vor Gericht stehen so gut wie selten zuvor. Wem weder eine Rechtsschutzversicherung noch der Prozesskostenfonds des Vereins das Prozesskostenrisiko abnimmt, der sollte es ruhig wagen, selbst sein Recht vor Gericht durchzusetzen, unterstützt von einem guten Anwalt. Der Prozesskostenfonds unterstützt derzeit gut 250 Verbraucher, 120.000 Euro sind noch in der Kasse. Doch nur regelmäßige Einzahlungen sichern diesen Schutz. Nur Mut! **Aribert Peters**

höhungen ohne vertragliche Grundlage unwirksam sind, auch wenn der Verbraucher ihnen nicht ausdrücklich widersprochen oder seine Zahlungen unter Vorbehalt geleistet hat. Der Leitsatz des BGH Urteils vom 11. November 2008 (VIII ZR 256/07) lautet bei einem Gebrauchtwagenkauf: Die vorbehaltlose Bezahlung einer Rechnung rechtfertigt für sich genommen weder die Annahme eines deklaratorischen noch eines „tatsächlichen“ Anerkenntnisses der beglichen Forderung. Es kommt deshalb alleine darauf an, was die Parteien (Energieversorger und Kunde) irgendwann in der Vergangenheit einmal miteinander als Preis vereinbart haben. Eine solche Vereinbarung ist in den Preisen des (schriftlichen) Sondervertrages zu finden, so dass auch diese Preise der gesamten Vertragslaufzeit zugrunde zu legen sind, soweit sämtliche nachfolgenden Preiserhöhungen auf der unwirksamen Preisanpassungsklausel beruhen! Ansonsten ist der Preis zu zahlen, der vor der ersten unwirksamen Preiserhöhung galt.

Es versteht sich von selbst, dass dann praktisch jeder Kunde einen Rückforderungsanspruch besitzt, da in der Regel auch bei Kürzung Preise des Jahres 2004 zugrunde gelegt wurden. Jedenfalls sollte jeder Verbraucher selbst bereits außer-

gerichtlich seine Jahresrechnungen auf dieser Grundlage kürzen.

Wichtig ist auch der zeitliche Umfang des Rückforderungsanspruches. Der Gesetzestext in § 812 BGB bezieht sich auf den Zeitpunkt, ab dem der Rückforderungsberechtigte Kenntnis von seinem Anspruch nehmen konnte. Er begrenzt den Rückforderungszeitraum auf zehn Jahre.

Geld zurück – auch für Nicht-Protestkunden

Theoretisch könnte sich daher ein maximaler Rückforderungsanspruch auf die Jahresrechnung von 1998 beziehen. Dies ergibt sich aus den Verjährungsvorschriften des BGB. Danach beginnt die Verjährung mit dem 1. Januar des folgenden Jahres, in welches ein Ereignis fällt. Das „Ereignis“ wäre hier die Jahresrechnung in 1998, deren Verjährung am 1. Januar 1999 begonnen und am 31. Dezember 2009 endet.

Drei Jahre Verjährungsfrist

Allerdings haben die Gerichte im Rahmen von Rückforderungsansprüchen regelmäßig die „übliche“ Verjährungsfrist von nur drei Jahren inzwischen angenommen, so dass der Rückforderungsanspruch lediglich noch auf Jahresabrech-

nungen ab 2006 bis zur Klageeinreichung 31. Dezember 2009 beschränkt sein dürfte (vgl. LG Düsseldorf, Urteil v. 22. Juli 2009 – 34 O (Kart) 36/08).

Nägel mit Köpfen machen

Wer einen Rückforderungsanspruch für sich errechnet hat, dem sei dringend geraten, seinem Versorger schriftlich Gelegenheit zur Rückzahlung zu geben. Wichtig ist es, die Höhe der Forderung zu nennen und eine Frist zu setzen, etwa einen Zeitraum von 14 Tagen. Unterlässt man dies, läuft man Gefahr, dass der Versorger den Anspruch im Prozess sofort anerkennt und man auf Gerichts- und Anwaltskosten „sitzen bleibt“.

Zahlt der Versorger innerhalb der Frist nicht, sollte man seinen Anspruch umgehend gerichtlich geltend machen oder mit diesem Anspruch zukünftige Forderungen des Versorgers aufrechnen.

Der Bund der Energieverbraucher e.V. lädt am 10. Oktober 2009 in Bonn zu einem Fachtreffen zum Energiepreisprotest ein.

Anmeldung unter <http://tinyurl.com/fachtreffen>

Ohne Vertrag keine Preisklausel

Die Zahlungsklage des Versorgers scheitert daran, dass es sich um Sondervertragskunden handelt. Es liegt kein schriftlicher Vertrag vor, daher gibt es auch keine vereinbarte Preiserhöhungsklausel. Da es an einer Grundlage für die Preiserhöhungen fehlt, sind diese nicht wirksam. Lediglich die Kunden, die den Preiserhöhungen nicht widersprochen haben oder diese anstandslos gezahlt haben, müssen gemäß dem Urteil die Preiserhöhungen zahlen (siehe rechts).

Landgericht Oldenburg am 9. Juli 2009
Az 15 O 954/08

Verbraucher unterliegt GASAG

Das Amtsgericht Wedding gibt dem Gasversorger GASAG mit seiner Zahlungsklage gegen einen Protestkunden recht: Es stuft den Kunden als Tarifkunden ein und hält die Billigkeit der Preiserhöhungen aufgrund der Darlegungen des Versorgers für gegeben. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Der Bund der Energieverbraucher übernimmt die Kosten der Berufung, da das Urteil in einer ganzen Reihe von Punkten von der gängigen Rechtssprechung abweicht. Amtsgericht Wedding am 29. Juni 2009
Az 15B C 3/09

Wettbewerbswidrige Neuverträge

Viele Versorgungsunternehmen übersenden ihren Kunden neue Lieferverträge. Melden sich die Verbraucher nicht, interpretiert der Versorger dies als Zustimmung. Das ist wettbewerbswidrig (siehe Seite 11). Landgericht Leipzig am 26. Juni 2009
Az 01 HK O 2049/09

Düsseldorf ändert Urteil

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat das Urteil des Landgerichts Düsseldorf geändert. Für das OLG war der Kunde eindeutig Sondervertragskunde und nicht Tarifkunde. Da eine Preisänderungsklausel nicht vereinbart wurde, sind die Preiserhöhungen unwirksam. Die Revision zum Bundesgerichtshof wird zugelassen. Oberlandesgericht Düsseldorf am 24. Juni 2009 – Az VI-2 U (Kart) 14/08

Zuviel kassiert

Stadtwerke Lübeck haben zuviel für Fernwärme kassiert. Ein Verbraucher hatte auf Rückzahlung geklagt und zum überwiegenden Teil recht bekommen, weil die Preiserhöhungsklausel den Anforderungen der AVBFernwärme nicht genügt und damit nichtig ist. Amtsgericht Lübeck am 22. Juni 2009
Az 26 C 3042/07

Versorger darf Preise nicht festsetzen

Das Amtsgericht Hagen entscheidet, dass kein einseitiges Leistungsbestimmungsrecht des Energieversorgers vorliegt. Preis-anpassungsbedingungen wurden nicht vereinbart, da mit keinem der verklagten Kunden ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wurde. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Amtsgericht Hagen am 15. Juni 2009
Az 10 C 22/09

Landgericht zuständig

Das Amtsgericht Nordhorn erklärt sich für sachlich unzuständig und verweist den Rechtsstreit gemäß §102 Abs. 1 Satz 2 EnWG an das ausschließlich zuständige Landgericht Osnabrück – Kammer für Handelsachen.

Amtsgericht Nordhorn am 11. Juni 2009
Az 3 C 1426/08

RWE muss zurückzahlen

Die Rückforderungsklage gegen RWE Westfalen-Weser-Ems war erfolgreich: Das Oberlandesgericht Hamm urteilte, dass die Gaspreiserhöhungen für Haushaltskunden der Jahre 2003 bis 2006 keine wirksame Rechtsgrundlage hatten. Diverse Preisanpassungsklauseln in den Verträgen seien unwirksam. Damit gaben die Richter der Sammelklage der Verbraucherzentrale NRW statt und verurteilten den Energieversorger, 25 Verbrauchern rund 16.000 Euro aus überhöhten Gasrechnungen zurückzuzahlen. Es gab während der Vertragslaufzeit keine Einigung auf Preiserhöhungen, und zwar unabhängig davon, ob Kunden die erhöhten Preise unter Vorbehalt oder vorbehaltlos gezahlt haben. Die Revision beim BGH läuft unter AZ: VIII ZR 162/09

Oberlandesgericht Hamm am 29. Mai 2009 – Az I- 19 U 52/08

Amtsgericht verweist ans Landgericht

Das Amtsgericht Lichtenberg erklärt sich für sachlich unzuständig (§ 102 Abs. 1 S. 2 EnWG) und verweist den Rechtsstreit an das sachlich zuständige Landgericht Berlin. Dieses soll nach dem EnWG entscheiden, ob der Beklagte Kunde einer Grundversorgung im Sinne von § 36 EnWG ist oder als Sondervertragskunde gemäß § 41 EnWG gilt. Amtsgericht Lichtenberg am 22. Mai 2009
Az 5 C 366/08

Zuständigkeitsstreit in Bayern

Das Amtsgericht Passau hat sich gemäß §102 EnWG für sachlich unzuständig erklärt und an das Landgericht Passau verwiesen. Dieses hat sich ebenfalls für sachlich unzuständig erklärt und das Oberlandesgericht München um Bestimmung des zuständigen Gerichts ersucht. Das OLG München beschloss, dass das AG Passau gem. §23 Nr. 1 GVG sachlich zuständig ist, da eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit mit einem Streitwert unter 5000 Euro vorliegt. Oberlandesgericht München am 15. Mai 2009 – Az AR (K) 7/09

Unfreiwilliger Abschied

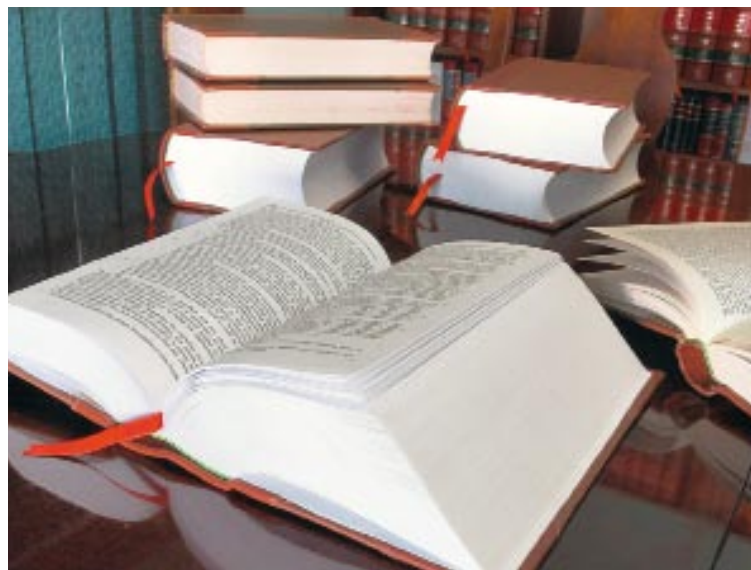
Die Kündigung des Sondervertrages durch den Versorger – und was jeder Verbraucher dazu wissen muss.

Im Bereich der sogenannten Daseinsvorsorge sind alle als Grundversorger tätigen Energieversorgungsunternehmen in ihrem Versorgungsbereich verpflichtet, jedermann mit Energie zu versorgen, um die alltäglichen Bedürfnisse nach Wärme, Licht und Warmwasser zu befriedigen. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Kundenarten: Tarifkunden und sogenannte Sondervertragskunden.

Will der Versorger den Vertrag kündigen – wie dies nun häufiger bei „unliebsamen“ Protestkunden der Fall ist – muss das Unternehmen die Bestimmungen des Vertrages und alle übrigen gesetzlichen Vorgaben einhalten.

Die Rechtsprechung gesteht Versorgern, deren Preisänderungsklauseln bei Gericht durchgefallen sind, ein Kündigungsrecht zu. Es sei dem Versorger nicht zumutbar, an einem Vertrag festhalten zu müssen, der künftig keine Preisänderungen zulässt.

Die Kündigung eines Sondervertrages unterliegt den gleichen Rahmenbedingungen und Begründungserfordernissen wie eine Preiserhöhung. Wenn der Versorger seine Kündigung mit einer angeblich unwirksamen Preisänderungsklausel in seinen Verträgen begründet, muss er konkret darlegen, welches Gericht rechtskräftig eine wortgleiche Klausel bereits für unwirksam erklärt hat. Nur dann liegt ein „Wegfall der Geschäftsgrundlage“ vor, der zur Kündigung berechtigt. Andernfalls handelt es sich dabei um einen rechtsmissbräuchlichen Gebrauch des Kündigungsrechtes, und die Kündigung ist unwirksam.



Demgegenüber beruft sich die überwiegende Mehrzahl der Versorger derzeit fast formularmäßig auf den Kündigungsgrund „Aufgabe des Abrechnungssystems“ oder „Einführung einer neuer Tarifstruktur“. Dies allerdings ist kein berechtigtes Kündigungsbegehren.

Auch ein Mietvertrag kann nicht einfach gekündigt werden

Ein Vergleich zum Mietrecht – ebenfalls ein sogenanntes Dauerschuldverhältnis – kann weiter helfen: Kein Vermieter hat jemals ernsthaft erwogen, einen alten Mietvertrag mit der Begründung aufzukündigen, aufgrund neuer Standardmietverträge nach der geänderten Nebenkostenverordnung bestehe ein Kündigungsgrund. Zu Recht, denn einem solchen Ansinnen hätte die Rechtsprechung nicht Rechnung getragen.

Auf Details achten

Widerspricht der Verbraucher einer unwirksamen Kündigung nicht, wird diese nicht etwa wirksam. Der „alte“ Sondervertrag gilt dann weiterhin.

Kritisch geprüft werden sollte immer, ob auch die Formalien der Kündigung (Kündigungsfrist!) beachtet wurden, woran es oftmals bereits fehlt. Eine solche nur formal unwirksame Kündigung wirkt ab dem Zeitpunkt, zu welchem der Versorger hätte zulässig kündigen dürfen. Außerdem versteht es sich von selbst, dass die Kündigung überhaupt rechtsverbindlich nur durch einen berechtigten Vertreter des Versorgungsunternehmens erklärt werden kann. Dies ist zunächst einmal etwa der Geschäftsführer im Falle einer GmbH oder ein Prokurist wie bei einer AG, nicht jedoch der Kundenberater vor Ort. Der Blick ins Detail hilft oftmals weiter.

Fazit: Es lohnt sich, jede Kündigung kritisch zu beurteilen. Im

Zweifelsfall sollte der Kunde der Vertragsbeendigung schriftlich widersprechen. Einer Begründung bedarf es nicht, denn der Versorger muss die Wirksamkeit der Kündigung nachweisen.

Kunde muss zustimmen

Viele Versorgungsunternehmen übersenden ihren Kunden neue Lieferverträge. Wenn die Kunden sich nicht melden, wird das als Zustimmung interpretiert. Das ist wettbewerbswidrig, hat das Landgericht Leipzig nun entschieden (*Urteil vom 26. Juni 2009 – Az 01 HK O 2049/09*). Das Nichtstun, also die weitere Entnahme von Strom, gilt – so das Gerichtsurteil – nicht als Annahmeerklärung. Für das Zustandekommen eines neuen Vertrages bedarf es einer solchen Annahmeerklärung. „Das Nichtstun im Sinne eines Schweigens im Hinblick auf das Vertragsangebot ist im nichtkaufmännischen Verkehr grundsätzlich nicht als konkludente Annahmeerklärung auszulegen. Dies gilt auch für neue Vertragsangebote, die Bestandskunden unterbreitet werden“, so das Landgericht Leipzig.

Die betroffenen Verbraucher, die sich auf die neuen Vertragsangebote ihrer Versorger hin nicht gemeldet oder widersprochen haben, können also davon ausgehen, dass der alte Vertrag fortbesteht. Der Bund der Energieverbraucher e.V. rät allen Betroffenen, sich bei eventuellen Auseinandersetzungen auf das zitierte Urteil des Landgerichts Leipzig zu berufen.

Sondervertrags- oder Tarifikunde?

Die Unterscheidung zwischen Tarif- und Sondervertragskunden ist bei der Gasversorgung von ausschlaggebender Bedeutung: Bei Sondervertragskunden fehlt regelmäßig eine vertraglich vereinbarte Möglichkeit zur Preiserhöhung, die den gesetzlichen Erfordernissen entspricht und damit gültig ist. Die Preiserhöhungen sind folglich nichtig. Für Tarifikunden oder Kunden der Grundversorgung hat der Versorger ein gesetzliches Recht zur Preiserhöhung. Die Erhöhung muss sich aber im Rahmen der Billigkeit bewegen.

Ob es sich um einen Tarifikunden oder einen Sondervertrag handelt, muss ein Gericht entscheiden, denn es handelt sich dabei nicht um eine Tatsachenfrage, sondern um eine komplexe rechtliche Wertung. Es kommt deshalb dabei nicht darauf an, was der Versorger oder der Kunde behauptet oder welchen Namen der Vertrag hat (*OLG Düsseldorf Urteil vom 24. Juni 2009 – Az VI-2 U (Kart) 14/08*).

Die Abgrenzung hat nach objektiven Kriterien stattzufinden. Nur die Versorgung zu allgemeinsten Tarifen ist als Tarifikundenvertrag anzusehen. Im vorliegenden Fall war eine Bestabrechnung zwischen verschiedenen Tarifen angekündigt. Dadurch handelt es sich nicht mehr um einen Tarifikundenvertrag. Auch die Vereinbarung einer Vertragslaufzeit macht ein Versorgungsverhältnis klar zu einem Sonderkundenverhältnis (*OLG München, Urteil vom 12. März 2009 – Az 23 U 4606/08*).

Wird eine Verbrauchsgrenze festgelegt, ab der alle Kunden eine Sonderpreisregelung bekommen, so werden die Kunden dadurch zu Sonderkunden, auch wenn kein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wurde und dies für alle Kunden gilt (*OLG Oldenburg, Urteil vom 9. Juli 2009 Az 15 O 954/08*).

Werden über den allgemeinen Tarif hinaus günstigere Preise angeboten, dann werden die so versorgten Kunden zu Sondervertragskunden (*Kammergericht Berlin, Urteil vom 28. Oktober 2008 – Az 21 U 160/06*).

Der BGH sieht in der Vereinbarung einer Preisanpassungsklausel ein Zeichen für einen Sondervertragsverhältnis, weil für Tarifikunden ohnehin ein gesetzliches Preisänderungsrecht besteht (*Az VIII ZR 56/08 Tz 16*).

Durch Entnahme von Gas wird ein Tarifikundenverhältnis begründet. Ein Sonderkundenverhältnis entsteht immer dann, wenn besondere vertragliche Regelungen vereinbart werden (*BGH Urteil vom 15. Juli 2009 Az VIII ZR 225/07*).

Unwirksame Preisklauseln

Das Gericht erachtete die beanstandeten Preisklauseln in den Sondervertrag der HEW für unwirksam. Ebenso stellte es fest, dass die AVBGasV keine Anwendung als ErsatzAGB findet. Auch findet keine ergänzende Vertragsauslegung statt. *Landgericht Hof am 13. Mai 2009 Az 1 HK O 44/08*

Düsseldorf gibt Verbrauchern Recht

Das Landgericht Düsseldorf hatte die Klage von 41 Bürgern gegen die Gaspreiserhöhung der EVD am 20. Februar 2008 abgewiesen. Zu Unrecht, entschied jetzt das Oberlandesgericht: Der zweite Kartellsenat unter Vorsitz von Richter Heinz-Peter Dicks hob das Urteil des LG Düsseldorf auf und stellte fest, dass die Preiserhöhungen unwirksam sind. *Oberlandesgericht Düsseldorf am 6. Mai 2009 – Az VI-2 U (Kart) 10/08*

Berufung der Verbraucher abgewiesen

Das Oberlandesgericht Celle hat die Berufung der gegen die Preiserhöhung klagenden Verbraucher zurückgewiesen. Das OLG hat die Erhöhung von Gastarifpreisen anhand der Vorgaben des VIII. Zivilsenats des BGH auf deren Billigkeit kontrolliert und den Billigkeitsnachweis als geführt angesehen. Die Revision wurde nicht zugelassen. *Oberlandesgericht Celle am 23. April 2009 Az 13 U 160/06 (Kart)*

E.on-Klauseln sind unwirksam

Das Oberlandesgericht Thüringen erachtet die Preisänderungsklausel der *E.on Thüringer Energie AG* nach § 307 BGB für unwirksam. Revision wurde nicht zugelassen. *Thüringer Oberlandesgericht am 23. April 2009 – Az 1 U 556/08*

Schöneberg weist Primagas ab

Das Amtsgericht Schöneberg hat die Zahlungsklage der *Primagas* abgewiesen. Die Preisanpassungsklausel in den Flüssiggasversorgungsbedingungen ist gemäß § 307 BGB unwirksam. *Amtsgericht Schöneberg am 4. März 2009 Az 14 C 247/08*

Erfurt fordert Billigkeitsnachweise

Das Landgericht Erfurt hat die Zahlungsklage der *SWE Energie GmbH* gegen eine Gaskundin abgewiesen, soweit die geltend gemachten Forderungen auf mehreren Gaspreiserhöhungen ab dem 1. Oktober 2004 beruhen. Zur Begründung hieß es, dass die Stadtwerke die Billigkeit der einzelnen Preiserhöhungen nicht nachgewiesen haben. Dafür hält die zuständige Kammer für Handelssachen die Offenlegung der einzelnen Preiskalkulationen für erforderlich. *Landgericht Erfurt am 10. Februar 2009 Az 1 HK O 46/08*

König Kunde zahlt drauf

Von der Liberalisierung des Strommarkts haben überwiegend die Kapitaleigner profitiert. So lautet das Fazit einer Studie der Ökonomen Heinz-Josef Bontrup und Ralf-Michael Marquardt von der FH Gelsenkirchen, die von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert wurde.

Untersucht haben die Ökonomen knapp 1.000 Stromversorger, von den großen Vier bis zu kleinen regionalen und lokalen Anbietern. Sie stützten sich dabei auf Daten des Statistischen Bundesamtes. Dabei haben die Wirtschaftswissenschaftler errechnet, dass die Gewinne in der Stromwirtschaft seit der Marktliberalisierung 1998 bis 2006 nach Steuern um 118 Prozent gestiegen sind. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Personalaufwendungen hingegen um 1,8 Prozent. Zur Gewinnexplosion beigetragen haben vor allem die Marktmacht der vier großen Stromerzeuger, die über 80 Prozent der Kraftwerkskapazität hielten, und ihre zurückgehaltenen Investitionen in Kraftwerke.

Mehr Produktivität durch Personalabbau

Die Stromversorger steigerten ihre Produktivität in einem enormen Ausmaß: Zwischen 1998 und 2006 (dem derzeit aktuellsten Jahr in der Datenerhebung des Statistischen Bundesamtes) legte die Arbeitsproduktivität in der Branche um 62,5 Prozent zu. Diese Entwicklung ging mit einem massiven Rückgang der Beschäftigung einher – teils durch Outsourcen, teils durch einen Stellenabbau, der zumeist ohne betriebsbedingte Kündigungen stattfand.

Der Personalrückgang setzte in Antizipation der Marktöffnung zum Teil schon vor 1998 ein. Zwischen 1992 und 2006 nahm die Zahl der Beschäftigten um über 80.000 ab. Fast drei von zehn Arbeitsplätzen gingen so verloren. Im Zeitraum ab 1998 waren davon rund 44.000 Stellen betroffen. Gleichzeitig legte die Wertschöpfung zwischen 1998 und 2006 um fast 33 Prozent zu. Immer weniger Beschäftigte mussten also immer mehr Leistungen erbringen. Die unregulierte Öffnung der Märkte führte so zur asymmetrischen Verarbeitung der Liberalisierung: Nach innen diente die Drohung mit Wettbewerb den

Unternehmensleitungen als Rechtfertigung für Rationalisierungen, nach außen wurde der Wettbewerb auf der Absatzseite (und sicherlich auch auf Zuliefererseite) unterbunden und damit den Stromkunden der Produktivitätsfortschritt vorenthalten. Aus dem Verteilungskampf zwischen den Energieversorgern (EVU's) und den Abnehmern gingen die Nachfrager als Verlierer hervor.

Reibach für Anteilseigner

Die Anteilseigner der Energieversorger waren die eigentlichen Gewinner der Liberalisierung: Branchenweit stiegen die Gewinne nach Steuern bis 2006 um 118 Prozent. Besonders gut erging es dabei den Anteilseignern der „Big-4“, also E.on, RWE, EnBW und Vattenfall. Aber auch die Stadtwerke und andere Regionalversorger konnten sich – abgesehen von der Unternehmensgruppe mit 100 bis 249 Beschäftigten – über eine deutliche Belebung ihrer Gewinne freuen.

Gewinnsteigerung 118 Prozent: Kunden gehen leer aus

Die bis 2007 hochgerechneten Produktivitätsfortschritte von über 70 Prozent reichten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen jedoch nicht an die Kunden weiter: Nach Abzug staatlicher Belastungen kamen in diesem Zeitraum lediglich Preissenkungen von rund drei Prozent für Industrie- und 4,5 Prozent für Haushaltskunden zustande.

Machtergreifung der Big-4

Einer kurzen Phase intensivierte Wettbewerbs folgte schnell seine Aufhebung durch Marktkonzentration in den Händen der „Big-4“, die aus Fusionen der ehemaligen neun Verbundunternehmen entstanden sind.

Dabei festigten die vier Stromgiganten ihre Marktmacht gleich auf mehreren Wegen:

- Erstens dominierten diese Unternehmen den Markt allein schon aufgrund ihrer eigenen Größe. Die Beteiligungen an vielen Stadtwerken akzentuierten dies nur noch.
- Zweitens konzentrierte sich in der Hand dieser Unternehmen der größte Teil der Erzeugungskapazitäten.
- Drittens gibt es Indizien, dass sie ihre Größe nutzten, um den Stromhandel über die Börse zu ihren Gunsten zu manipulieren.
- Viertens setzten sie ihre Beteiligungen an den Stadtwerken so ein, dass sich diese keinen echten Wettbewerb mit ihnen lieferten.
- Fünftens konnten die vier großen EVUs aufgrund der vertikalen Integration der Wertschöpfungsbereiche ihre Hoheit über die Netze durch entsprechend hohe Durchleitungsgebühren zur Abschirmung vor neuen Konkurrenten ausschachten – zumal die europäische Konkurrenz durch Engpässe an den Kuppelstellen in Deutschland keine nennenswerte Rolle spielte.
- Sechstens stärkten sie ihre Position durch eine unaufhaltsame Eigendynamik: In dem Maße, in dem die „Big-4“ den Markt immer stärker beherrschten, nahmen durch – verglichen mit den Produktivitätsfortschritten – überhöhte Preise ihre Gewinne zu. Diese setzten sie strategisch ein, um sich nicht nur national, sondern auch auf europäischer/internationaler Ebene noch unangreifbarer zu machen.

Naive Liberalisierung gescheitert

Der deutsche Strommarkt war vor der Liberalisierung zwar bereits vermachtet, aber wenigstens reguliert. Dann musste sich der Strommarkt dem Wettbewerb öffnen, während sich gleichzeitig aus ideologischer Überzeugung der Staat aus



der Regulierung zurückzog. Das weichgespülte Wettbewerbsrecht tat ein Übriges. So war es kein Wunder, dass der Wettbewerb als Selbstregulativ einer marktwirtschaftlichen Ordnung versagt. Liberalisierung braucht Regulierung! Diese Lektion scheint – allerdings viel zu spät – jetzt auch bei der Politik angekommen zu sein.

Investitionsrückgang

Angesichts hoher Unsicherheiten und der Besonderheiten der Branche neigt diese seit der Liberalisierung verstärkt dazu, sich bei Investitionen

zurückzuhalten. Dazu trägt auch die verstärkte Shareholder-Mentalität bei. So nutzten ausgerechnet die vier Marktführer ihre Gewinne in der Vergangenheit weniger, um Sachkapazitäten aufzubauen, als für Ausschüttungen und zur Finanzierung von Beteiligungen im In- und Ausland.

Inside EVU

Bislang sind die Beschäftigten bei einer wachsenden Verteilungsmasse noch vergleichsweise ungeschoren davon gekommen. Wenn aber im Unternehmen der Gürtel enger geschnallt werden

muss, dürfte es für die Arbeitnehmer angesichts der inzwischen verbreiteten Gewinnanspruchsmentalität in den EVUs ans Eingemachte gehen. Ohnehin haben sich die Unternehmenskulturen in den vergangenen Jahren schon erheblich gewandelt. Als Ergebnis von umfangreichen Befragungen ist festzustellen, dass der Druck zugenommen hat. Fast zwei Drittel der befragten Betriebsräte, die das Management ansonsten gern für die Außenkommunikation instrumentalisiert, berichteten, dass sich die allgemeinen Arbeitsbedingungen seit der Liberalisierung „verschlechtert“ bzw. „stark verschlechtert“ hätten. Die Untersuchung der Ökonomen an der FH Gelsenkirchen verdeutlicht zudem, dass der Alltag in den EVUs von einer modernen, demokratischen Unternehmenskultur noch weit entfernt ist. Defizite ergeben sich insbesondere in der Unternehmensmitbestimmung, der internen Kommunikation, Personalführung sowie in der materiellen Beteiligung am Unternehmenserfolg.

Fazit

Die Autoren empfehlen, neue Kraftwerke nicht mehr von den „Großen Vier“ bauen zu lassen. Außerdem müsse es mehr Wettbewerb über die Grenzen hinweg geben. Zudem müsse der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung steigen.

Es gelte, die Monopolprofite der Stromerzeuger abzuschöpfen. Im Gegenzug sollten höhere Abgaben die Kosten für die Umweltbelastung verteuern. Das würde Konsumenten und Industrie über sinkende Monopolgewinne weniger belasten. Höhere Abgaben würden zugleich den Sparanreiz erhöhen.

Mit den gestiegenen Einnahmen sollte der Staat Maßnahmen zum Stromsparen finanzieren. Das gehe aber nur, wenn der Gesellschaft klar sei, wie wichtig ihr Ökologie sei.



Ralf-Michael Marquardt



Heinz-Josef Bontrup

Konkurrenz am Kamin

Seit Jahresanfang dürfen auch EU-Schornsteinfeger in Deutschland kehren. Clevere deutsche Schornsteinfeger haben diese Marktöffnung genutzt – zum Vorteil der Verbraucher. Die Zeiten des schwarzen Monopols sind also schneller vorbei, als viele Kehrbezirksinhaber gefürchtet hatten.



Staatlich garantierte Einnahmen

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Nutzen Sie jetzt die Möglichkeit, von den staatlich garantierten Vergütungen der Kraft-Wärme-Kopplung zu partizipieren.

Eckdaten

- Sicher, transparent, rentabel
- Einfache Beteiligungsform
- Zertifizierter Hersteller
- Prognose: 7,50% p.a. zzgl. bis zu 1,5% Erfolgsbonus p.a.
- Laufzeit ab 3 Jahre
- 0% Agio
- Keine unternehmerische Beteiligung!
- Keine Verlustbeteiligung, keine Nachschusspflicht, keine Währungs- und Kursrisiken

Kostenlose Informationen:

Martin Rinck Finanzkommunikation
Valentinskamp 24
20354 Hamburg

Telefon: (040) 23 84 67 44
Telefax: (040) 23 84 67 45

E-Mail: martin.rinck@mr-financa.com

Manche Dinge sind in Deutschland älter als die Bundesrepublik selbst und gelten noch immer. Zum Beispiel das Monopol für Schornsteinfeger: Seit 1935 darf laut Kehrgesetz nur der Bezirksschornsteinfegermeister Kamine kehren und Abgase messen. Damit sind Schornsteinfeger neben Notaren die letzten ihrer Art.

Das hat sich nun geändert: Seit Anfang des Jahres dürfen auf Druck der EU auch zum Beispiel belgische, polnische oder französische Schornsteinfeger die hiesigen Kamine kehren. Basis ist die EU/EWR-Handwerksverordnung (§ 7-9). Absurderweise können sich deutsche Schornsteinfegermeister auf dieses Recht nicht berufen. Sie müssen nach wie vor einen Bezirk haben – zumindest noch bis Ende 2012. Diese Frist soll dem Handwerk einen gleitenden Übergang in einen von Wettbewerb geprägten Markt ermöglichen.

Auf Umwegen zum freien Markt

So lange wollte der Schornsteinfegermeister Wolfgang Frei aus Mengen in Baden-Württemberg nicht warten. Er hat daher einen Umweg gefunden. Er ist bei einer österreichischen Firma angestellt und kehrt seit einigen Monaten Ruß in deutschen Kaminen.

Ein seltsamer Umweg, den mittlerweile bundesweit 100 freie Feger nehmen – zum Vorteil der Verbraucher.

Freie Wahl

Für Hausbesitzer bedeutet das, dass sie fortan den Schornsteinfeger ihres Vertrauens frei wählen können. Und zwar für Arbeiten, die keine Kontrollen beinhalten. In der Hauptsache sind das Arbeiten wie Kehren und Überprüfen von Anlagen. Häufig sind die freien Kollegen ohne Bezirk günstiger, weil sie neu auf dem Markt

sind. Vor allem können sie jedoch mit Servicepunkten: Während der Bezirksschornsteinfeger einfach einen Zettel an die Haustür klebt, vereinbaren die „Freien“ Termine. Sie kommen auch an Samstagen oder am frühen Abend. Die Erfüllung solcher Sonderwünsche müsste man dem Monopolfeger teuer zusätzlich bezahlen.

So findet man einen Freien

Auf der Internetseite der freien Schornsteinfeger (www.freie-schornsteinfeger.eu) gibt es eine Deutschlandkarte. Dort kann man sehen, ob ein unabhängiger Schornsteinfeger in der Nähe arbeitet.

Selbst wenn das nicht der Fall ist, sollte man eine Mail an Wolfgang Frei senden und sein Interesse bekunden. Er leitet die Nachricht an den nächstgelegenen freien Schornsteinfeger weiter, der Kontakt mit dem Kunden aufnimmt.

Haben Sie einen freien Schornsteinfeger gefunden, so erteilen sie ihm eine Vollmacht zur Einholung des Feuerstättenbescheids bei dem bisherigen Bezirksschornsteinfeger. Dieser Bescheid ist seit Juni 2009 kostenpflichtig. Ein solcher Feuerstättenbescheid ist für jedes Haus vorgeschrieben. Man kann auch die Vollmacht im Internet herunterladen und direkt per Post oder Fax an Wolfgang Frei übermitteln.

Aus dem Feuerstättenbescheid sind die notwendigen Leistungen ersichtlich. Der freie Schornsteinfeger erstellt auf dieser Basis ein Angebot. Dieses können Sie mit Ihren bisherigen Gebühren vergleichen. In der Regel beträgt die Ersparnis zehn bis 30 Prozent gegenüber dem Bezirksschornsteinfeger.

Nun können Sie – falls gewünscht – dem Schornsteinfeger einen Auftrag erteilen. Terminabsprache und Rechnungsstellung erfolgen über den freien Schornsteinfeger. Dieser ist für einen EU/EWR-Schornsteinfegerbetrieb aus dem Ausland tätig.

Übrigens: Alle freien Schornsteinfegerbetriebe, mit denen Frei zusammenarbeitet, sind qualifiziert und ausgebildet nach deutschem Standard. Sie kennen sich mit den deutschen Gesetzen und Vorschriften aus.

www.freie-schornsteinfeger.eu

info@freie-schornsteinfeger.eu

Das Fernsehen berichtete:

<http://tinyurl.com/freischornsteinfeger>



Wolfgang Frei
befreit die Verbraucher
vom Monopol drei
Jahre früher als der
Gesetzgeber.

Die neue Kehr- und Überprüfungsverordnung

Am 16. Juni 2009 ist eine bundeseinheitliche Kehr- und Überprüfungsverordnung (KÜO) im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Die meisten Regelungen treten am 1. Januar 2010 in Kraft. Bis dahin gelten die entsprechenden Verordnungen der Bundesländer.

Die KÜO legt fest, wie oft Feuerstätten überprüft und gekehrt werden müssen und wie hoch die Gebühren dafür sind. Zum Beispiel müssen atmosphärische Gaskessel einmal jährlich auf den Prüfstand, raumluftunabhängige Gaskessel jedes zweite Jahr. Der Kamin einer Ölheizung muss dreimal jährlich gekehrt und einmal jährlich überprüft werden.

Die Grundgebühr für jedes Kehren und Überprüfen beträgt rund zwölf Euro, wenn mehrere Arbeiten in einem Arbeitsgang erledigt werden, 23 Euro. Die Abgaswegeprüfung schlägt noch einmal mit rund 18 Euro zu Buche. Bei der Kaminkehrung wird je Kaminmeter abgerechnet. Die Emissionsmessung kostet rund 24 Euro, zusammen mit einer Überprüfung rund zwölf Euro. Gegenüber den bisherigen Länderverordnungen bringt die KÜO im Durchschnitt eine leichte Kostenentlastung. Je nach Bundesland und Heizungstyp kann es jedoch im Einzelfall zu höheren Gebühren kommen. Der Schornsteinfeger für ein vierstöckiges gasbeheiztes Haus kostet nun 60 Euro statt bisher in Hessen zum Beispiel 49 Euro jährlich. In Hamburg musste man bisher 89 Euro zahlen und freut sich über eine Kostenentlastung.

Grundlage für die Kehr- und Überwachungsverordnung ist das neue, am 26. November 2008 erlassene Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (SchfHWG).

Die Überprüfung der Abgasverluste von Heizungen regelt die Kleinf Feuerungsanlagen-Verordnung (1. BimschV) aus dem Jahr 1997. Deren Novellierung wird seit Jahren kontrovers diskutiert.

Auf diesen Seiten kommen Sie als Leser zu Wort
Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen,
auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen
möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere
Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns
Kürzungen vor. Also schreiben Sie uns doch!

ZU ED 2/09: ABSCHIED VON DER GLÜHLAMPE

Polemik und Einseitigkeit

Niemand erwartet, dass der Bund der Energieverbraucher und die *Energie-Depesche* die Vorteile der Energiesparlampen nicht loben würde. Es wäre aber noch eindrucksvoller, wenn gleichzeitig das Bemühen um kritische Berichterstattung erkennbar wäre. Statt dessen Polemik und Einseitigkeit. Polemik von anderen wird zitiert („Das ist kein Licht, das ist Dreck“). Für mich ist „95 Prozent verpuffen als Wärme“ – bei der Glühlampe – auch nur Polemik. Man kann auch sagen: Der nicht als Licht genutzte Teil wird als Raumwärme genutzt. Außerdem kein Wort zu der unklaren Entsorgung der Energiesparlampen mit ihrem Quecksilbergehalt. Wer weiß, wie viele Sparlampen im Hausmüll landen? Für mich wird der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben. Genauso wichtig für mich: Wer fühlt sich bei diesem Licht eigentlich wohl? Ich jedenfalls nicht! Wenn es nicht wie immer um wirtschaftliche Interessen gehen würde, wäre diese EU-Verordnung wohl nie in Kraft getreten. **Reinhard Rengel, Karwitz / Lenzen**

ZU ED 2/09: MANGELNDE RENDITE

Ordentliche Rendite

Der Artikel suggeriert, dass heute PV-Anlagen, die mehr als 3.450 €/kWp kosten, nicht wirtschaftlich sind. Das ist meiner Meinung nach unzutreffend. Auch bei spezifischen Kosten von 4.000 €/kWp erwirtschaftet eine PV-Anlage noch eine ordentliche Rendite nach Steuer: Sie beträgt 5,3 Prozent pro Jahr beziehungsweise 6,5 Prozent, wenn eine 20-Prozent-Sonderabschreibung im ersten Jahr in Anspruch genommen wird. Bei Kosten von 3.450 €/kWp errechnet sich eine Rendite von 10,4 Prozent pro Jahr ohne bzw. 15 Prozent mit 20 Prozent Sonderabschreibung. Von solchen Renditen kann man bei thermischen Solaranlagen nur träumen: Hier liegt die Rendite, über 25 Jahre gerechnet, in der Regel unter fünf Prozent jährlich. **Dr. Alfred Körblein, Nürnberg**

ZU ED 2/09: ABSCHIED VON DER GLÜHLAMPE

Befangen

Als Vertreter der Biokraftstoffindustrie ist Her Lackmann schon befangen und er gibt nicht alle Tatsachen richtig wieder. Tatsache ist, dass einige Nebenwirkungen, die gegen Agrosprit sprechen, früher nicht bekannt waren. Die Gegner haben manchmal übertrieben, aber vieles spricht trotzdem gegen den Einsatz von Agrosprit im großen Stil. Die Produktion von Rapsöl und Ähnlichem haben natürlich einige Vorteile. Aber hier gibt es einige Studien, die besagen, dass es viel effizienter wäre, diese Rohstoffe für die Produktion von Strom, am besten mit Kraft-Wärme Kopplung, einzusetzen. Also Agrardiesel oder Ähnliches im Blockheizwerk, aber nicht im Tank! **Edith Borie, Karlsruhe**

ZU ED 2/09: DIE SEITEN GEWECHSELT

Nagel auf den Kopf getroffen

Der Herr Scheerer hat aus meinem Blickwinkel den Nagel auf den Kopf getroffen: letzter Absatz auf Seite 24. Was wünsche ich mir und den anderen Lesern: Keine Beiträge wie Seite 12/13 („Politik killt Biosprit“, Anm. der Red.): Da muss man schon ziemlich ackern, um heraus zu finden, was Sache ist. Gut ist für mich lediglich, dass er mich angeregt hat, eine halbe Nacht zu surfen. **Wolfram Haug, Aalen**

ZU ED 2/09: WECHSELFAULE STROMVERBRAUCHER

Eprimo berechnet zu viel

Bei *eprimo GmbH* ist es dringend geboten die Preise/Abrechnung zu prüfen. Es wurden mir 0,4 Ct/kWh mehr als vertraglich vereinbart abgerechnet. Ich halte es für meine Pflicht, Sie über Unstimmigkeiten und Fehler in der Abrechnung von *eprimo* hinzuweisen, damit Sie darüber in der Zeitschrift und im Internet die anderen Mitglieder informieren können.

Sebastian Schmidt, Röbel



ZU ED 2/09: PREISPROTEST

Einschüchterungsversuche

Wir hatten im Juli 2008 gegen die laufenden ungerechtfertigten Gaspreiserhöhungen Einspruch eingelegt und von da an nur noch die Kosten nach Stand Februar 2008 überwiesen. Am 30. April 2009 kam ein Mahnungsschreiben von den Stadtwerke Bonn (SWB) mit der Drohung, die Verbrauchsstelle am 11. Mai 2009 einzustellen, wenn wir nicht die ausstehenden Differenzbeträge überweisen. Auch dagegen haben wir mit Schreiben vom 7. Mai Widerspruch eingelegt. Am 11. Mai stand ein Mitarbeiter der SWB vor der Tür mit dem Auftrag, die Gasversorgung zu unterbrechen. Er bekam natürlich keinen Zutritt zum Haus. In einem Schreiben vom 14. Mai teilten die SWB mit, es „besteht nicht die Absicht, wegen (der) Einrede gegen die Gaspreisanpassungen die Energieversorgung einzustellen.“ Das hat uns denn doch in sehr hohem Maße erstaunt. Ich werte das als einen Versuch, uns einzuschüchtern. **Dr. Gisela Burckhardt, Dr. Klaus Roth, Bonn**

Mut gemacht

Hiermit möchte ich mich für die Aufnahme in den Bund der Energieverbraucher herzlich bedanken. Um diese Mitgliedschaft bat ich nicht uneigennützig. Ihre Mitteilung im Internet über das Urteil gegen die Flüssiggasunternehmen hat mir Mut gemacht. Wir heizen seit 1991 mit Flüssiggas und haben uns gleich einen 2700-Liter-Tank gekauft, weil wir uns die Miete sparen wollten. Dieses Jahr möchten wir auf jeden Fall unseren Vertrag kündigen, wir haben eine vierteljährliche Kündigungsfrist zum Februar 2010. Ich habe mich auch schon bei unserer Verbraucherzentrale in Jena kundig gemacht, aber für einen guten Rat müsste ich eine 0900er Nummer anrufen. Dieses Geld kann ich als Mitgliedsbeitrag sinnvoller anlegen und von Ihnen bestimmt besser beraten werden. Wenn ich dann auch noch Heizkosten einspare, bin ich auch gerne bereit, etwas davon zu spenden, obwohl es nicht so doll mit unserer Rente ist. Die „Trübe Funzel“ würde ich sofort an die PROGAS-AG verleihen. **Christel Nauen, Jena**

Untergewichtig

Allein schon aufgrund der hohen Anzahl der Energieverbraucher und Kunden der Stadtwerke Bonn in der Region (etwa 11.000 bis 12.500, davon ca. 20 Prozent Mitglieder des Vereins) hätte zu der Preisaktion der Stadtwerke in Ihrer Depesche Stellung bezogen werden müssen. Ein paar Zeilen dazu sind eindeutig untergewichtig. **Dr. Wilhelm A. Dünwald, Bonn**

Unverschämtheit

Ich frage mich allmählich, ob denn wirklich niemand in der Lage ist, der Preistreiberei unserer Energiekonzerne und deren illegalen Machenschaften das Handwerk zu legen? Es ist eine Unverschämtheit, jährlich diese versteckten und dabei noch unbilligen Preiserhöhungen. Was sagt unsere Regierung gegen diese Abzocke – nichts! **Horst-Dieter Stephani, Boos**

Danke für das Engagement

Lob: Ihr erstellt formal und inhaltlich sehr gut ausgearbeitete Beiträge mit einer Fülle an Daten und Fakten, die ein einfacher Energieverbraucher nicht mal im Ansatz selbst recherchieren könnte. Ihr gebt auch konträren und sogar etwas absurden Standpunkten eine Darstellungsmöglichkeit. Das kann zumindest der Diskussion neuer Ansätze oder der Umsetzung „alternativer“ Techniken dienen. Man merkt es vielen Beiträgen an, dass ihr immer noch persönlich engagiert seid. Das find ich gut! Weiter so! **Robert Kühn, Sehestedt**

Erratum

Die Vergütung für eingespeisten PV-Strom beträgt 0,4301 Euro je Kilowattstunde und nicht, wie auf Seite 37 ED 2/09 irrtümlich angegeben, 0,4301 Cent je Kilowattstunde.

Problemzone auf dem Prüfstand

Wer seine Heizkosten senken will, braucht dafür nicht immer gleich tief in den Geldbeutel zu greifen. Ein standardisierter Heizungs-Check soll Schwachpunkte von Heizanlagen aufspüren. Die *Energie-Depesche* hat einen Fachmann bei seiner Arbeit im Keller begleitet.

Wie warm sind 32 Grad? Als Georg Mollberg aus dem hübschen Rotweinstädtchen Unkel am Rhein den Kessel seiner Heizungsanlage berührt, ist er überrascht. „Fühlt sich kühl an“, findet der Lehrer. Doch der Profi bringt es ans Tageslicht: Heizungsinstallateur Georg Thom tastet die Oberfläche des orangefarbenen Kastens mit einem Spezial-Thermometer ab. An einigen Stellen ist das Metall 32 Grad warm – der Kessel ist schlecht isoliert und heizt deshalb den Kellerraum unnötig auf. Georg Mollberg staunt. Der 61-jährige bewohnt mit seiner Familie inklusive Enkeln einen Altbau von 1929. Seit kurzem erwärmt eine Solaranlage sein Warmwasser. Jetzt hat die Familie Heizungsinstallateur Georg Thom aus Bad Honnef gebeten, ihrer Ölheizung von 1986 auf den Zahn zu fühlen.

Georg Thom geht nach dem „Heizungs-Check“ vor, einem neuen, standardisierten Verfahren, das mit vergleichsweise wenig Aufwand Einsparpotentiale aufzeigen soll. Im vergangenen Jahr haben laut dem Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) rund 50.000 Verbraucher ihre Heizung checken lassen. Für die Branche ein lukratives Geschäft, denn nach einem Feldtest führt jeder dritte Check zu einem Modernisierungsauftrag.

Wärmeverlust an Kessel und Rohr

Trotz der sommerlichen Temperaturen schaltet Georg Thom die Heizung an – der Brenner zischt und brummt. Dann zieht der Installateur seine Jacke aus: Im Heizungskeller ist es mindestens drei Grad wärmer als in den übrigen Räumen, ein erstes Indiz für unnötige Verluste. Die zeigen sich auch an den Rohren, die zum Teil mit Glasfaserwolle und Aluminiumfolie umwickelt sind: Trotz der „Isolierung“ fühlen sie sich warm an. „Da sollte man was machen“, urteilt der Installateur nach einem kurzen Blick.

In Deutschlands Kellern stehen zu viele alte und marode Heizungen: Nach Erhebungen des Schornsteinfegerhandwerks ist nur jede zehnte Heizung auf dem aktuellen Stand. Bei allen übrigen besteht zum Teil erheblicher Verbesserungsbedarf. Typische Schwachpunkte sind ein fehlender hydraulischer Abgleich, fehlende Brennwertnutzung, nicht witterungsgeführte Regelung, zu große Pumpen und ungedämmte Rohrleitungen, aber auch überdimensionierte Kessel oder veraltete Thermostatventile.

Solche Schwächen soll der Heizungs-Check aufdecken: Als nächstes misst Thom die Abgasverluste. Dazu führt er eine Messsonde in die Bohrung am Abgasrohr ein. Wie warm ist die Luft, die durch den Kamin nach außen dringt? Der Spezialsensor zeigt 230 Grad an. Der Installateur zuckt mit den Achseln: Für alte Anlagen ist der Wert durchaus üblich. Der errechnete Abgasverlust beträgt 9,4 Prozent. Damit liegen

Mollbergs zwar noch unter dem Grenzwert, aber schon in einem bedenklichen Bereich. Georg Mollberg seufzt. „Das kann ich mit meinem Gewissen nicht so gut vereinbaren.“

Check-Up für ältere Anlagen

Die EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sieht die Inspektion von Heizungsanlagen vor, deren Wärmeerzeuger älter als 15 Jahre ist. Experten raten aber auch schon bei jüngeren Anlagen zum Check, insbesondere, wenn der Brennstoffbedarf steigt.

Bislang ist diese energetische Inspektion und Bewertung von Heizungsanlagen freiwillig. Doch künftig soll der Check-Up Pflicht werden – möglichst alle drei Jahre wie eine Art TÜV für Heizungsanlagen, hofft die Branche. Für Kritiker greift der Standard-Check allerdings zu kurz: „Wichtige Punkte wie eine falsch eingestellte Regelung oder Mängel bei der Warmwasserzirkula-

Der Heizungs-Check

Ein ausgebildeter Installateur oder Schornsteinfeger prüft anhand einer Checkliste den Zustand von Heizkessel und Regelung, Pumpe und Heizungsrohren sowie die Regelung der Heizkörper. Der Check dauert etwa eine Stunde und schlägt für den Kunden mit etwa 100 Euro zu Buche. Am Ende steht ein kurzer Bericht mit einer Farbskala ähnlich wie beim Gebäude-Energiepass. Jeder der Prüfpunkte hat Verbesserungspotenzial: ein zu warmer Heizkessel zum Beispiel schlägt mit acht Punkten zu Buche. Ist alles bestens, ergeben sich null Punkte. Völlig veraltete Anlagen, die zu viel Energie vergeuden, erhalten ein Maximum von 100 Punkten. Darüber hinaus gibt es Modernisierungsempfehlungen, etwa den Austausch von Thermostaten oder den Kauf einer neuen Zirkulationspumpe. Die Wärmedämmung des Gebäudes bleibt jedoch unberücksichtigt.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bezuschusst seit April 2009 im Rahmen ihrer Sonderförderung 431 unter anderem auch den Heizungs-Check und anstehende Modernisierungen: Für Investitionen unter 400 Euro (also zum Beispiel den Check) gibt es 100 Euro. An teureren Maßnahmen beteiligt sich die KfW mit 25 Prozent.



Heizungstechniker Georg Thom prüft die Checkliste ab.



tion bleiben unentdeckt“, bemängelt beispielsweise die Kölner Energieberaterin Gisela Renner. „Wenn man etwa dieselbe Summe investiert, kann man die Heizungsregelung optimieren lassen und damit direkt sparen.“ Ein weiterer Schwachpunkt: Die Checkliste kann keine Aussage über die Häufigkeit der Brennerstarts machen und dadurch entstehende Verluste nicht erfassen. „Selbst modernste Heizungen sind oft falsch eingestellt und arbeiten daher nicht optimal“, betont die Kölner Physik-Ingenieurin.

Check mit falschen Bewertungen

Auch Dieter Wolff, Professor für Versorgungstechnik an der FH Wolfenbüttel, sieht den Heizungs-Check skeptisch. Er rät dringend zu einer Analyse, die sich aus Verbrauchswerten ableitet. „Dazu muss ein Wärmemengenmesser hinter dem Wärmeerzeuger installiert werden, die Auswertung erfolgt monatlich oder besser noch wöchentlich“, erläutert der Experte das Verfahren. „Diese zwar etwas länger dauernde Analyse liefert deutlich seriösere Ergebnisse als die Kurz-Checks.“ Letztere basieren laut Wolff teilweise auf sehr groben oder sogar falschen Bewertungen.

Heizen in der richtigen Dimension

Georg Thom analysiert nun die Angaben zur Heizungsanlage, überschlägt den Bedarf- und kommt zu dem Ergebnis, dass der Kessel für die 180 Quadratmeter Wohnfläche richtig dimensioniert ist. Doch auf den Triumph folgt eine böse Überraschung: Laut Heizungs-Check sind die Thermostate der Mollbergs veraltet. Überdies fehlt der hydraulische Abgleich – wie bei den meisten Heizungen. Das treibt die Negativbilanz der Mollbergs tüchtig nach oben. Georg

Thom addiert die Verbesserungspunkte. 67 von möglichen 100 Verbesserungspunkten erhält die Heizungsanlage der Unkeler. Damit besteht Handlungsbedarf. Georg Mollberg ist überrascht: „Mit so einem schlechten Ergebnis habe ich nicht gerechnet!“

Übersichtliche Ergebnisse

Ein echter Pluspunkt des Checks ist, dass Verbraucher sofort nachvollziehen können, welche Schwachpunkte ihre Anlage besitzt, betont Horst Eisenbeis von der Vereinigung der deutschen Zentralheizungswirtschaft. Und die empfohlenen Modernisierungsmaßnahmen helfen, zu sparen: Durch optimale Einstellung von Heizung, Pumpen, Regelung und Thermostatventilen lassen sich zehn bis 20 Prozent Heizenergie einsparen.

Für die Mollbergs hat Georg Thom folgende Empfehlungen: Da in wenigen Jahren sowieso ein neuer Kessel fällig ist, reicht es, die Heizkreispumpe auszutauschen und die Rohre nachzudämmen. Außerdem will er die defekte Außenfühlerregelung reparieren oder ersetzen und die Nachheizung des solaren Warmwasserspeichers über eine Zeitschaltuhr regeln lassen. Alles in allem sollen die Unkeler zusätzlich etwa 650 Euro investieren, um mit gutem Gewissen weiterheizen zu können. Georg und Elisabeth Mollberg sind erleichtert: „Offenbar ist der Aufwand geringer, als wir gedacht haben.“ Wie viel die Familie spart, zeigt zwar erst die nächste Ölrechnung. Doch Georg Thom ist optimistisch: Die Einsparung beträgt mindestens zehn Prozent, das sind knapp 200 Euro jährlich – ein hübsches Sümmchen. ANN-ISABELL THIELEN

www.heizcheck-online.de

inVENTer®
einfach genial lüften

*Fensterlüftung war gestern ...
Sparen Sie Energie beim Lüften*

- keine Pollen und kein Staub ✓
- weniger Lärm von draußen ✓
- bis 50% Wärmehilfsgewinn ✓
- geringer Stromverbrauch ✓
- stiller Motor / Vibration ✓
- CE-Zugelassen / TÜV geprüft ✓

jetzt neu

Lüften "um die Ecke"

ohne Außenhaube
für glatte Fassaden

inVENTer® corner

Öko-Heiztechnik inVENTer GmbH
+49 (0) 90 427 71 804
www.inventer.de

Ökodesign-Richtlinie

Was seit Anfang des Jahres für Glühlampen gilt, wird sich künftig auf sämtliche elektronische Geräte ausdehnen: Die EU-Kommission hat vier europäische Verordnungen zur Ökodesign-Richtlinie in Kraft gesetzt. Sie betreffen Kühlschränke und Fernseher, Industriemotoren und Umwälzpumpen. Unterm Strich sollen so EU-weit ab 2020 jährlich 190 Terrawattstunden Strom eingespart werden. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik werden jährlich rund 500 Terrawattstunden Strom verbraucht.

Die Vorschriften treten schrittweise ab Anfang 2010 in Kraft. Die größte Einzelmaßnahme schreibt neue Grenzwerte für Elektromotoren in Aufzügen, Industriemaschinen, Rasenmähern und Werkzeugen vor. Damit wird so viel Strom gespart, wie ganz Schweden verbraucht.

Fernsehergeräte sollen ab August 2010 höchstens so viel Strom verbrauchen wie der heutige Durchschnitt. Ab April 2012 muss die Energieeffizienz 20 Prozent über dem heutigen Durchschnitt liegen. Die Vorgaben für einzelne Modelle hängen von der Bildschirmgröße ab.

Im Januar 2010 und im August 2011 treten Vorgaben für den Verbrauch im Stand-by-Betrieb und bei ausgeschaltetem Gerät in Kraft: Computer, Stereoanlagen, Fernseher, Satellitenreceiver und andere Geräte dürfen im Stand-by-Modus höchstens ein Watt verbrauchen, ab Ende 2013 nur noch 0,5 Watt.

Für Kühl- und Gefrierkombinationen gelten neue Verbrauchsgrenzen ab Juli 2010, die in den kommenden vier Jahren zweimal sinken. Damit verschwinden Geräte der heutigen Energieklassen A bis G. Übrig bleiben Geräte, deren Verbrauch heute mit A+ oder besser angegeben ist.

Auch Umwälzpumpen für Heizungen und Heißwasseranlagen müssen sparsamer arbeiten, was „intelligente“ Umwälzpumpen fördert, die ihre Leistung an den jeweiligen Bedarf der Heizungsanlage anpassen.

Eine energetische Erfolgsstory

80 Prozent der Bevölkerung kennen das vor 15 Jahren eingeführte EU-Label. Dank der Kennzeichnungspflicht verschwanden viele Stromfresser vom Markt. Nun gilt es, diesen erfolgreichen Weg auf möglichst viele Sparten zu übertragen.

Trotz mancher Kritik am Label: Unter dem Strich hat die Kennzeichnungspflicht den Energieverbrauch in vielen Bereichen stark gesenkt. Insbesondere bei Kühl- und Gefriergeräten sowie bei Wasch- und Spülmaschinen haben die Verbraucher die Hersteller durch ihr Kaufverhalten zu sparsamen Modellen bekehrt.

Das Label legte 1994 den Verbrauch eines damals mittelmäßigen Geräts als Standard zugrunde. Solche Geräte erhielten die mittlere Effizienzklasse D in Gelb. Modelle mit über einem Viertel Mehrverbrauch landeten in der roten Klasse G. Um in die grüne Klasse A zu kommen, musste ein Gerät mindestens 45 Prozent weniger als der Standard verbrauchen. Die restlichen Buchstaben wurden den Werten dazwischen zugeordnet.

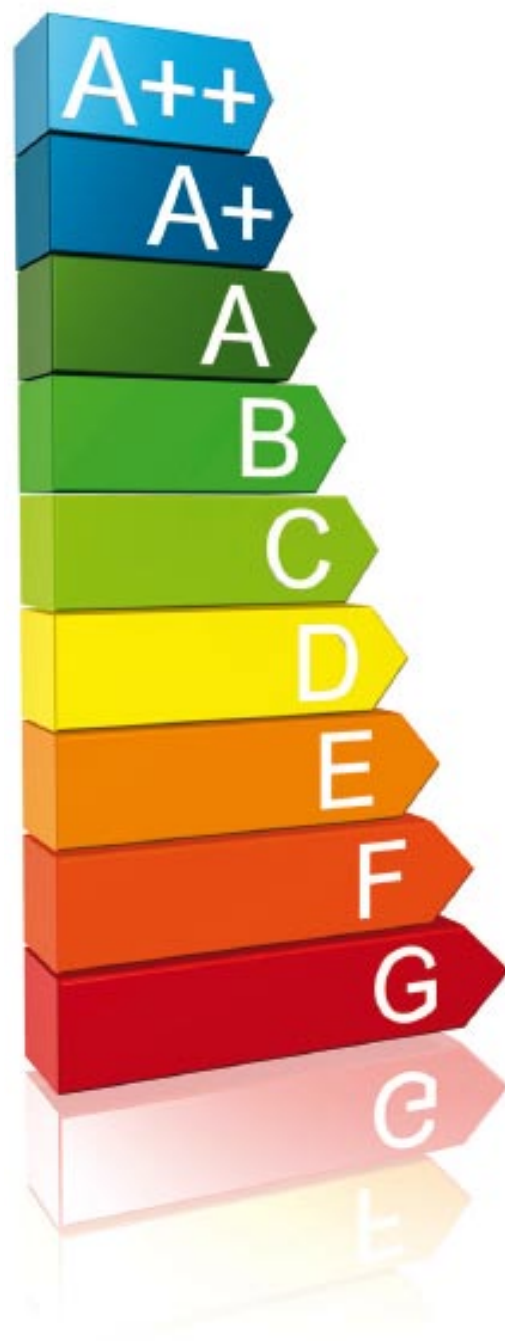
Die EU-Labels kennzeichnen folgende Geräte:

- Kühl- und Gefrierschränke

Die Hersteller haben den Verbrauch so erfolgreich reduziert, dass fast nur noch Geräte der Klasse A im Handel waren. Daher wurde die Skala 2003 auf A+ und A++ nach oben erweitert. Ab 2010 soll die Bezeichnung durch A-20%, A-40%, und A-60% ersetzt werden, was manche als verwirrend empfinden.

- Waschmaschinen

Dank der Nachfrage nach sparsamen Geräten gibt es kaum noch Neugeräte der Klasse B oder schlechter. Der Wettbewerb findet nur innerhalb der Klasse A statt. Die Klasse A+ gibt es bei Waschmaschinen offiziell nicht. Sie wird aber teils trotzdem für Modelle mit maximal 0,17 Kilowattstunde Stromverbrauch pro Kilogramm verwendet. Kritisiert wird gelegentlich, dass nur das 60-Grad-Baumwollprogramm zur Einstufung zugrunde gelegt wird. Darüber hinaus fehlt eine Normierung der Spülwirkung. So werden Geräte „besser“ eingestuft, die einfach den letzten Spülgang weglassen, also schlechter spülen.



- Spülmaschinen

Auch für Spülmaschinen findet der Wettbewerb nur noch innerhalb A statt. Leider fehlt bislang eine Differenzierung in A+ und A++. Das Label nutzt energiebewussten Käufern somit nichts mehr. Lediglich die zusätzlichen Kategorien für Reinigungs- und Trocknungswirkung helfen noch, zu unterscheiden. Darüber hinaus fehlt ein Hinweis oder Bonuspunkt, wenn das Gerät auch an die Warmwasserleitung angeschlossen werden kann.

- Waschtrockner, Trockner und Elektroherde

Bei diesen Geräten gibt es funktionsbedingt kaum Streuungen zwischen verschiedenen Modellen. Bei – vergleichsweise seltenen – Waschtrocknern bezieht sich die Einstufung auf den Verbrauch von Waschen plus Trocknen. Bei Trocknern erreichen nur Geräte mit Wärmepumpe die Klasse A, der Rest liegt seit jeher bei B und C. Auch bei Elektroherden gab und gibt es kaum Verbrauchsunterschiede.

- Raumklimageräte

Müssen seit 2003 ein Energielabel haben. Als Benutzungszeit werden pauschal 500 Stunden, also drei Wochen im Dauerbetrieb, angesetzt. Ein direkter Warnhinweis auf die aus dem Betrieb entstehenden hohen Kosten fehlt bislang.

- Beleuchtung

Die Kriterien der Eingruppierung sind komplizierter als bei sonstigen Geräten. Schlechtere Sparlampen erhalten Klasse B, Halogenlampen und besonders schlechte Glühlampen finden sich in den Klassen F und G. Halogenstrahler sind von der Kennzeichnung leider noch ausgenommen.



- TV-Geräte

Für Fernsehgeräte gilt die Einstufung ab 2010 in die bekannten Klassen. Die Einordnung erfolgt bisher freiwillig und ist mangels genormter Vorgaben nicht aussagekräftig genug.

- Heizungspumpen

Die Heizungspumpenhersteller haben sich in einer freiwilligen Selbstverpflichtung dazu bereit erklärt, Heizungspumpen mit den Klassen A bis G zu kennzeichnen. Obwohl die Anforderungen an die Klasse A sehr hoch sind, gibt es inzwischen – vom Einfamilienhaus bis zum Großgebäude – Pumpen der besten Energieklasse.

- Weitere Labels

Für den Bereich Bürokommunikation und Unterhaltungselektronik gibt es weitere Labels, die Hinweise auf den Energieverbrauch geben. Deren Bekanntheitsgrad ist aber mit Abstand niedriger und die Kennzeichnung ist freiwillig.

Verkaufsverbote

Ein Verkaufsverbot für ineffiziente Geräte spart ebenfalls Strom: Seit 2002 sind besonders schlechte Vorschaltgeräte für Leuchtstofflampen vom Markt verschwunden. Auch das stufenweise Verkaufsverbot von Glühlampen bis 2016 wird den Stromverbrauch spürbar senken. Die Kennzeichnung weiterer Geräte mit Energielabel und weitere Verkaufsverbote sind höchst notwendig und sinnvoll. OLIVER STENS



MEGAMAN®

Die EnergieSparLampe

EU-Glühlampenverbot 2009

Wir haben die Alternativen!



**Die Glühlampe geht.
Ihre warmweiße(!)
Lichtfarbe bleibt**

Eine Glühlampe hat die
Lichtfarbe 2700K.

Warmweiße **MEGAMAN®**
EnergieSparLampen haben
ebenfalls **2700K.**

Das garantiert ein angenehmes,
ausgewogenes Licht.

Sogenannte Warm-Comfort-
Light-Lampen (**2500K**)
können durch einen Gelbstich
die Harmonie Ihrer vorhandenen
Beleuchtung stören.

Achten Sie daher beim Kauf
unbedingt auf die Lichtfarbe
2700K/warmweiß.

Weitere Infos unter
www.megaman.de (Farbenkunde)

MEGAMAN - IDV GmbH

Birkenweiherstr. 2

D-63905 Langenselbold

Tel.: 06184/9319-0 • Fax: 931919

www.megaman.de

Ökostrom liegt voll im Trend

Im vergangenen Jahr haben 2,1 Millionen Haushalte und fast 150.000 Gewerbebetriebe in Deutschland Strom von einem sogenannten Ökostromanbieter bezogen. Im Vergleich zum Vorjahr lag der Anstieg bei den Privatkunden bei 90 Prozent. Bei den Gewerbekunden stieg die Kundenzahl auf mehr als das Doppelte. Damit kletterte der Absatz von Grünstrom 2008 auf rund elf Milliarden Kilowattstunden, ergab eine Umfrage der Fachzeitschrift *Energie & Management (E&M)* unter 180 Energieversorgern und Ökostromanbietern. 51 Ökostromversorger beliefern derzeit über eine Millionen Ökostromkunden. Marktführer ist *LichtBlick* (423.000 Kunden), gefolgt von der *Entega* (375.000) und *NaturEnergie* (270.000). Eine Motivation für den Wechsel sei der Preis, hieß es: Fast überall unterbieten Ökostromer den Standardtarif der Grundversorger (siehe Seite 31).



Die Mär vom Schweizer Sauberstrom

Die Schweiz produziert reichlich Wasserstrom – und exportiert diesen fleißig: Rund 40 Prozent, das sind rund 13 Milliarden Kilowattstunden, fließt in die Netze der europäischen Nachbarn. Doch gleichzeitig importiert die Schweiz jährlich nahezu elf Milliarden Kilowattstunden Strom aus „nicht überprüfbaren Energiequellen“ – was nichts anderes ist als Strom aus nuklearer und fossiler Produktion. Darauf macht die schweizerische Zeitschrift *Energie & Umwelt* aufmerksam (Heft 2/2009).

Als Beispiel wird der schweizer Stromversorger *Rätia Energie* genannt: Das Unternehmen besitzt Anteile an Kohlekraftwerken in Deutschland und verkauft seinen Kunden 99 Prozent Strom aus nicht überprüften Energieträgern. Auch die Stauseen tragen zum Greenwash bei: Sie füllen die Speicher nachts mit importiertem Graustrom und erzeugen daraus tagsüber „sauberen“ Wasserkraftstrom. Ähnlich verfährt Österreich: Die Alpenrepublik stellt zwar 41 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom her und exportiert 13 Milliarden davon. Gleichzeitig importieren die Österreicher jedoch 19 Milliarden Kilowattstunden. Auch Norwegen (Import 13, Export sechs) und Schweden (Import 24, Export zwölf) importieren mehr Strom, als sie exportieren.

PREISNIVEAU

Atomstrom erhöht Strompreise

Deutsche Haushalte müssen statistisch umso mehr für ihren Strom bezahlen, je größer der Atomstromanteil im Strommix ihres Versorgers ist. Das ist das Ergebnis eines repräsentativen Preisvergleichs der Deutschen Umwelthilfe (DUH) von über 100 Stromtarifen im ganzen Bundesgebiet.

Dabei gilt der Anstieg des Strompreises mit dem Atomstromanteil gleichermaßen für Jahresstromverbräuche von 1.000, 3.000 oder 5.000 kWh. Der Preisvergleich widerlege die Behauptung der Atomkraftwerk-Betreiber, Atomstrom sei für die Kunden billiger, so die DUH.

Darüber hinaus hat das Öko-Institut die Strompreisniveaus einzelner EU-Mitgliedsstaaten verglichen. Ergebnis: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen hohem

Kernenergie-Anteil und niedrigem Strompreisniveau.

Im Gegenteil fanden die Experten sowohl Staaten mit hohen Kernenergieanteilen und sehr hohem Preisniveau für Haushalts- und Industriekunden als auch Staaten mit niedrigem Kernenergieanteil und niedrigem Preisniveau. Möglicherweise führe der Stopp des Atomausstiegs in Deutschland sogar zu einem Preisanstieg, denn die mit der Laufzeitverlängerung einhergehende Unsicherheit führe wahrscheinlich zu einem gedämpften Modernisierungsprozess und damit verbunden zu höheren Strompreisen. Laut einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg würde ein schwarz-gelber Wahlsieg und eine damit verbundene längere Laufzeit der Kernkraftwerke

um 25 Jahre den Stromriesen Zusatzserlöse von über 200 Milliarden Euro bescheren. Entsprechend steigen die Kurspotentiale der Unternehmen.

In einem konservativen Szenario gehen die Autoren davon aus, dass die Laufzeiten um zehn Jahre verlängert werden und der Strompreis niedrig bleibt. In diesem Fall belaufen sich die Zusatzgewinne auf lediglich 38 Milliarden Euro.

TOOLBOX

Anleitung für verständliche Rechnungen

Die österreichische Regulierungsbehörde E-Control hat ein Rezeptbuch für verständliche Strom- und Gasrechnungen entwickelt: das *Toolbook*. Es gibt Strom- und Gasversorgern eine Anleitung für rechtskonforme, übersichtliche und verständliche Rechnungen. Das soll die Kundenzufriedenheit steigern.

Die Rechnung umfasst insgesamt drei Seiten, ein Deckblatt, eine Seite für die Erklärung der verwendeten Begriffe und eine Seite für die Rechnungsdetails. Es wurde darauf geachtet, Fachbegriffe und Juristendeutsch zu vermeiden.

Das *Toolbook* beinhaltet in einer kurzen Zusammenfassung die wichtigsten Erkenntnisse aus einem Vergleichstest des IFES-Institutes, das in persönlichen Interviews mit Konsumenten die von E-Control erstellte Musterrechnung

bestehenden Rechnungen gegenüber gestellt hat. Zwei Drittel der Befragten sprechen sich aufgrund ihrer Übersichtlichkeit und Verständlichkeit eindeutig für die Musterrechnung aus. Es wurden verschiedene Varianten einzelner

Rechnungselemente – so genannter Module – getestet.

Des Weiteren erläutert das *Toolbook* die Grundsätze, die dem Design der Rechnung zugrunde liegen, und Ausführungen, falls sich in der Praxis Fragen ergeben.



Nur ein Gerät hält, was es verspricht



Die Stiftung Warentest hat Stromkostenmessgeräte geprüft und verglichen. Nur ein Gerät erhielt die Note „gut“: der von Conrad vertriebene Voltcraft Energy Monitor für 40 Euro. Bei den übrigen getesteten Geräten zeigten sich erhebliche Mängel bei Genauigkeit und Sicherheit.

Für die Juni-Ausgabe nahmen die Tester sieben Stromkostenmessgeräte unter die Lupe. Das Ergebnis ist ernüchternd: Lediglich ein einziges Gerät konnte überzeugen. Das 39,80 Euro teure „Conrad/Voltcraft Energy Monitor 3000“ besitzt eine sehr hohe Messgenauigkeit. Außerdem lassen sich mit dem Conrad-Gerät Prognosen über die Stromkosten anstellen und beziffern, welche Geräte wie viel dieser Kosten verursachen. Die Warentest-Prüfer bemängeln beim Testsieger lediglich, dass die zahlreichen Einstelloptionen technisch nicht sonderlich versierte Nutzer überfordern könnten.

Mangelhafte Sicherheit

Zwei weitere Geräte (No energy 50 Euro, Conrad Basetech 10 Euro) lieferten zwar ebenfalls genaue Messergebnisse, bestanden jedoch nicht den Sicherheitscheck: Bei Höchstlast (3.700 Watt) wurden die Leitungen so heiß, dass sich das Gerät verformen kann. Die Sicherheitsüberprüfung ergab deshalb ein „mangelhaft“. Allerdings haben die allermeisten Hausgeräte nicht einmal eine Höchstlast von 2.000 Watt.

Patzer bei der Messgenauigkeit

Anders sieht es bei den vier restlichen Testkandidaten aus: Die Geräte von „Heitronic“,

„Aldi (Nord)“, „Revolt NC-1084“ und das „Westfalia Wetekom PM-30“ konnten aufgrund ihrer Messungenauigkeit nicht überzeugen. „Die Abweichungen der gemessenen Werte vom wirklichen Stromverbrauch sind oft groß“, heißt es im Testbericht. Das Aldi- und das Westfalia-Gerät erhielten beim Kriterium „Messgenauigkeit Standby-Leistungen“ wegen der großen Messungenauigkeiten sogar ein „mangelhaft“. Beim Messen eines Netzteils mit 1,4 Watt Stand-By-Verbrauch zeigten die beiden Geräte einen Wert von sechs Watt an.

Tipp vom Experten: Leihen - nicht kaufen

Die Tester von Stiftung Warentest empfehlen allen Verbrauchern, die ihren Energieverbrauch überprüfen wollen, sich Strommessgeräte zu leihen. Verbraucherzentralen, Baumärkte, Stromversorger und auch der Bund der Energieverbraucher geben Strommessgeräte oft kostenlos gegen Zahlung einer Kautions für eine Woche ab.

Hier finden Sie eine Liste zahlreicher Ausleihstellen: www.no-e.de/html/ausleihen.php

EnBW steigt bei EWE ein

Die Energie Baden-Württemberg (EnBW) aus Karlsruhe ist bei der Oldenburger EWE AG eingestiegen und hat für rund zwei Milliarden Euro 26 Prozent der Aktien übernommen. Der Bund der Energieverbraucher lehnt die Übernahme ab, weil sie die Macht der vier großen Energiekonzerne ausweitet und den Wettbewerb schwächt. „Das Kartellamt hätte das nie zulassen dürfen“, kommentiert der Vereinsvorsitzende Aribert Peters. Bereits in den vergangenen Jahren hatten Fusionen die Übermacht der vier Großen verstärkt und den Wettbewerb geschwächt (siehe Seite 12).

Smart-Meter ohne Mehrkosten

Österreich will flächendeckend auf intelligente Stromzähler setzen – und das kostenneutral für die Verbraucher: Der Chef der österreichischen Regulierungsbehörde, Walter Boltz, hält das „im wesentlichen“ ohne Erhöhung des Messentgelts (derzeit maximal 2,40 Euro) finanzierbar. Der Regulator will mit der Stromwirtschaft eine entsprechende Vereinbarung aushandeln.

SPAR-STEuerung
für Wasserschleifen

WASSER, ENERGIE UND CHEMIE SPAREN...

MS1002

Die ideale Ergänzung für Ihre Solaranlage

hilft Energie und Chemie auf intelligente Weise zu sparen.
Bei der MS1002 führen Sie über die SOLARANLAGE ökologisch erwärmtes Wasser zu und minimieren so den Energieverbrauch jeder Waschmaschine.

Martin
ELEKTROTECHNIK

Tel. 09741-2555
Fax 09741-5343
Dr.-Gartenhof-Str. 4 · D-97769 Bad Brückenau
sparsteuerung@ms1002.de · www.ms1002.de

Purzelnde PV-Preise

Käufer von Photovoltaikanlagen profitieren derzeit von Überkapazitäten: Die Preise für Solarmodule sind stark gesunken. Viele Händler müssen ihre Ware unter dem Einkaufspreis abgeben und erleiden dadurch Verluste. Der ganze Markt ist in Bewegung. Die Käufer freuen sich jetzt nicht nur über die guten Preise, sondern auch über kurze Lieferzeiten. Großhändler bieten gute deutsche Module derzeit für rund drei Euro je Watt an. Experten sehen schon Preise von 1,80 Euro je Watt.

Windkraft kann die Welt versorgen

Ein weltweites Netz von Windkraftwerken könnte den gesamten Strombedarf der Menschheit decken. Das haben Wissenschaftler der Harvard Universität errechnet. Ein Netzwerk von 2,5 Megawatt-Anlagen könnte selbst bei einer Leistung von 20 Prozent der Kapazität allein in den USA das 16-Fache des Bedarfs produzieren. Weltweit könnten Windkraftanlagen die 40-fache Menge des Stromverbrauchs herstellen.

Solar deckt weltweiten Energiebedarf

Die Internationale Energie-Agentur IEA Agentur hat ausgerechnet, dass Solaranlagen den gesamten Energiebedarf der Erdbevölkerung 2030 decken könnten. Dazu sei eine Fläche von 0,6 Prozent der Landfläche nötig, vorausgesetzt, die Anlagen nutzen ein Zehntel der einfallenden Sonnenstrahlung. Den derzeitigen Weltstrombedarf könnten sogar Solarkraftwerke auf nur drei Prozent der Fläche der Sahara decken. Die Sonne strahlt ständig mehr als 120.000 Terrawattstunden auf die Erdoberfläche. Das entspricht der Leistung von 100 Millionen großen Kraftwerken und ist 7.700-mal größer als der gesamte Energiebedarf der Erde (136.000 TWh). Herkömmliche Solarzellen könnten etwa fünf bis 18 Prozent des einfallenden Sonnenlichts in Strom umwandeln, thermische Solaranlagen 25 bis 49 Prozent, so die IEA.

FEINSTAUBEMISSIONEN

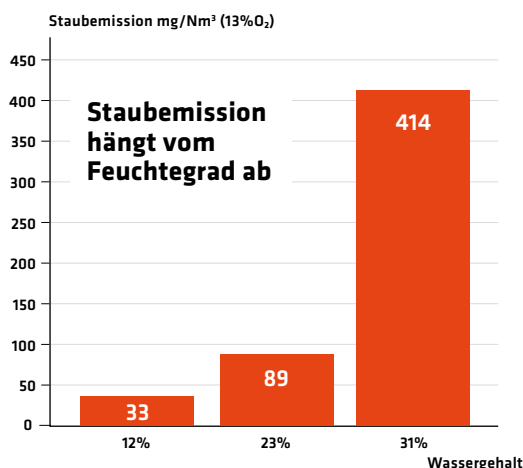
Mit Holz sauber heizen

Private Holzfeuerungen tragen rund zehn Prozent zu den gesamten Feinstaubemissionen bei. Das ist das Ergebnis von Messungen des Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzent-

rum für Nachwachsende Rohstoffe (TfZ Bayern). Die Experten nahmen die Feinstaubemissionen von Pelletkessel, Scheitholzkessel, Hackschnitzelkessel, Kachelofeneinsatz und Kaminofen unter die Lupe.

Ergebnis: Die Staubemissionen liegen zwischen 20 und 72 mg/Nm³, wobei Pelletkessel den niedrigsten Wert erreichen. Einzelfeuerungen haben doppelt so hohe Feinstaubemissionen wie die Kesselfeuerungen. Alle Feuerungen unterschritten die geltenden Grenzwerte für Feinstaub von 150 mg/Nm³ für einen Zentralheizkessel über 15 Kilowatt Nennleistung.

Die verwendete Holzart hat nur geringen Einfluss auf die Staubemissionen. Dagegen steigen die Feinstaubemissionen mit dem Wassergehalt des verbrannten Holzes dramatisch an: Bei zwölf Prozent Restfeuchte liegen die Staubemissionen eines Scheitholzkessels bei 33 mg/Nm³, bei 31 Prozent bei 414 mg/Nm³. Die Hersteller schreiben einen maximalen Feuchtigkeitsgehalt von 25 Prozent vor.



Staubemissionen eines Scheitholzkessels bei verschiedenen Brennstoffwassergehalten (n=Anzahl der Einzelmessungen)
Quelle: Erneuerbare Energien Heft Juli 2009, Seite 77.

SITZ DER AGENTUR

IRENA zieht nach Abu Dhabi

Der Hauptsitz der neuen Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) ist Abu Dhabi. Bonn hatte sich auch beworben und bekommt ein Innovations- und Technologiezentrum für erneuerbare Energien. Der dritte Bewerber Wien erhält ein Verbindungsbüro für Kontakte zu den Vereinten Nationen.

IRENA war auf deutsche Initiative hin vor fünf Monaten in Bonn gegründet worden. Die IRENA-Zentrale soll in Masdar-City angesiedelt werden, einer emissionsfreien Stadt, die vor den Toren von Abu Dhabi errichtet wird. Der

deutsche Beitrag zu IRENA wird zunächst in der Summe bei etwa sieben Millionen Euro liegen – der Mitgliedsbeitrag Deutschlands allein für die internationale Atomenergiebehörde IAEA liegt bei 25 Millionen Euro. Frankreich, das gerade einen Nuklearvertrag mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (UAE) abgeschlossen hat, unterstützte als IRENA-Sitz Abu Dhabi. Mit Unterstützung der Emirate wurde die französische Kandidatin für den Generalsekretärsposten, Hélène Pelosse, die im französischen Umweltministerium als Staatssekretärin dient, gewählt.



STAAT FÖRDERT

In China geht die Sonne auf

Um die Solarindustrie zu fördern, übernimmt die chinesische Regierung künftig bis zu 70 Prozent der Investitionskosten von neuen Solarkraftwerken. Laut dem Finanzministerium übernimmt der Staat zudem in den nächsten zwei bis drei Jahren bei netzabhängigen On-Grid-Projekten 50 Prozent der Investitionssumme, sofern die Anlage mindestens 500 Megawatt leistet. Im Rahmen des „Golden Sun“-Projekts unterstützt Peking außerdem jede Provinz bei Projekten mit je 20 Megawatt.

In abgelegenen Gebieten stellt die Regierung im Falle von unabhängigen Off-Grid-Projekten bis zu 70 Prozent Förderung in Aussicht. Das Land will bis 2020 mindestens 15 Prozent seiner Energie aus regenerativen Quellen decken, um die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen zu verringern.

39 Prozent der weltweit produzierten Solarzellen und -module kamen 2008 aus China. Das Land belegt damit inzwischen den Spitzenplatz bei den Herstellern – weit vor der EU mit 28 Prozent.



STUDIE DER LANDESBANK

Solarstrom bald konkurrenzfähig

Was Vertreter der Solarstrombranche schon lange prognostizieren, stützt jetzt eine Studie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Danach ist Solarstrom schon in wenigen Jahren vollkommen konkurrenzfähig. Laut der Erhebung kann Solarstrom schon ab 2012 billiger sein als Netzstrom. Schon in weniger als drei Jahren soll Netzparität eintreten, also der Zustand, in dem Solarstrom unsubventioniert mit Netzstrom konkurrieren kann. Die Prognose stützt sich auf weiter deutlich fallende Modulpreise, die 2009 voraussichtlich um 24 Prozent niedriger sein werden als 2008. Die

LBBW-Studie weist überdies darauf hin, dass es 2020 billiger sein wird, CO₂-Emissionen durch Photovoltaik zu vermeiden, statt das Klimagas nach seiner Entstehung in Kohlekraftwerken abzutrennen und einzulagern. Die Technik zur Abtrennung und Einlagerung von CO₂ sei in Deutschland aus betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll (siehe Seite 36).

www.oekofinanz-21.de,
www.100-prozent-erneuerbar.de,
www.focus.de

EIGENVERBRAUCH VON SOLARSTROM

Vorsteuer voll abzugsfähig

Für die Wirtschaftlichkeit einer Solaranlage ist mit entscheidend, dass der Anlagenbetreiber steuerlich als Unternehmer gilt, also die Vorsteuer für die Anlage vom Finanzamt erstattet bekommt. Laut Bundesfinanzministerium hängt die Einstufung als Unternehmer nicht davon ab, ob der Solarstrom ganz oder teilweise selbst verbraucht wird: Die Finanzämter bewerten den gesamten erzeugten Strom steuerlich mit 0,4301 Euro je Kilowattstunde. Das neue EEG ver-

gütet auch PV-Strom, den ein PV-Anlagenbetreiber selbst verbraucht und nicht ins Netz einspeist (§ 33 (2) EEG). Die Vergütung beträgt 0,2501 Euro je Kilowattstunde über 20 Jahre. Zusätzlich spart man den Kauf der entsprechenden Strommenge für gut 20 Cent je Kilowattstunde. Für eingespeisten Strom erhält man hingegen 0,4301 Euro je Kilowattstunde, falls die Anlage 2009 errichtet wurde.

STROM AUS ERNEUERBARER ENERGIE

Ab 2010 auf dem Spotmarkt

Nach der neuen Ausgleichsmechanismusverordnung (AusglMechV) verkaufen ab Anfang 2010 die vier Übertragungsnetzbetreiber EEG-Strom am Spotmarkt der Strombörse EEX in Leipzig.

Bisher wurden die nach dem EEG vergüteten Strommengen in einem aufwändigen Verfahren auf alle Stromvertriebsunternehmen

in Deutschland verteilt. Soweit die Vermarktungserlöse allein nicht ausreichen, werden die Vertriebe zusätzlich eine EEG-Umlage beim Kunden erheben. Diese wird deutschlandweit einheitlich sein. Nach Schätzungen der Bundesregierung könnten die Einsparungen dadurch im „dreistelligen Millionenbereich“ liegen.

ERDWÄRME

Schleppender Geothermie-Ausbau

Anlagen der tiefen Geothermie sollen nach Planungen der Bundesregierung bis 2020 insgesamt 1,8 Milliarden Kilowattstunden Strom und 8,2 Milliarden Kilowattstunden Wärme erzeugen. Doch die Technologie- und Marktentwicklung in diesem Bereich sei erheblich langsamer erfolgt als erwartet, so die Bundesregierung.

Laut der Regierung sind seit 2003 in Deutschland drei Geothermieprojekte zur Strom- und Wärmeerzeugung und zehn Geothermieheizwerke in Betrieb gegangen. Die Finanzkrise habe die Möglichkeit zur Finanzierung solcher Projekte

weiter verschlechtert. Auf der anderen Seite freut sich der Bundesverband Geothermie über gute Förderbedingungen: Zur Umsetzung stünden neue Instrumente zur Verfügung, so der Verband. So gilt seit Januar 2009 das neue EEG mit erhöhten Einspeisetarifen und Boni für eine bessere Wirtschaftlichkeit für Geothermieprojekte. Die Förderung für Wärmeprojekte im Marktanreizprogramm, die Risikoabsicherung für Fündigkeit und Bohrrisiko sowie das Konjunkturprogramm der Bundesregierung erschließt weitere Finanzierungsmöglichkeiten.

Vom Überfluss zur Knappheit

Die fossile Energiewirtschaft steht vor dem Scheitelpunkt: Brennstoff wird weltweit knapp. Doch es gibt Grund zur Hoffnung, denn gleichzeitig wachsen die erneuerbaren Energien rasanter, als selbst Optimisten vorherzusagen wagten.

Bis zum Jahr 2030 erwartet die UNO, dass die Weltbevölkerung um ein Viertel auf über acht Milliarden wächst. Ökonomen, etwa die der Weltbank, prognostizieren nochmals eine Verdopplung der Wirtschaftsleistung. Als Folge skizziert die Internationale Energieagentur IEA eine Steigerung des Energieverbrauchs um bis zu 45 Prozent in den nächsten 20 Jahren. Dabei will die Weltgemeinschaft zum Schutz des Erdklimas die jährlichen Kohlendioxid-Emissionen bis 2050 weltweit um 85 Prozent senken.

Derzeit 85 Prozent Fossil

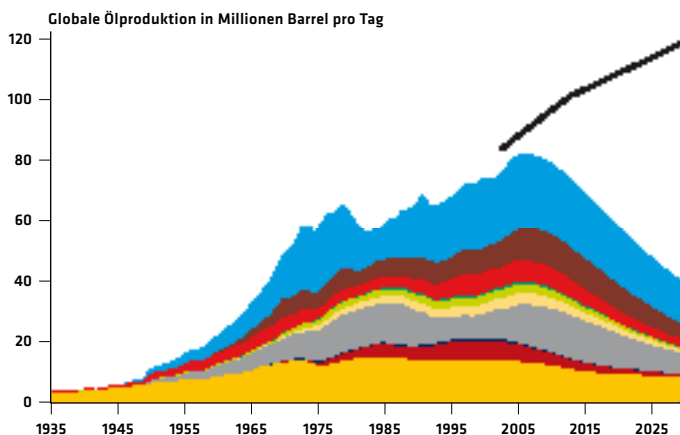
Um das zu erreichen, müsste nicht nur der heutige Energiemix vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden, sondern auch der zusätzliche Verbrauch von CO₂-freien Energieträgern gedeckt werden. Der heutige Verbrauch von Endenergie basiert zu 85 Prozent auf fossilen Quellen, wobei Erdöl ein Drittel, Kohle gut ein Viertel und Erdgas knapp über ein Fünftel deckt. Mit nur zwei Prozent zeigt sich die Atomkraft als

Scheinriese, der zwar in der öffentlichen Diskussion herausragt, für die weltweite Energieversorgung jedoch heute wie auch in Zukunft keine tragende Rolle spielt.

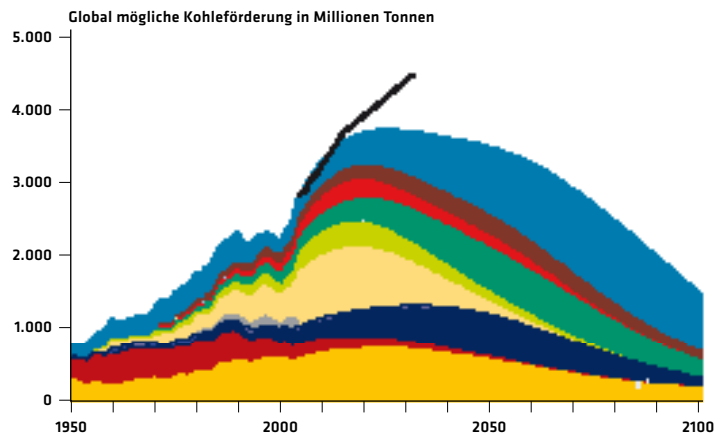
Heute wird viermal mehr Öl verbraucht, als neu gefunden. Die weltweite Erdölförderung könnte sich bis 2030 halbieren.

Doch nicht allein der Klimaschutz, sondern vor allem die Verfügbarkeit der fossilen Rohstoffe wird dem Energieverbrauch Grenzen setzen. Die Frage „Wie lange reicht das Öl?“ führt in die Irre, weil die Quellen nicht stetig sprudeln und plötzlich von einem Tag auf den anderen versiegen. Die Frage muss lauten: Welche Menge ist zu welcher Zeit verfügbar? Und wie steht diese Menge im Verhältnis zur Nachfrage?

Ölproduktion



Kohleförderung



■ Mittlerer Osten ■ Latein-Amerika ■ Ost-Asien ■ Schwellenländer ■ OECD Pazifik ■ OECD Nord-Amerika
■ Afrika ■ Süd-Asien ■ China ■ Russland ■ OECD Europa — WEO 2006

Die Ölförderung nach Weltregionen. Die schwarze Linie oben zeigt die Bedarfsprognose der IEA aus dem World Energy Outlook WEO 2006. Die Farbflächen darunter zeigen die Verfügbarkeit von Öl und Kohle in den verschiedenen Welt-Regionen laut Energy Watch Group.



Wissenschaftler haben im Auftrag der Energy Watch Group (EWG) diese Fragen detailliert beantwortet. Dabei gingen sie von der Tatsache aus, dass zunächst die ergiebigsten und am einfachsten erschließbaren, also billigsten Quellen angezapft werden. Irgendwann erreicht die Förderung ihren Höhepunkt und nimmt danach ab. Auch die Erschließung von immer mehr kleinen Reserven kann diesen Rückgang nicht aufhalten.

Dieses Prinzip gilt für die weltweite Ölförderung, weil die Gesamtmenge des Erdöls in der Erdkruste aus geologischen Gründen begrenzt ist und die Vorkommen weitgehend bekannt sind. Und es gilt auch für andere endliche Rohstoffe wie Erdgas, Kohle und Uran. Dennoch ignorieren Regierungs- und unternehmensnahe Analysen wie die Studie „Energierohstoffe 2009“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) die Fakten.

Die drei Ölpeaks

Alles Erdöl, das gefördert wird, muss zuvor gefunden worden sein. Geologen datieren den Höhepunkt der weltweiten Erdölfunde auf die Mitte der 1960er-Jahre. Seither gingen die Neufunde zurück. Auf der anderen Seite stieg der Verbrauch: Etwa im Jahr 1986 überstieg der jährliche Erdölverbrauch erstmals die Menge der neuen Funde. Unweigerliche Folge: Auch die verbleibenden Reserven überschritten ihren Höhepunkt („Peak zwei“) und schrumpfen seither. Heute wird vier- bis fünfmal mehr verbraucht als neu gefunden. Die kaufmännisch-zurückhaltenden Zahlen der Ölunternehmen nähern sich langsam, aber sicher den Daten der Geologen an.

Rund 20 Jahre später scheint nun der „Peak drei“ erreicht, der Höhepunkt der weltweiten Ölfördermenge. Dieser muss auf den Höhepunkt der Funde und den Höhepunkt der verbleibenden Reserven unweigerlich folgen. Die Folge: Laut Analyse der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik könnte sich die weltweite Erdölförderung bis zum Jahr 2030 halbieren. Auf dem Weltmarkt wird sogar noch weniger verfügbar sein, weil die Förderländer ihren Rohstoff zunehmend selbst verbrauchen.

Auch Kohle wird bald knapp

Weniger akut und doch nicht minder brenzlich ist die Situation bei der Kohle, die vor allem zur Stromerzeugung dient. Statistiken zu den globalen Kohlevorräten sind oft veraltet und überschätzen vermutlich die Vorkommen. Viele Daten wurden seit Jahren nicht mehr aktualisiert. Und wenn, mussten die Angaben meist nach unten korrigiert werden.

Bedenklich ist vor allem die Abhängigkeit von wenigen Kohle-Exportländern: Nur vier Länder bedienen 80 Prozent der Nachfrage, allen voran Australien mit allein 40 Prozent. Dabei wird nur ein Siebtel der geförderten Kohle exportiert, weil die Förderländer sie überwiegend selbst verbrauchen. Das Land mit der größten Kohleförderung ist China. Es fördert die doppelte Menge des zweitplatzierten Förderlandes USA. Den-

Über die Energy Watch Group (EWG)

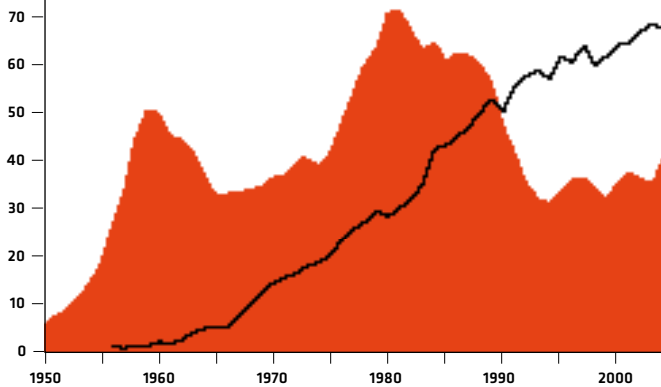
Das internationale Netzwerk von Wissenschaftlern und Parlamentariern erarbeitet unabhängig und überparteilich globale Studien zur Verknappung der fossilen Energieressourcen und Uran sowie Ausbauszenarien für die erneuerbaren Energien. Die Analysen liefern Politik, Medien und Öffentlichkeit wichtige Basisinformationen für eine langfristig sichere und kostengünstige Energieversorgung.

Die Ludwig-Bölkow-Stiftung in München-Ottobrunn trägt das gemeinnützige Projekt, das sich aus zweckgebundenen Zuwendungen finanziert. Für eine ausführliche Studie zur Gasversorgung und gezielte unabhängige Politikberatung benötigt die Initiative dringend weitere (steuerbegünstigte) Zuwendungen.

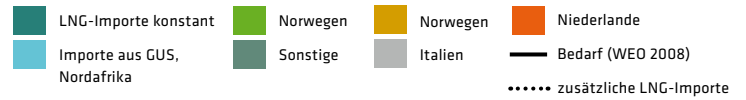
www.energywatchgroup.org

Uranproduktion

Globale Uran-Produktion in Kilo-Tonnen

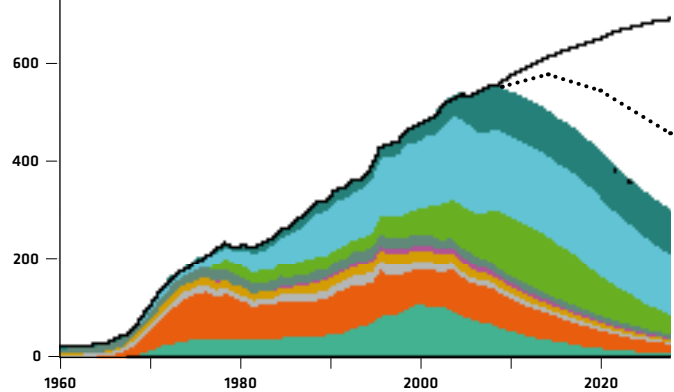


Die schwarze Kurve zeigt den jährlichen Uranverbrauch in Atomkraftwerken weltweit. Die Farbfläche zeigt die Globale Uranförderung. Seit Beginn der 90er-Jahre ist der Verbrauch höher als die geförderte Menge.



EU-Gasaufkommen

Gasförderung in OECD-Europa in Milliarden m³/Jahr



Um den prognostizierten Erdgasbedarf Europas zu decken, müsste bis 2020 doppelt so viel Erdgas importiert werden wie heute, weil die EU-Gasförderung seit einigen Jahren sinkt. Quelle: OECD 2004, BP 2006, Prognose LBST 2005

noch muss China, ebenso wie die USA, in Zukunft Kohle importieren. Die Verknappung wird bereits jetzt an den spürbar steigenden Preisen sichtbar. Die Wissenschaftler der EWG gehen davon aus, dass die weltweite Kohleförderung zwischen 2020 und 2030 ihren Höhepunkt überschreiten wird auf einem Niveau, das etwa 30 Prozent über der heutigen Kohleförderung liegen könnte.

Atomkraftwerke laufen auf „Reserve“

Für radioaktive Brennstoffe gelten analoge Berechnungen: So hat Uran bereits Anfang der 80er-Jahre den Förderhöhepunkt überschritten. Seit 1991 verbrauchen die Atomkraftwerke mehr Uran als gefördert wird. Die Differenz – zurzeit etwa 40 Prozent des Bedarfs – decken Lagerbestände aus der Zeit vor 1990. Ein großer Teil dieses Urans ging in die Produktion von Atomwaffen in den USA und in Russland. Dank der Abrüstung stammt nun statistisch jede zehnte Kilowattstunde Atomstrom aus dem Uran ehemals sowjetischer Atomsprenköpfe. Die Verknappung lässt jetzt schon die Preise steigen: Die zivilen Lagerbestände neigen sich dem Ende zu, während sich die Produktion nicht beliebig steigern lässt.

Auch Erdgas ist keine Alternative

Die Recherchen der Wissenschaftler von der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik zum Erdgas zeigen, dass die europäische Gasversorgung keineswegs gesichert ist. Während der Gasverbrauch steigt, sinkt die Förderung in der EU und in Norwegen in den nächsten 20 Jahren um die Hälfte. Die bisher geplanten Pipelines können diesen Rückgang nicht ausgleichen. Dabei herrscht selbst im größten Erdgas-Förderstaat Russland akuter Mangel:



Thomas Seltmann

ist seit 20 Jahren in der Energiewirtschaft tätig und beschäftigt sich besonders mit Fragen der Nachhaltigkeit. Er ist Referent für Energiefragen, Autor des Fachbuch-Bestsellers „Photovoltaik – Strom ohne Ende“ (4. Auflage, Berlin 2009) und derzeit Projektmanager der „Energy Watch Group“. Der Autor steht auch für Vorträge zu den Themen dieses Beitrages zur Verfügung.

www.thomas-seltmann.de

Gaskraftwerke stehen still, und ein Teil des exportierten Gases stammt aus dem Kaukasus. In den großen alten Gasfeldern sinkt die Förderung, während der Eigenverbrauch der Förderländer und die Nachfrage aus Asien steigt. Fazit: Selbst wenn man optimistisch die offiziellen Angaben über Reserven zugrunde legt, dürfte die weltweite Gasförderung um das Jahr 2025 ihr Maximum erreichen.

Schnelle Energierevolution nötig

Fasst man die Analysen zusammen, stehen wir in den nächsten zehn bis 15 Jahren vor dem Scheitelpunkt der konventionellen Energieversorgung. Erstmals in der modernen Industriegeschichte reichen diese Energieträger nicht mehr aus für ein Wirtschaftswachstum, das unser Finanzsystem stabilisiert. Gleichzeitig befinden sich die Erneuerbaren erst am Beginn ihres exponentiellen Wachstumsprozesses. Sie könnten die entstehende Energielücke nur rechtzeitig schließen, wenn ihr Wachstum über alle bisherigen Szenarien hinaus beschleunigt wird

Erdgasförderung erreicht 2025 ihr Maximum

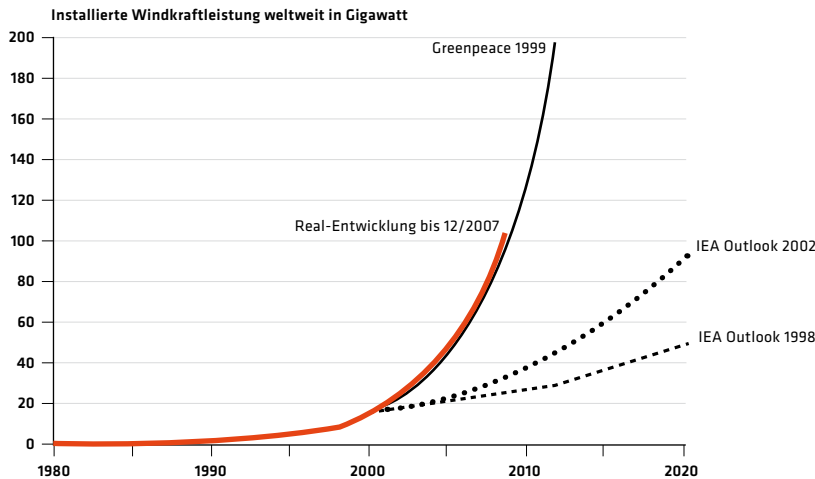
Der Vorteil liegt dabei auf der Hand, denn der Ausbau der Energiegewinnung aus Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme kann unbegrenzt unabhängig von Lagerstätten erfolgen. Bei den Erneuerbaren entscheiden nur Umfang und Wachstum der Investitionen in die Anlagen über das Ausbautempo.

Besonders rasant läuft die Entwicklung der Windkraft

Laut dem schweizer Energiewissenschaftler Rudolf Rechsteiner hat die Entwicklung der Windenergie bislang alle offiziellen Vorhersagen weit übertroffen. Schreibt man das weltweite Wachstum der Windenergie und der Stromnachfrage fort, wird ab dem Jahr 2019 mehr als die Hälfte aller weltweit neu gebauten Kraftwerksleistung in Windkraftanlagen installiert.

Schon bis 2037 könnten die Erneuerbaren die vollständige Stromversorgung weltweit übernehmen. Eine Kilowattstunde Windstrom kostet in vielen Regionen schon heute sechs bis acht Cent, an sehr guten Standorten sogar noch weniger. Damit ist Windenergie unter neuen Kraftwerken häufig die billigste Stromerzeugungstechnik.

Windkraft



Die reale Entwicklung der Windenergie (orange) übertrifft alle IEA-Prognosen bei weitem. Selbst die Zahlen des Greenpeace-Szenarios von 1999 (dünne schwarze Linie) bleibt darunter.

Schneller Umstieg ist kostengünstiger

Das Institut ISUSI hat ein Ausbauszenario für die Bereiche Strom und Wärme errechnet. Danach kann der Ausbau der erneuerbaren Energien sehr viel schneller und mit deutlich geringeren Investitionen erfolgen, als manche befürchten.

Die Wissenschaftler legten für ihre Analyse je nach Weltregion unterschiedlich hohe Pro-Kopf-Investitionsbeträge zugrunde. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass 2030 die erneuerbaren Energien mindestens 29 Prozent des gesamten Strom- und Wärmebedarfs decken – und das bezogen auf den dann höheren Verbrauch, den die IEA prognostiziert. Verglichen mit dem heutigen Weltenergieverbrauch würde der Anteil sogar über 40 Prozent betragen. Das heißt: Sollte der Energieverbrauch stagnieren oder sinken, ist das Ziel schneller erreichbar.

Die beiden Studien zeigen, dass bisherige Prognosen viel zu pessimistisch sind, denn sie unterschätzen die Macht politischer Rahmenbedingungen, die Dynamik der Massenfertigung und den Entwicklungseifer der Ingenieure. Insgesamt wäre ein schnellerer Umstieg auch kostengünstiger: Erstens, weil sich regenerative Energietechniken rascher verbilligen würden und zweitens weil die Preissteigerungen durch Verknappung bei den fossilen Energien vermutlich moderater ausfallen würden.

THOMAS SELTMANN

TIPPS

Eine Frage des Abgleichs

Muss beim Austausch des Heizkessels in einer alten Heizanlage ein hydraulischer Abgleich durchgeführt werden? Wie ist die aktuelle Rechtslage?
Karl-Heinz Buder, Furtwangen

Mit Vereinbarung der VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) ist der hydraulische Abgleich Pflicht; leider nur auf dem Papier und nicht in der Praxis. Jedoch: Allein nach einem Kesseltausch ist kein neuer hydraulischer Abgleich erforderlich. Zu empfehlen ist ein neuer hydraulischer Abgleich, wenn wesentliche Änderungen in der Raumheizlast eingetreten sind, also nach umfangreichen Dämmmaßnahmen, Fenster-austausch, Dachdämmung, ... und dann am besten mit unserem OPTIMUS-Verfahren: www.delta-q.de/cms/de/projekte/dbu_optimus.html
Prof. Dieter Wolff, FH Wolfenbüttel

Hilfen für öffentliche Ausschreibungen

Allein die Beschaffung im öffentlichen Sektor beträgt jährlich rund 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes: Mit ca. 250 Milliarden Euro Investitionsvolumen im Jahr ist die öffentliche Hand der größte Einkäufer bzw. Nachfrager in Deutschland. Um umweltfreundlich zu agieren, brauchen Entscheidungsträger aus Verwaltungen und Unternehmen praxisnahe Hilfen. Die Berliner Energieagentur hat in einem Projekt mit Partnern aus acht Ländern Hilfen für die Ausschreibung entwickelt und im Internet veröffentlicht: www.greenlabelspurchase.net/de

KfW bezuschusst neue Pumpen

Wer eine neue Hocheffizienzpumpe in seine Heizung einbaut, bekommt vom Staat 100 Euro Zuschuss. Liegen die Kosten für Pumpen und Montage über 400 Euro, beträgt die Förderung 25 Prozent der Kosten. Wenn die Hocheffizienzpumpe eine ungeregelte Pumpe ersetzt, dann spart man in einem üblichen Einfamilienhaus rund 120 Euro Stromkosten jährlich, denn die unauffälligen Pumpen laufen im Schnitt 5.800 Stunden im Jahr und verbrauchen damit mehr Strom als Kühlschrank oder Waschmaschine. Um den Zuschuss zu beantragen, kann man in Internet unter www.kfw.de den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses im Programm Energieeffizien Sanieren – Sonderförderung (431) herunterladen und mit der Rechnung und einer Kopie des Personalausweises an die KfW senden. Bearbeitungszeit momentan: Vier Monate.

Atomkraft weg – Klimaschutz her!

Ganz einfach: Wechseln Sie zu den EWS

Unser Strom stammt aus umweltfreundlicher Wasserkraft und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und ausschließlich von Produzenten, die nicht mit Atomkraftwerksbetreibern verflochten sind. Durch unser Förderprogramm entstanden bis Anfang 2009 über 1300 neue ökologische Stromerzeugungsanlagen in Bürgerhand. Beim Vergleich bundesweiter Ökostromanbieter durch den „Bund der Energieverbraucher e.V.“ im März 2004 wurden die Elektrizitätswerke Schönau als einziger Anbieter mit der Gesamtnote „sehr gut“ ausgezeichnet.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

EWS Vertriebs GmbH . Fon 07673 / 88850 . Fax - 888519 . www.ews-schoenau.de . info@ews-schoenau.de

Stromanbieter wechseln und 200 Euro sparen

Unzufrieden, aber treu: So geht es den meisten Stromkunden. Dabei spart jeder, der von seinem Grundversorger wechselt, denn die Stromrechnung fällt dank günstiger Anbieter um 100 bis 200 Euro niedriger aus. Unser Vorschlag: Wechseln Sie den Anbieter und spenden Sie 50 Euro an den Bund der Energieverbraucher.

Laut einer Umfrage von TNS Infratest sind die deutschen Stromkunden unzufrieden mit ihrem Anbieter: 27 Prozent bezeichneten sich selbst weder als „loyal“ noch als „zufrieden“. TNS hatte rund 1000 Kunden nach einem Gesamturteil und danach befragt, ob sie ihren Versorger weiter empfehlen würden. Dabei kam heraus, dass große, überregionale Versorger mit 39 Prozent die meisten unzufriedenen Kunden haben.

Doch trotzdem bleiben die meisten Verbraucher ihrem Stromanbieter treu – und das, obwohl die Strompreise stetig steigen. Dabei gibt es Alternativen, denn vornehmlich bitten die Stromkonzerne ausgerechnet ihre treuen Kunden verstärkt zur Kasse. Doch schon wer allein mit einem Wechsel droht, kann häufig einen günstigeren Tarif aushandeln. Und wer seinem Versorger den Vertrag kündigt, profitiert erst recht von niedrigen Strompreisen, denn Konkurrenzunternehmen kalkulieren meist deutlich günstiger, als die alteingesessenen Versorger.

So geht der Wechsel:

- ✓ Anbieter aussuchen
- ✓ Tarif wählen
- ✓ Vertrag zusenden lassen
- ✓ Vertrag prüfen
- ✓ Vertrag unterschreiben und an den Anbieter senden
- ✓ Sparen

Dabei ist es kinderleicht, den Anbieter zu wechseln: Es genügt, ein einziges Formular auszufüllen. Man kann es im Internet ausdrucken oder sich zuschicken lassen. Darüber hinaus ist der Wechsel absolut gefahrlos: Die Sicherheit der Stromversorgung ist in jedem Fall gewährleistet, selbst wenn der Anbieterwechsel misslingt, denn der Netzbetreiber ist gesetzlich zur Versorgung verpflichtet. Auch im Internet ist ein Vertragsabschluss möglich. Das ist zwar einfacher, jedoch auch riskanter, denn Vertragsdetails lassen sich online schwerer nachprüfen.

Wer ist der richtige Anbieter für mich?

Wechselwillige Verbraucher können kostenlos in einem Internet-Tarifrechner (z. B. Verivox.de) nachsehen, welche Unternehmen Strom in ihrem Versorgungsgebiet anbieten und welche Tarife die günstigsten sind. Dazu muss man den Wohnort und den bisherigen Verbrauch eingeben (steht auf der letzten Stromrechnung).

Wer keinen Internetzugang hat, schreibt an den Bund der Energieverbraucher. Für zehn Euro errechnet der Verein den günstigsten Anbieter. Bitte Jahresverbrauch und bisherigen Versorger angeben.

- Prüfen Sie, ob der Anbieter wie ein neues Kleidungsstück zu Ihnen passt!
- Wollen Sie bei Ihrem örtlichen Anbieter bleiben und dort günstiger Strom beziehen?
- Wollen Sie bei einem konzernunabhängigen Anbieter Strom beziehen?
- Wollen Sie von einem Ökostromanbieter Strom beziehen?
- Wollen Sie bei einem der vier Energieriesen bleiben oder bei einer der Töchter? Das hängt auch davon ab, ob Sie den Anbieterwechsel nutzen wollen, um Ihre Unzufriedenheit mit den vier Energieriesen wirksam zum Ausdruck zu bringen.

Tochter	Mutterkonzern
Eprimo	RWE
E-wie-Einfach	E.ON
Yello	EnBW
Easy (Billigtarif)	Vattenfall

Wie schnell geht der Wechsel?

Der Wechsel ist zum Ende des jeweils kommenden Monats möglich und darf maximal acht Wochen dauern. Wenn man bereits einmal den Anbieter gewechselt hat, gelten die mit ihm vereinbarten Kündigungsfristen, ähnlich wie bei Telefonverträgen.

Muss ich selbst beim bisherigen Anbieter kündigen?

In der Regel macht das der neue Versorger. Wenn man eine kurz bemessene Kündigungsfrist beim bisherigen Anbieter nutzen will, sollte man jedoch selbst kündigen.

Welche Anbieter sind die günstigsten und wo liegen mögliche Tücken?

Es gibt Billiganbieter, die mit Kampfpreisen Kunden werben, insbesondere Flexstrom und Teldafax. Verbraucher freuen sich zwar über die günstigen Preise. Doch damit können Nachteile verbunden sein, die man kennen muss, bevor man sich für diese Tiefstpreise entscheidet:

- **Service:** Die Firmen sparen an den Personalkosten. Sie sind oft schwer erreichbar, der Kundenservice lässt zu wünschen übrig. Teldafax zum Beispiel hat deshalb bereits Personal aufgestockt und Verbesserungen angekündigt.
- **Oft Vorkasse oder gar Kaution für den Strom:** Ein ungesichertes zinsloses Darlehen für den Versorger. Im Fall einer Insolvenz ist dieser Betrag in der Regel verloren, die Stromversorgung ist aber dennoch garantiert. Die befürchteten Anbieterinsolvenzen sind aber in den vergangenen Jahren ausgeblieben, so dass die mutigen Kunden durch günstige Preise belohnt wurden.
- **Paketpreise** (insbesondere Flexstrom): Für eine bestimmte Strommenge wird ein Preis vereinbart. Liegt der tatsächliche Verbrauch darunter, verfällt der schon bezahlte Reststrom. Verbraucht man mehr, muss Strom zu einem höheren Preis nachgekauft werden.

Wer erwägt, zu einem Billiganbieter zu wechseln, kann von den Erfahrungen anderer Verbraucher profitieren: Einfach auf einschlägigen Verbraucherportalen im Internet nach einem bestimmten Anbieter suchen. Zum Beispiel:

www.dooyoo.de oder www.verivox.de

So viel kann man in den großen Städten an Stromkosten sparen

Stadt	Grundversorger	Preis Grundversorgungstarif	günstigster Tarif des Grundversorger	Ersparnis	best. verfügbarer Versorger ohne Vorkasse und Kaut.ion	best. verfügbarer Versorger mit Vorkasse und Kaut.ion
Berlin	Vattenfall	828 €	731 €	97 €	TelDaFax 704 €	FlexStrom 547 €
Hamburg	Vattenfall	835 €	718 €	117 €	TelDaFax 710 €	FlexStrom 547 €
München	Stadtwerke München	912 €	804 €	108 €	aws Wärme Service 729 €	FlexStrom 590 €
Köln	RheinEnergie	933 €	840 €	94 €	Stromio 767 €	FlexStrom 590 €
Frankfurt	Mainova	924 €	850 €	74 €	Vattenfall 770 €	FlexStrom 590 €
Essen	RWE Rhein-Ruhr	959 €	867 €	93 €	SW Hamm 775 €	FlexStrom 590 €
Düsseldorf	Stadtwerke Düsseldorf	921 €	882 €	39 €	Vattenfall 755 €	FlexStrom 590 €
Dortmund	DEW 21	924 €	843 €	82 €	Stromio 769 €	FlexStrom 590 €
Stuttgart	EnBW	987 €	806 €	181 €	envacom 772 €	FlexStrom 590 €
Bremen	swb Bremen	894 €	850 €	44 €	switch 747 €	FlexStrom 590 €

Strompreisübersicht: Jahresverbrauch von 4.000 kWh

Alle Preise gelten für Haushaltskunden und sind brutto inkl. aller Steuern und Abgaben

Die Preise beziehen sich auf das erste Jahr und berücksichtigen einmalige Freieinheiten und Rabatte.

Zukünftige Preisänderungen wurden, sofern bekannt, ebenfalls berücksichtigt.

Stand: 12. August 2009

Quelle: www.verivox.de

Sollte ich zu Ökostrom wechseln?

Wer grünen Strom beziehen möchte, sollte sorgfältig recherchieren, denn nicht alles, was öko heißt, ist auch öko! Wer Ökostrom kauft, bekommt keinen anderen Strom als zuvor geliefert, denn der Strom im Netz ist für alle Verbraucher identisch, egal, welcher Anbieter liefert.

Auch wer glaubt, dass mehr Ökostrom hergestellt wird, wenn man Ökostrom nachfragt, der irrt größtenteils. Wer den Ausbau der Erneuerbaren spürbar fördern möchte, sollte darauf achten, dass der gewählte Anbieter den Bau neuer Ökostromanlagen finanziert, die sonst nicht

Kann ich auch ohne Anbieterwechsel sparen?

Wer den Anbieter nicht wechseln will, kann dennoch versuchen, beim bisherigen Anbieter einen günstigeren Tarif auszuhandeln (siehe Tabelle). Ein Anruf genügt meist.

Was tue ich, wenn ich den Strompreis bislang aus Protest gekürzt habe?

Auch dann kann man den Anbieter wechseln. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, dass man den Preis des neuen Anbieters mit Vertragsabschluss akzeptiert. Ein weiterer Protest ist dort nur bei Preiserhöhungen möglich.

Gilt das alles auch für den Wechsel zu einem anderen Gasanbieter?

Der Wechsel des Gasanbieters funktioniert genauso. Allerdings gibt es hier andere Anbieter und andere Preisentwicklungen.

Worauf ist im Vertrag zu achten?

Wie lang ist die Grundlaufzeit des neuen Vertrags? Der Bund der Energieverbraucher empfiehlt, sich nicht wesentlich länger als sechs Monate, höchstens aber ein Jahr, vertraglich zu binden.

Preisstabilität: Sind Preiserhöhungen möglich und wenn ja, nach welcher Zeit? Gibt es ein Sonderkündigungsrecht bei Preiserhöhungen?

Wie lang ist die Kündigungsfrist für den Verbraucher? Sie sollte nicht mehr als einen Monat betragen.

Sind alle Preisbestandteile genau aufgeführt?

Wie sieht die Haftung für entstandene Schäden aus, wenn technische Probleme bei der Versorgung auftreten? Vielfach enthalten Verträge

Haftungsklauseln, die Schadensersatzansprüche der Kunden bei Versorgungsstörungen ausschließen. Solche Klauseln sind häufig unwirksam.

Was tun, wenn etwas schief geht?

Der Anbieterwechsel klappt in aller Regel reibungslos. Es gibt aber immer noch Fälle, wo etwas schief geht und der Verbraucher zwischen altem und neuen Anbieter hängen bleibt. Die Stromversorgung ist deshalb trotzdem sicher. Falls der Anbieterwechsel nicht klappt, sollte man sich bei der Bundesnetzagentur beschweren.

Weitere Informationen unter:

www.anbieterwechsel.energieverbraucher.de



gebaut worden wären. Auf die Stromkennzeichnung sollte man sich dabei nicht verlassen. Alle Verbraucher finanzieren über das Erneuerbare-Energien-Gesetz den Ausbau erneuerbarer Energien durch einen Aufschlag auf den Strompreis, egal, ob sie Ökostrom beziehen oder nicht.

Sparen, spenden, helfen!

Hat dieser Artikel Ihnen Mut gemacht, den Stromanbieter zu wechseln? Wenn ja, freut sich der Bund der Energieverbraucher e.V. über eine zweckgebundene Spende, zum Beispiel in der Höhe von 50 Euro oder der Hälfte der gesparten Stromkosten für das erste Jahr. Das Geld kommt der Dokumentationsstelle für Energieunrecht zugute (siehe Seite 39).

Bankverbindung:

Voba Neuwied, Kto 581 37 72, BLZ 574 601 17

Wohl dem, der dämmt

Am 1. Oktober 2009 tritt die neue, verschärfte Energieeinsparverordnung (EnEV) in Kraft. Sie löst die aktuelle EnEV 2007 – die nur genau zwei Jahre in Kraft war – ab. Die Energiedepesche fasst die wichtigsten Neuerungen zusammen.

Was ändert sich für Neubauten?

Die Obergrenze für den zulässigen Jahres-Primärenergiebedarf für Heizung, Warmwasser, Lüftung und Kühlung ist um fast ein Drittel gesunken. Parallel dazu steigt der erforderliche Wärmeschutz der Gebäudehülle um etwa 15 Prozent. Als Maßstab gelten nach wie vor die sogenannten U-Werte der Gebäudehülle.

Der methodische Ansatz für die Nachweis-Berechnung für Wohngebäude ist neu: Der vor-ausgerechnete Jahres-Primärenergiebedarf darf nicht höher sein als der eines entsprechenden Referenz-Wohnhauses. Dieses hat die gleiche Geometrie, die gleiche Nutzfläche sowie die gleiche Ausrichtung wie das geplante Wohnhaus. Seine U-Werte sowie Luftdichtheit und Anlagentechnik stellt die EnEV 2009 in einer Tabelle bereit.

Den bisher übliche Formfaktor (A/V-Verhältnis) sucht man in der neuen EnEV vergebens. Der vorgeschriebene Wärmeschutz hängt vom Gebäudetyp ab: Ist ein Wohnhaus freistehend oder einseitig angebaut oder wird es erweitert, usw. Auch unterscheidet die neue EnEV zwischen kleinen und großen Wohngebäude (über oder unter 350 Quadratmeter Nutzfläche).

Damit es in dem neuen Gebäude sommers nicht zu heiß wird, muss der Planer nach wie vor die sommerliche Erwärmung entsprechend der einschlägigen Normen (DIN 4108: Wärmeschutz und Energieeinsparung in Gebäuden) vorausberechnen und die sich daraus ergebende Erwärmung des Innenraums begrenzen.

Seit Anfang dieses Jahres gilt das Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz (kurz: Wärme-gesetz 2009) parallel zur EnEV. Unterschreitet der

Bauherr die Anforderungen der EnEV 2009 um 15 Prozent, gilt eine Ausnahmeregelung, der Bauherr kann auf den Einsatz Erneuerbarer verzichten.

Was ändert sich im Baubestand?

Wer mehr als ein Zehntel der gesamten Außenfassade saniert, muss die neuen Höchstwerte für den Wärmeschutz berücksichtigen. Bisher galt das nur in Bezug auf die gesamte Bauteilfläche mit der gleichen Orientierung. Neue Bauteile dürfen die vorgeschriebenen U-Werte nicht überschreiten.

Wer künftig eine zusammenhängende Nutzfläche über 50 Quadratmeter ausbaut, muss nachweisen, dass der neue Gebäudeteil den Neubau-Standard erfüllt. Der bisher mögliche Ausbau-Bonus wurde abgeschafft.

Elektrische Speicherheizungen werden verboten – langsam

Wer ein Bestandsgebäude besitzt, das mindestens vier Monate jährlich normal beheizt wird, muss nun auch die ungedämmte, oberste Geschossdecke dämmen, sofern das oberste Geschoss zugänglich ist. Eigentümer dürfen stattdessen das darüberliegende, bisher ungedämmte Dach dämmen.

Heiß umstritten ist die Verpflichtung, elektrische Speicherheizungen außer Betrieb zu nehmen. Betroffen sind lediglich elektrisch beheizte Wohngebäude mit sechs und mehr Wohneinheiten. Die Nachrüstfristen sind sehr großzügig bemessen: Systeme, die bis Ende 1989 installiert wurden, müssen ab 2020 kalt bleiben. Wer seine elektrische Speicherheizung 1990 oder später installiert oder erneuert hat, darf sie noch 30 Jahre weiter betreiben. Es gibt zahlreiche Ausnahmen: Wer trotz Fördermittel seine Heizung nicht wirtschaftlich vertretbar ersetzen kann, muss der Pflicht nicht nachkommen. Auch Eigentümer von Gebäuden, die den Bauantrag im Jahr 1995 oder später gestellt haben, sind von der Pflicht verschont, genau wie Besitzer, deren Bestandsgebäude die energetischen Anforderungen der Wärmeschutzverordnung (WSchVO 1995) erfüllen.

Bei der Ersetzung elektrischer Speicherheizungen muss der Eigentümer die Regelungen



der neuen EnEV 2009 berücksichtigen. So darf er künftig nur Heizsysteme in Betrieb nehmen, bei denen das Produkt aus der Erzeugeraufwandszahl (eg) und dem Primärenergiefaktor (fp) nicht größer als 1,30 ist.

Vollzug der EnEV 2009

Seitdem die KfW-Förderdatenbank die EnEV-Nachweise (Energieausweise) überprüft und gegebenenfalls Fördergelder zurückverlangt, sofern der Nachweis nicht mit der Realität übereinstimmt, hat sich der Stellenwert des EnEV-Nachweises verbessert.

Der Bezirksschornsteinfegermeister prüft künftig die Nachrüstpflichten in Bestandsgebäuden. Bei der Feuerstättenschau sieht sich der Bezirksschornsteinfegermeister gemäß EnEV 2009 die Heizkessel im Bestand an sowie die Dämmung der Rohrleitungen. Wenn der

Eigentümer eine neue Heizungsanlage installiert, überprüft der Bezirksschornsteinfegermeister auch, ob alle Anforderungen für die Verteilungseinrichtungen und Warmwasseranlagen erfüllt sind.

Als Nachweis gelten künftig auch Erklärungen der Unternehmen, die eine Sanierung im Sinne der EnEV durchführen, oder die Heizungen, Warmwasser- oder Klimaanlage installieren.

Darüber hinaus sind die Bußgeldbestimmungen nun strenger: Künftig gilt es auch als Ordnungswidrigkeit, wenn die bereitgestellten Daten für den Energieausweis im Bestand nicht korrekt sind, oder wenn der Aussteller die Berechnungen für den Energieausweis aufgrund von unkorrekten Daten durchführt. Nicht zuletzt droht die EnEV 2009 auch Firmen, die unkorrekte Unternehmererklärungen ausstellen, nun mit Bußgeldern

U-Wert:
Maß für die Wärmedurchlässigkeit einer Wand.

Wärmedämmung – Halbe Sachen statt ganzer Sanierung

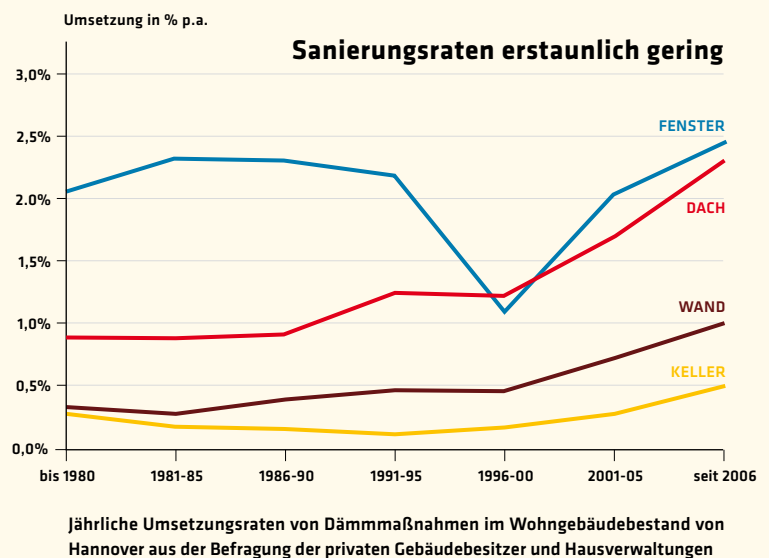
Selbst bei einer umfassenden Sanierung von Gebäuden werden nicht alle Bauteile energetisch optimiert. Das ist das Ergebnis einer Befragung von 17 Prozent aller Gebäude in Hannover (vgl. *Gebäudeenergieberater, 06/2009*). Eine ähnliche Studie war bereits 1989 durchgeführt worden.

Danach erhalten nur etwa ein Prozent aller Häuser jährlich eine Außenwanddämmung. Dieser Wert liegt deutlich unter der notwendigen Sanierungsrate von zwei Prozent jährlich, die einem 50-jährigen Sanierungszyklus für ein Gebäude entspricht.

Am häufigsten lassen Eigentümer Fenster austauschen, gefolgt von Dämmungen von Dach, Wand und Keller jeweils im Verhältnis 1:2:3:6. Trotz deutlich geringerer Kosten dämmen Verbraucher nur halb so häufig ihre Kellerwände wie Außenwände. Seit Mitte der 70er-Jahre haben sich dabei die jährlichen Umsetzungsraten verdoppelt – mit Ausnahme der Fenster. Bei ihnen lassen sich zwei Wellen erkennen: In den 80er-Jahren ließen Eigentümer ihre einfachverglasten Fenster erneuern. Die zweite Welle erfolgt jetzt, wobei Isolierverglasungen gegen Wärmeschutzverglasung ausgetauscht werden.

Die Untersuchung ergab zudem, dass sich die Dämmstoffstärken in den letzten 30 Jahren verdoppelt haben. Seit Beginn der 80er-Jahre liegen die Dämmstoffstärken leicht über den gesetzlichen Anforderungen. Bei der Heiztechnik setzt sich die Brennwerttechnologie zunehmend durch: Fast jede zweite Gasheizung in Ein- und Zweifamilienhäusern ist damit ausgerüstet.

Einfamilienhäuser sind stets besser gedämmt als Mehrfamilienhäuser. Das gilt vor allem, wenn Hausverwaltungen Mietgebäude betreuen. Haupthemmnis bei der energetischen Sanierung sind fehlende Finanzmittel. Die Wirtschaftlichkeit energetischer Sanierungen wird unterschätzt. Das hemmt die Investitionsbereitschaft.





Dieter Wolff
Professor für Versorgungs-
technik an der Fachhochschule
Wolfenbüttel

KOMMENTAR ZUR NEUEN ENEC

Softe EnEV verschwendet Steuergelder

Kommentar von Dieter Wolff, Professor für Versorgungstechnik an der Fachhochschule Wolfenbüttel

Bei jeder Optimierung des Gebäude- und Anlagenbestands sollte die Maxime stehen: Es sind die Modernisierungsinvestitionen zu bevorzugen, bei denen mit dem investierten Kapital die langfristig größten Einsparungen erzielt werden können. Die EnEV fordert zu Recht die nachträgliche Dämmung von Außenwänden, Kellerdecke und Dach sowie die Kesselerneuerung, wenn im Rahmen einer Instandsetzung etwas „angefasst“ wird. Leider haben die Forderungen nur ein viel zu geringes Niveau. Dabei sind alle geforderten Maßnahmen hoch wirtschaftlich. Sogar das geplante Anforderungsniveau der nochmals verschärften EnEV-Novellierung 2012 ist bereits heute höchst wirtschaftlich, ergo verschwendet jede Maßnahme, die dahinter zurückbleibt,

Das Risiko eines falsch gewählten Energieträgers wird umso geringer, je besser der Dämmstandard des Gebäudes ist.

Alle Branchenakteure sollten sich einer offenen Diskussion stellen. Alle Beteiligten sollten wieder lernen, korrekt zu bilanzieren; energetisch und wirtschaftlich und ohne unrealistische „Bis-Zu-X-Einspar- Prozent- Versprechen“. Wirtschaftlichkeitsvergleiche erfolgen am besten mit dem Werkzeug „Kosten je eingesparter Kilowattstunde Energie“ bzw. „äquivalenter Energiepreis“.

Für eine „ehrliche“ Energie und Wirtschaftlichkeitsbilanz als Grundlage für einen seriösen Maßnahmenkatalog zur energetischen Modernisierung reicht nach Ansicht des Autors ein

*Die Vorschriften der EnEV haben ein viel zu geringes Niveau.
Alle geforderten Maßnahmen sind hoch wirtschaftlich.*

nicht nur Energie, sondern auch über viele Jahre Steuergelder. Denn das Konjunkturprogramm II fördert die Sanierung öffentlicher Gebäude mit Steuermitteln: Auf dem Niveau der geltenden EnEV.

An erster Stelle steht dabei eine bestmöglich gedämmte und dichte Gebäudehülle! Es gilt, den ersten vor dem zweiten Schritt zu tun – auch, wenn dies nicht immer politisch opportunistisch ist. Beim Passivhausstandard sollte auf eine Heizkostenabrechnung nach dem Verbrauch verzichtet werden. Niedrigstenergie- und Passivhausstandard bedeuten nicht komplizierte sondern einfache Technik.

einfacher Energieausweis – gleichgültig, ob auf Basis des Energiebedarfs (Rechenwerte) oder des Energieverbrauchs (Messwerte) – nicht aus. Notwendig ist eine fundierte Energieberatung, möglichst von einem kompetenten Team mit Sachkunde in Bauphysik und Anlagentechnik.

Die an Praxisverbrauchsdaten orientierte Energieanalyse aus dem Verbrauch (E-A-V) sollte für die Kontrolle von geförderten energetischen Maßnahmen Standard werden.

ALFA MIX
Waschen mit Sonnenwärme

ALFA MIX – Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

ALFA MIX speist die Waschmaschine mit warmem Wasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Wärmequellen. Ein 4-Personen-Haushalt kann damit mehr als 300kWh Strom im Jahr einsparen. Mit ALFA MIX wird Solarwärme wirtschaftlicher nutzbar. Für Waschmaschinen mit Startzeitwahl auch in der Version Autostart.

Umweltschonende Technik
OLFS & RINGEN
Richtweg 4 • 27412 Kirchlinke
Tel. 04289-928892 • Fax 04289- 928893
info@olfs-ringen.de • www.olfs-ringen.de

Solare Fata Morgana?

In der afrikanischen Wüste günstig Solarstrom erzeugen und nach Deutschland transportieren: Für die einen ist das eine rentable Investition, für die anderen eine Fata Morgana.



20 große Konzerne, darunter die *Münchner Rück*, *Siemens*, die *Deutsche Bank* und *RWE*, haben sich zum Konsortium „Desertec“ zusammengeschlossen. Ihr ehrgeiziges Ziel: Solarstrom aus afrikanischen „politisch stabilen Ländern“ nach Europa zu bringen. Federführend ist der Rückversicherer *Münchner Rück*. Mit am Tisch sitzen Vertreter von Bundesministerien und des Club of Rome. Mittelfristig sollen auch europäische und nordafrikanische Partner gewonnen werden.

Der Bau riesiger Parabolrinnenkraftwerke in den Wüsten soll 400 Milliarden Euro kosten. In zehn Jahren soll der erste Strom fließen. In den nächsten zwei bis drei Jahren wollen die Experten an den konkreten Umsetzungsplänen arbeiten.

Die Technik

Technisch sei das Projekt realisierbar, urteilt die *Münchner Rück*, und verweist auf erste Anlagen in der kalifornischen Mojave-Wüste und in Spanien. Dort bündeln die Kraftwerke über Spiegel Sonnenlicht, erhitzen Spezialöl und wandeln dessen Wärme in Wasserdampf für den Antrieb von Turbinen um. Durch Gleichstromleitungen zwischen den Kontinenten soll der Strom dann ins Verbundnetz fließen und etwa 15 Prozent der europäischen Stromversorgung decken.

Die DLR-Studie

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat in Studien die Chancen für Solarstrom aus Nordafrikas Wüsten durchgerechnet: In einer ersten Ausbaustufe bis 2020 könnten vier Solarkraftwerke mit je 2.500 Megawatt Leistung entstehen. Nach Investitionen von 47 Milliarden Euro brächten diese Kraftwerke einen Jahresumsatz von vier Milliarden Euro und würden sich darüber langsam refinanzieren. Europa könnte den Strom für rund 6,5 Cent pro Kilowattstunde beziehen – inklusive Transportkosten.

Die Kritik

Herrmann Scheer, Präsident von Eurosolar, der Europäischen Vereinigung für erneuerbare Energien, kritisierte die „Desertec“-Pläne zum Import afrikanischen Solarstroms. Bis der Strom zu den versprochenen Preisen geliefert werden könne – frühestens 2020 – seien Solar- und Windstrom hierzulande preisgünstiger. „Desertec“ könne so zu einer großen Subventionsruine werden, befürchtet der Experte „Mit dem Projekt verfolgen die Stromkonzerne offenbar das Ziel, ihr Monopol zu erhalten und den Ausbau erneuerbarer Energien hierzulande zu stoppen.“

In weniger als drei Jahren wird die Solarstromerzeugung in Deutschland die sogenannte „grid parity“-Schwelle erreicht haben – also Energie zu Kosten liefern können, die dem gegenwärtigen Strompreis entsprechen. Für Windkraft gilt im Verhältnis zu den Erzeugungskosten aus neuen fossilen Kraftwerken bereits jetzt eine ungefähre Kostengleichheit. Mit den neuen Stromspeichertechniken, die für die Informationstechnologie und für Elektroantriebe entwickelt und produziert werden, wird sich das Speicherproblem von Solar- und Windstrom effizient und kostengünstig von selbst lösen.

Experten bezweifeln zudem, dass Desertec tatsächlich die angegebenen Investitionskosten und Zeiträume einlösen kann. So ist noch nicht absehbar, welche Kosten tatsächlich für die Wüstenkraftwerke fällig werden, etwa für den Schutz der Solarspiegel vor Sandstürmen, ebenso wie die Kosten und die Umsetzungsschwierigkeiten des Baus der Übertragungsnetze. Damit droht das prestigeträchtige Projekt zu einer großen Subventionsruine zu werden – oder es erweist sich gar ganz als Fata Morgana.

Heimisches Potential unterschätzt

Es gäbe nur einen einzigen Grund für dieses Projekt: Wenn das Potential Erneuerbarer Energien hierzulande nicht ausreichen würde, um

den hiesigen Strombedarf zu decken. Zwar musste dieses Argument schon herhalten, um die Laufzeiten der Atomenergie zu verlängern und um neue Kohle-Großkraftwerke zu bauen. Richtiger wird es durch die Wiederholung allerdings nicht. Im Gegenteil, es handelt sich um eine glatte Potentiallüge: Auf der Kasseler Konferenz „100 Prozent Erneuerbare-Energie-Regionen“ haben 99 deutsche Kommunen und Landkreise ihre konkreten Konzepte vorgestellt, wie sie innerhalb von 20 Jahren zu einer Vollversorgung mit Strom aus Erneuerbaren Energien kommen können.

Vorteil Dezentralität

Die Desertec-Befürworter übersehen, dass die Investitionsdynamik für Erneuerbare Energien gerade darin liegt, dass es bei dezentraler Anwendung Millionen Investoren und nicht nur wenige Stromkonzerne gibt. Übersehen wird auch, dass mit der Dezentralisierung der Stromerzeugung überall regionale Wertschöpfung stattfindet – statt nur in der Hand weniger Stromkonzerne, die ihr Anbietermonopol erhalten wollen.

Solarstromerzeugung in Nordafrika ist eine wichtige Option – und zwar für die nordafrikanischen Länder selbst. Aber auch für diese häufig sehr infrastrukturschwachen Länder gilt, dass die Vorteile klar auf der Seite einer dezentralen Stromerzeugung liegen. Mit Sicherheit sind kleine Solaranlagen auf den Dächern von Siedlungen und Städten schneller realisierbar als derartige Großprojekte.

Neue Strukturen schaffen

Es gibt viele – nicht zuletzt wirtschaftliche – Gründe, für Erneuerbare nicht die anachronistische Versorgungsstruktur atomarer und fossiler Großkraftwerke zu kopieren. Diese Struktur war und ist das größte Hindernis gegenüber der Einführung Erneuerbarer Energien.

Kein CO₂-Klo in Friesland

Energiewirtschaft und Politiker wollten die unterirdische Speicherung von CO₂ in einem Gesetz festschreiben. Sie scheiterten am erfolgreichen Widerstand einer Bürgerbewegung aus Friesland. Der Vorsitzende Werner Asmus beschreibt die Ereignisse.

Für erfolgreiches Wirtschaften und Geldverdiensten zeigten die strebsamen Friesen stets Verständnis. Was diesen besonnenen Menschenschlag jetzt innerhalb weniger Wochen mit einer unglaublichen Wucht zusammenschmiedet und zu Demonstranten hat werden lassen, ist die Absicht der RWE-DEA, oben im Norden, zehn Kilometer vor der dänischen Grenze, ein unterirdisches CO₂-Lager einzurichten.

Vorgaben der EU

Die EU lässt künftig weitere Kohlekraftwerke nur zu, wenn der Betreiber für den enormen CO₂-Ausstoß Zertifikate erwirbt oder das entstehende CO₂ unterirdisch einlagert (CCS-Technologie). Der schwer durchschaubare und teure Markt für Verdrückungsrechte könnte die Kohlestromproduzenten im Wettbewerb zur alternativen Energie erheblich schwächen. Alternativ greifen die Betreiber zu CCS, obwohl der Einsatz dieser Technologie so ineffizient ist, dass etwa jedes vierte Kraftwerk künftig nur benötigt würde, um den Bedarf für den zusätzlichen Energieaufwand zu decken.

Das Projekt

Zunächst ist ein „Testkraftwerk“ mit Abscheide- und Abscheidetechnik bei Hürth geplant. Von dort soll das unter 200 bar Druck pumpfähige CO₂ per EU-finanzierter Pipeline zum 530 Kilometer

entfernten Verpressungsort gebracht werden. Dort soll es auf ca. 1.000 bis 2.000 Meter Tiefe verpresst werden. 100 Millionen Tonnen möchte der Konzern so endlagern, angeblich pro Jahr 2,6 Millionen Tonnen. Voraussetzung ist, dass seismische Untersuchungen die unterirdische Eignung nachweisen.

Allerdings ist die Pipeline mit einem Durchmesser von 60 Zentimetern für diese Mengen völlig überdimensioniert. Angesichts der Tatsache, dass die EU die Leitung finanziert, könnte es sein, dass alle Mitgliedsländer darauf zurückgreifen wollen. Zumindest forderte dies die FDP-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag zur Sitzung am 19. Juni 2009, Tagesordnungspunkt 54 b. An dieser Stelle zeichnet sich ein „schnelles Geschäft“ für den Endlagerbetreiber ab. Die zunächst äußerst leise Gangart in der Informationspolitik des Konzerns und das Stillschweigen der Politik haben die Menschen sechs Wochen vor der Verabschiedung des CCS-Gesetzes im Bundestag stutzig gemacht. Die im Oktober 2009 angekündigte seismische Untersuchungen durch zehn bis 15.000 Sprengungen auf einem Gebiet von 270 Quadratkilometern taten das Übrige.

Gesetzesverfahren im Eiltempo

Zunächst machte sich lediglich die Haltung breit: „Wir hier in Schleswig-Holstein sind bei

der Produktion von alternativer Energie in Europa führend und wollen nicht das CO₂-Klo der Nation werden.“ Doch einschlägige Recherchen im Internet und die Warnungen vieler namhafter Wissenschaftler weltweit vor den unerforschten Risiken einer CO₂-Endlagerung unter bewohntem Gebiet brachten die Volksseele vollends zum Kochen. Ängste machten sich breit, vor allem bei denjenigen, die einschlägige Berichte gelesen hatten, etwa den des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages (Drucksache 16/9896) oder den des Bundesumweltamts, der Verfahren zur CO₂-Abscheidung und -Deponierung bewertet. Dort listen Wissenschaftler schonungslos mögliche Risiken auf (Kasten).

Am 5. Juni 2009 hatte die EU ihre CCS-Richtlinie im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Schon wenige Tage später, am 19. Juni, wollte der Bundestag die deutsche Variante des Gesetzes als Rahmen für die CCS-Technologie mit allen Auswirkungen verabschieden. Anschließend hätte das Gesetz noch den Bundesrat passieren müssen und der Bundespräsident hätte es unterschreiben müssen.

Die Gegenbewegung startet

Am 19. Mai 2009 setzten sich 15 couragierte Menschen in der Dorfkneipe in Wallsbüll (936 Einwohner) zusammen und gründeten die Bürgerinitiative gegen das CO₂-Endlager. Eine Woche später hatte die Initiative bereits den gesamten seismischen Voruntersuchungsbereich zu plakatiert und binnen 14 Tagen 10.000 Autoaufkleber verteilt. Sechs Tage nach der Gründung hielten 50 Aktivisten der Kanzlerin auf einer Wahlveranstaltung in Flensburg eine gelbe Plakatwand entgegen. In diesem Moment entwich ihr spontan das bundesweit beachtete „Sprudelflaschenzitat“: Wir müssen denen im Norden mal klarmachen, wie gefährlich das CO₂ in Sprudelflaschen ist.

Schon zum zweiten Stammtisch der Bürgerinitiative, neun Tage nach Gründung, erschienen 400 Menschen. Die Veranstalter hatten mit gerade mal 50 Teilnehmern gerechnet. Im weiteren Verlauf des Bürgerprotests trafen sich regelmäßig 250 bis 300 Aktive. Die erste Infoveranstaltung mit dem Klimaforscher Professor Olav Hohmeyer, Universität Flensburg, Mitglied des UN-Weltklimarates und des Sachverständigenrates für Umweltfragen als Referenten platzte mit 1.000 Besuchern aus allen Nähten. Mittlerweile

Risiken der unterirdischen CO₂-Einlagerung

Ein kurzfristiger Austritt größerer CO₂-Mengen kann Leben und Gesundheit gefährden. Ab einer Konzentration von zehn Prozent in der Atemluft ist CO₂ für Mensch und Tier tödlich (normale Konzentration in der Atemluft: 0,04 Prozent). Weil CO₂ farb- und geruchlos ist und schwerer als Luft, könnten sich in Talmulden unbemerkt CO₂-Seen ansammeln. Langfristig besteht die Gefahr, dass CO₂ wieder in die Atmosphäre austritt. Wenn jährlich mehr als 0,01 Prozent der eingelagerten Menge entweicht, sinkt die Lagerzeit unter die für notwendig erachtete Lagerungsdauer von 10.000 Jahren.



Kohlekraftwerk soll durch CO₂-Speicher sauber werden.

haben in der Region acht Infoveranstaltungen mit Podiumsdiskussion – RWE schickte stets einen Vertreter – stattgefunden.

CDU streicht CCS von Tagesordnung

Dem CDU-Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen machte die Initiative am 14. Juni 2009 ihre Entschlossenheit deutlich und appellierte an seine Patriotenehre. Politischen Instinkt kann man ihm nicht absprechen, denn er suchte am gleichen Tag das Gespräch mit der Kanzlerin und Volker Kauder. Das führte zwei Tage später dazu, dass das Thema CCS-Gesetz von der Tagesordnung des Bundestags verschwand. Minister Sigmar Gabriel (SPD) hat angeblich getobt, die Lobbyisten ihren Ohren nicht getraut, als die Nachrichtenagentur Reuters am Mittwoch um 15.06 Uhr die Absetzung von der Tagesordnung meldete. Im Vorfeld hatte es bereits erheblichen Widerstand sowohl von SPD- als auch von CDU-Bundestagsabgeordneten, Grünen und Linken gegen das Gesetz gegeben – erfolglos, zumal Merkel und Gabriel Schulter an Schulter das Gesetz durchpeitschen wollten.

Gemeinsamkeit macht stark

Aus meiner Sicht hat den Ministerpräsidenten vor allem die Zusammensetzung der Bürgerinitiative beeindruckt, denn ungeachtet ihrer Herkunft standen Unternehmer, Handwerker, Konservative, Rote, Grüne, Hausfrauen und Großväter Schulter an Schulter. Seine Leute – seine Wähler – sein Land – das schmerzt. Die Ankündigung, auf der letzten Sitzung vor der Sommerpause am 3. Juli 2009 das Gesetz in modifizierter Form doch noch zu verabschieden, wurde

nicht in die Tat umgesetzt, weil sich der Protest in der Zwischenzeit zu massiv formiert hatte: Die Initiative hatte binnen vier Wochen 25.000 Unterschriften gegen das CO₂-Endlager nach Berlin zum Petitionsausschuss gebracht, nach acht Wochen waren es 52.000 Unterschriften.

Protest auf allen Ebenen

Sämtliche gesellschaftlich relevanten Gruppen hatten sich einheitlich gegen das Endlager positioniert. So beschloss auch der schleswig-holsteinische Landtag einstimmig, das Gesetz im Bundesrat abzulehnen. Dem Protest schlossen sich auch die Wasserverbände und die Kirchsynoden an. Die Landeigentümer versagten Wissenschaftlern, die Untersuchungen vornehmen wollten, den Zutritt zu ihren Grundstücken. Sämtliche Kommunalparlamente der Region votierten einstimmig gegen das CCS-Gesetz.

Die Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative hat eine Geschäftsstelle errichtet und zählt inzwischen 3.000 Mitglieder. Wir vertiefen den Kontakt zu anderen Regionen Deutschlands, die von Endlagerung, Bau von Kohlekraftwerken oder Pipelinetrassen betroffen sind. Eine für den 4. Juli 2009 genehmigte Großdemonstration mit Sperrung der B 199 (Syltzubringer) haben wir wegen des Etappensieges verschoben. Wir wissen aber zu gut, dass spätestens nach der Bundestagswahl am 27. September 2009 der Kampf weiter gehen wird. Aus den vielen Diskussionen mit Vertretern von RWE kann man eindeutig entnehmen, dass sich der Konzern diese Lizenz zum Gelddrucken nicht nehmen lassen will.

Klimaschutz als Alibi

Was uns dabei immer wütender macht, ist der Missbrauch des Wortes „Klimaschutz“: Gerade weitere Kohlekraftwerke behindern über Jahrzehnte den notwendigen Energiewandel, weil sie – wie Atomkraftwerke – durch permanenten Grundlastbetrieb nicht flexibel auf ein schwankendes Alternativstromangebot reagieren können. Gaskraftwerke eignen sich für den Energiemix, bis die europäischen Regionen mit ihren unterschiedlichen Wind-, Wasser und Solaraufkommen ausreichend für den Austausch und die Ergänzung vernetzt sind. Wir nutzen die Atempause intensiv, weiter Mitglieder zu werben. Denn in diesem Land genügen gute Argumente nicht, leider gehört auch Masse dazu.

Unser Ziel ist es, allen Menschen der geplanten Trasse von Hürth bis zu uns vor Augen führen, das es nur eines Abzweigers in der Pipeline bedarf, um jeden Bereich entlang der Strecke zum Endlager werden zu lassen: Laut Geologen eignet sich der Untergrund der gesamten nord-deutschen Tiefebene für eine CO₂-Einlagerung, ebenso Bereiche in Bayern. **WERNER ASMUS**

www.kein-co2-endlager.de



CCS ist nicht durchsetzbar
Kommentar von Bundestagsabgeordneten
Hans-Josef Fell (Grüne)

Die Union will das unliebsame Thema bis auf die Zeit nach der Wahl verschieben. Interessant ist, dass die Union vor allem Ärger wegen der umfassenden Eingriffe in das Eigentum der betroffenen Bürger fürchtet. Ebenso interessant ist, dass die FDP bis heute nicht erkannt hat, dass das CCS-Gesetz ein gigantisches Enteignungsgesetz darstellt und nur mit riesigen Subventionen für die Energiekonzerne funktioniert. Wenn man sieht, wie schnell eifrige Unterstützer des CCS-Gesetzes in Deckung gegangen sind, nachdem der Widerstand anfang, sich zu formieren, steht schon jetzt fest: CCS ist in Deutschland nicht durchsetzbar. Die Energiewirtschaft hat den Kampf um CCS bereits verloren, bevor er begonnen hat. Da Union, SPD und FDP CCS nach der Wahl voran bringen wollen, muss der Widerstand weitergehen. Dieser Etappensieg war wichtig – aber auch nur eine Etappe.

Ist Stromsparen wirklich sinnlos?

Wer auf erneuerbare Energien setzt oder sich bemüht, Strom zu sparen, hilft angeblich nicht, die CO₂-Emissionen zu verringern. Das zumindest behaupten Kritiker. Richtig oder falsch? Die *Energie-Depesche* ist dieser Frage nachgegangen.

Je mehr Photovoltaikanlagen und Windräder in Deutschland Ökostrom produzieren und je weniger Strom die Verbraucher benötigen, desto weniger Strom müssen Kohlekraftwerke herstellen. Das reduziert die Emissionen, sagt uns der gesunde Menschenverstand.

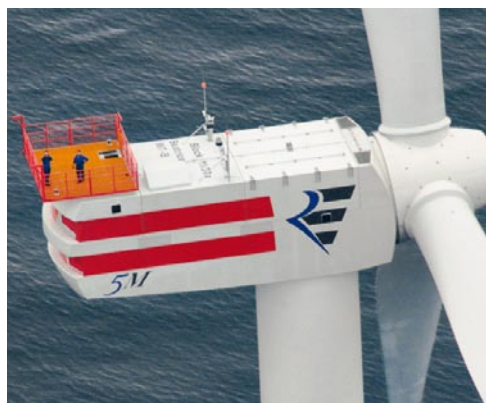
Stimmt nicht, sagen Professoren und sogar die Monopolkommission in einem Sondergutachten von 2009. Denn die Menge der gesamten CO₂-Emissionen ist durch den Emissionshandel gedeckelt. Brauchen Kohlekraftwerke weniger Emissionszertifikate, so ermöglichen diese Zertifikate höhere CO₂-Emissionen an anderer Stelle zum Beispiel in einem Zementwerk.

EEG beschleunigt Erneuerbare

Was zunächst schlüssig klingt, stimmt nicht. Die EU und Deutschland setzen bei der CO₂-Einsparung auf einen Instrumentenmix. So erfolgen die Einsparungen teilweise über den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie Stromsparen. Der Emissionshandel stellt ein weiteres, ergänzendes Instrument dar.

Bei der Festlegung der Menge der CO₂-Zertifikate für den Emissionshandel wurde die Menge Klimagas berücksichtigt, die bereits über den parallelen Ausbau der Erneuerbaren Energien und Stromeinsparungen eingespart wird. Ohne das EEG würde der Ausbau der Erneuerbaren hierzulande nicht voranschreiten. Dieser Teil der CO₂-Einsparungen würde in der Bilanz fehlen, also die Klimarechnung der Bundesrepublik verschlechtern. Und wenn der Stromverbrauch in Deutschland insgesamt höher wäre, dann lägen auch die CO₂-Emissionen insgesamt höher, denn nach wie vor decken Erneuerbare nur einen Teil des Strombedarfs.

Während der ersten Handelsperiode, in der Einsparungen erfolgen oder vermehrt Erneuerbare zum Einsatz kommen, entspannt sich die Lage auf dem Zertifikatmarkt tatsächlich. Das



5 MW Windkraftanlage Beatrix vor Schottland. Zwei Wartungstechniker im Bild machen die Größenordnung deutlich.

bedeutet aber nicht automatisch, dass an anderer Stelle höhere CO₂-Emissionen stehen. Denn die Erneuerbare-Energien-Anlagen helfen dabei, den aktuellen Strombedarf zu decken. Für andernorts fiktiv zusätzlich produzierten Kohlestrom fehlt der Bedarf.

Jede Emissionsminderung zählt

Wenn Kritiker auf diese Handelsperiode abzielen, übersehen sie überdies, dass das Wachstum der Erneuerbaren neue Spielräume für CO₂-Minderungen eröffnet. Die Ziele in den künftigen Handelsperioden können also deutlich schärfer werden.

Kostenvorteil für grünen Strom

Die Emissionszertifikate verschaffen darüber hinaus den Erneuerbaren einen Kostenvorteil, weil sie Kohlestrom zusätzlich finanziell belasten, nicht aber umweltfreundlich erzeugte Energie.

Bleibt die Frage: Lassen sich die beiden Klimaschutz-Instrumente vereinen? Theoretisch schon. Dazu müsste aber die Zahl der CO₂-Rechte

variabel angepasst werden. Im Klartext: Sobald ein neues Windrad ans Netz geht, müsste der Staat Zertifikate vom Markt nehmen. Damit ließe sich auch ein kurzfristiger Klimaeffekt erzielen. Genau das wollte das Umweltministerium unter Jürgen Trittin (Grüne) vor einigen Jahren. Durchgesetzt hat sich aber Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) mit der nun geltenden, industriefreundlichen Regelung. Dabei unterstützten ihn die großen Stromkonzerne, die möglichst viele CO₂-Zertifikate für sich reklamiert hatten.

Und warum hat sich bis heute nichts daran geändert? Ein Grund sind technische Probleme, erklären Experten. Die Menge der CO₂-Zertifikate während einer laufenden Handelsperiode zu korrigieren, sei schwierig. Ein SPD-Insider gibt aber noch eine andere Erklärung: handfeste wirtschaftliche Interessen. Würde der Staat den Konzernen ihre einmal zugeteilten Zertifikate wieder wegnehmen, hätte dies einen Aufschrei zur Folge. „Was glauben Sie, was die Unternehmen uns da sagen würden?“, fragt der Sozialdemokrat. Gewisse Konflikte könne man einfach nicht durchstehen.

Verbraucher müssen zahlen

Mit der bisherigen Lösung leben fast alle Beteiligten gut: die Regenerativbranche, finanziert aus dem EEG, die Kohlekraftwerksbetreiber, die ohne Investitionen ihre Emissionsvorgaben erreichen und mit dem Zertifikatehandel Gewinne machen, und der Staat, der am Fortkommen beider Branchen interessiert ist und zugleich einen Strukturwandel hin zum Ökostrom vorantreibt und sich als Klimaschützer feiern lässt. Grund zur Unzufriedenheit haben eigentlich nur die Verbraucher, die per Rechnung auch die CO₂-Zertifikate und die EEG-Umlage bezahlen.

Emissionshandel zu teuer

Bezogen auf die eingesparte CO₂-Menge ist der Emissionshandel wesentlich teurer und wirkungsloser als die Förderung der Erneuerbaren durch das EEG. Deshalb sollten Verbraucher die Abschaffung des Emissionshandels fordern. Der Solarenergie-Förderverein sammelt dazu Unterschriften im Internet. **AP**

www.sfv.de

Gericht stoppt Härtefall

Wegen Rückständen von 840 Euro wollte die Darmstädter *Entega* einer Behinderten rigoros den Strom abdrehen. Erst mit Gerichtshilfe gelang es der Betreuerin der Witwe, dem Energieversorger einen Kompromiss abzurufen – leider kein trauriger Einzelfall.

Auf der anderen Seite hatte sich der Darmstädter Energiedienstleister Anfang Juli 2009 als frischgebackener Haupt- und Trikotsponsor des Fußball-Bundesligisten FSV Mainz 05 vorgestellt. Angeblich lässt sich der Versorger das Sponsoring in den nächsten drei Jahren 7,5 bis neun Millionen Euro kosten. Eine Nachricht, die für die behinderte Witwe aus Darmstadt und deren amtlich bestellte Vermögensbetreuerin befremdlich klingen mag: Die Verhandlungen mit den Kickern liefen parallel zu der Androhung der Stromsperre, die erst ein Gericht in letzter Minute stoppte.

Betreuerin legte Zahlungskonzept vor

Nach dem Tod ihres Mannes im Sommer 2008 waren der psychisch kranken 54-jährigen fast sämtliche Abläufe ihres täglichen Bedarfs aus den Händen geglitten. Darüber hinaus ist die Frau gesundheitlich massiv beeinträchtigt. Deshalb konnte die Darmstädterin weder ihre Grundsicherung über die Sozialbehörden regeln, noch Rechnungen oder Abbuchungen von ihrem Konto bewältigen. Am 11. März 2009 übernahm deshalb eine amtlich bestellte Betreuerin die Regelung aller wirtschaftlichen Abläufe. Dabei fiel sofort auf, dass beim Stromlieferanten *Entega* Zahlungsrückstände von 570 Euro sowie offene Abschlagszahlungen für das laufende Jahr aufgelaufen waren – insgesamt 840 Euro. Die Betreuerin schlug dem Versorger ein Ratenzahlungs-Konzept vor: 150 Euro Sofortzahlung, den Rest in Monatsraten von 30 Euro.

Verlust der eigenen Wohnung drohte

Zur Begründung machte die Betreuerin den Energieanbieter mit Details aus den Lebensumständen der Witwe vertraut, speziell mit deren Krankheiten. Doch die *Entega* schaltete auf stur: Die Erkrankung interessiere nicht, die Lieferung werde eingestellt. Zweimal habe die *Entega* die Stromsperre angedroht, in beiden Fällen, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Vier-Wochen-



Millionengeschenke an FSV Mainz 05.

Frist einzuhalten. Für die Betreuerin der Behinderten eine fast ausweglose Lage: Über den Hartz-IV-Antrag hatten die Sozialbehörden zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden. Unklar war auch, ob die zuständige Kreisagentur darlehensweise die offene Stromrechnung der Behinderten übernimmt.

Versorgungssperre angedroht trotz Erkrankung und Ratenzahlungsangebot

Der Betreuerin war klar: Sollte der Witwe der Strom abgestellt werden, könnte die Frau die aufgrund einer Erkrankung reichlich anfallende Wäsche nicht mehr bewältigen. Die Betreuerin fürchtete eine dramatische Verschlimmerung der Gesamtsituation, die für die 54-jährige sogar zur Unterbringung in einem Wohnheim, zum endgültigen Verlust der eigenen Wohnung – und damit zu einer weiteren massiven Gesundheitsgefährdung führen könnte.

Anwaltskosten abwälzen

Erst mit Einstweiliger Verfügung gegen die *Entega*, beantragt beim Amtsgericht Darmstadt (Az: 303 C 141/09), bekam die Betreuerin den Ener-

gieversorger zurück an den Verhandlungstisch. Auf Anregung des Richters akzeptierte der *Entega*-Anwalt schließlich das Ratenzahlungs-Konzept der Betreuerin. Wäre es nach dem *Entega*-Anwalt gegangen, hätte die Witwe beziehungsweise ihre Betreuerin sogar die Anwaltskosten des Energieunternehmens übernehmen müssen. Doch damit kam der *Entega*-Anwalt nicht durch.

Die Dokumentationsstelle für widerrechtliche Versorgungssperren hat die *Entega* zum radikalen Vorgehen gegen die behinderte, schwer kranke und zudem unter Vermögensbetreuung stehende Witwe angeschrieben. Am 2. Juni 2009 traf eine E-Mail ein: „Ihre Anfrage haben wir erhalten, vielen Dank dafür. Dies ist eine maschinell erstellte Nachricht. Bitte antworten Sie nicht auf diese. Unsere Antwort schicken wir Ihnen schnellstmöglich.“ Bis zum heutigen Tag ist die *Entega* diese Antwort schuldig geblieben.

WULF KANNEGIESSER

Alle Betroffenen können angedrohte oder tatsächliche Versorgungssperren der Dokumentationsstelle mitteilen: Im Internet oder den schriftlichen Fragebogen anfordern beim Bund der Energieverbraucher e.V., Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel. Eine Mitgliedschaft im Verein ist dafür nicht erforderlich.



Der baden-württembergische Verbraucherminister und Vorsitzender der Verbraucherministerkonferenz Peter Hauk im Gespräch mit Vereinsvorsitzenden Dr. Aribert Peters

Rückerstattung genehm?

Die EU-Kommission hat gegen *E.on* und *Gaz de France* eine Kartellstrafe in Milliardenhöhe verhängt. Die Unternehmen hätten durch die Aufteilung von Märkten gegen das im EU-Recht verankerte Verbot von Kartellen und wettbewerbswidrigem Verhalten verstoßen, hieß es zur Begründung. Damit hat die Kommission erstmals eine Kartellstrafe im Energiebereich verhängt. Der Bund der Energieverbraucher prüft derzeit, wie die Ansprüche von Verbrauchern gegenüber *E.on* durchgesetzt werden können. Es ist durchaus möglich, dass eine Möglichkeit gefunden wird, dass Verbraucher ohne finanzielles Risiko zumindest einen Teil der zuviel gezahlten Gaskosten zurückerlangen können. Wer Interesse hat, sich an einer derartigen Rückforderungsklage zu beteiligen, kann im Internet kostenfrei und unverbindlich seinen Namen hinterlegen: <http://eon.energieverbraucher.de>

VERBRAUCHERRECHTE

Petitionsausschuss bügelt Verbraucher ab

4.150 Menschen haben im Oktober 2007 eine Petition des Bundes der Energieverbraucher e.V. an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mitgezeichnet. Darin forderte der Verein eine Verbesserung der Rechte der Energieverbraucher und eine Umsetzung der Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie 2003/54/EG, zum Beispiel die Einrichtung einer Schlichtungsstelle.

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Mai 2009 beschlossen, der Empfehlung des Petitionsausschusses (BT-Drucksache 16/12703, Petition 1-16-

09-7511-029238) zu folgen. Damit ist das Petitionsverfahren abgeschlossen. Die vom Bundeswirtschaftsministerium eingeholte Stellungnahme haben Ausschuss und Bundestag inhaltlich übernommen: „Nach Ansicht des Petitionsausschusses besteht im deutschen Recht ein umfassender Schutz von Verbraucherrechten im Rahmen der Energieversorgung. Der Ausschuss vermag daher das Anliegen des Petenten nicht zu unterstützen. Er empfiehlt, das Verfahren abzuschließen“. Das am 6. Mai 2008 an den Bundes-

präsidenten Horst Köhler gerichtete Schreiben mit der Bitte um Hilfe in dieser Sache blieb bis heute unbeantwortet.

Tröstlich: Im dritten Richtlinienpaket der EU wird allen Mitgliedstaaten die Einrichtung einer Schiedsstelle für Energieverbraucher verbindlich vorgeschrieben.

Darüber hinaus hat die EU-Kommission gegen die Bundesrepublik nunmehr endlich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil es in Deutschland keine Schiedsstelle für Energieverbraucher gibt.

ENERGIESPAR-SHOW

Unterhaltsam sparen

Eine außergewöhnliche Energiespar-Kampagne präsentiert handfeste Informationen und lukrative Tipps zum Thema „Energie sparen“ auf unterhaltsame Weise. Mitveranstalter ist der Bund der Energieverbraucher e.V.

Thema der Show ist unter anderem: Wie senke ich den Energieverbrauch meiner Wohnung oder meines Hauses dauerhaft?

Die Beantwortung dieser Frage steht im Mittelpunkt jeder Veranstaltung während der „Energiespar-Tour 2007/2008/2009“. „Fast alle Altbauten und die überwiegende Zahl unserer Neubauten verbrauchen zu viel Heizenergie. Wer jedoch sein Haus richtig dämmt, kann den Verbrauch von Öl oder Gas auf ein Viertel reduzieren“, sagt Bauingenieur und TV-Bauleiter Ronny Meyer, der die Tour initiiert hat und jede Veranstaltung moderiert. Seine Gesprächs- und Interviewpartner auf der Bühne sind jeweils kompetente Fachleute aus der Region: Architekten, Bausachverständige, Handwerker.



www.ronny-meyer.com/aktuell_energiespartour.html

Termine

15. Oktober 2009	Aschaffenburg / Stadthalle
22. Oktober 2009	Brühl / Tanzzentrum Brühl
27. Oktober 2009	Köln / Börsensaal IHK
29. Oktober 2009	Siegburg / Rhein-Sieg-Halle
27. November 2009	Bad Godesberg / Stadthalle
28. November 2009	Darmstadt / Darmstadion

Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch von Experten beraten lassen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung:
Mo. 20.00 - 21.00 | 040.390 29 39 | Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser:
Mo. 19.00 - 21.00 | 0523.39 07 47 | Klaus Michael

Hausgeräte – Probleme und Reparatur:
Mo. 19.00 - 21.00 | 0800.2333 800 | Oliver Stens
nur für Mitglieder – keine TV-/HiFi-Geräte

Flüssiggas – Technische Fragen:
Do. 20.00 - 21.00 | 026 44.808 174 | nur für Mitglieder

Rechtsberatung:
Mo. 16.00 - 19.00 | 0800.2333 800
Do. 18.00 - 21.00 | 0800.2333 800
nur für Mitglieder

Flüssiggas-Anwaltshotline:
Di. 16.00 - 18.00 | 0800 / 2333 800 | Gerd Rentzmann | nur für Mitglieder

Umzug: Meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Mitgliedsnummer

Name

Straße

Plz, Ort

Telefon

Email

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto BLZ

Kreditinstitut

Bitte schicken Sie mir Informationen

Bitte 2,90 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro

- ☐ Bund der Energieverbraucher e.V.
- ☐ Preis-Protest
- ☐ Flüssiggas
- ☐ Vor-Ort-Beratung
- ☐ BHKW-Infos
- ☐ Fördermittelübersicht
- ☐ Schönauer Energiespartipps
- ☐ Liste sparsamer Hausgeräte
- ☐ Liste sparsamer Büro- und Fernsehgerätes

Von der Stiftung Warentest empfohlen



Abenteuer Energieeinsparen

DVD oder VHS
19,90 Euro (für Vereinsmitglieder 15 Euro)
zuzüglich drei Euro Versandkosten

So helfen wir Ihnen

STROM

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre Jahresabrechnung und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Nur für Mitglieder 20 Euro.

Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir sagen Ihnen, welcher Anbieter für Sie in Frage kommt. Senden Sie uns Ihre letzte Stromrechnung oder sagen Sie uns, wie viel Strom (Kilowattstunden) Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Für Mitglieder einmal jährlich kostenlos, für Nichtmitglieder zehn Euro.

ERDGAS

Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder zehn Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre aktuelle Abrechnung, die vorletzte Abrechnung (bei Abschlagsberechnungen) und die Abrechnung aus der die akzeptierten Preise hervorgehen. Nur für Mitglieder 20 Euro.

FLÜSSIGGAS

Wollen Sie aus Ihrem Flüssiggasvertrag heraus?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas, bei uns anfordern oder unter <http://fluessiggasraus.energieverbraucher.de>. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Preisklausel ungültig?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihre Preisgleitklausel. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags. Für Mitglieder 50 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro.

HEIZKOSTENNABRECHNUNG

Ist Ihre Abrechnung richtig?

Unser Gutachten sagt es Ihnen. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/ Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers, Baujahr des Gebäudes. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro.

SOLARSTROM-EINSPESIVERTRÄGE

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei.

Bitte einsenden an:

Bund der Energieverbraucher e.V.,
Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel, Fax 02 22 4 - 10 32 1
service@energieverbraucher.de · www.energieverbraucher.de



Die Bundesregierung fördert seit Juli 2007 die ausführliche Energie-diagnose von Wohngebäuden, die vor 1994 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 300 Euro, für Drei- und Mehrfamilienhäuser 360 Euro maximal jedoch 50 Prozent der Kosten. Darüber hinaus gehende Kosten trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

LEITZONE 00000

04103 Leipzig Dipl.-Ing. Ronald Heller, Baubiologischer Gebäude-Energieberater, Täubchenweg 1, T. 0341.3318508 **09456 Annaberg-Buchholz** Ingenieurbüro Hanspeter Weber, Geyersdorfer Hauptstr. 23, T. 03733.542832

LEITZONE 10000

10405 Berlin Dipl.-Ing. Franco Dubbers, Architekt und Energieberater, Heinrich-Roller-Str. 15, T. 030.28099390 **10829 Berlin** (Schöneberg) AZI-MUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, T. 030.7877460 **17509 Katzow** Dipl.-Ing. (FH) Rolf Schade, Unterreihe 10a, T. 038373.20283

LEITZONE 20000

22147 Hamburg sparWatt, Nienhagener Str. 168, T. 040.6047877 **22339 Hamburg** Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, T. 040.5394143 **22765 Hamburg** H-M. Hell, Behring Str. 23, T. 040.3902939 **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, T. 04522.593722 **24629 Kisdorf**/Kisdorfer Wohld Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, EnergieSystem, Ing.-Büro für Gebäudetechnik, Segeberger Str. 71a, T. 04194.9881883 **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, T. 04121.450852 **25524 Itzehoe** Ingenieurbüro, Dipl.-Bauing. Claudia von Valtier, Adolf-Rohde-Str. 35, T. 04821.406240 **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, T. 04421.926411 **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, T. 04231.930301

LEITZONE 30000

30952 Ronnenberg Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schilfweg 24, T. 0511.435350 **31061 Alfeld** Dipl.-Ing. Hans-Dieter Efkes (VDI), Eimser Weg 7, T. 05181.25848 **31863 Coppenbrügge** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Steinweg 8, T. 05156.785252 **33613 Bielefeld** Sachverständigenbüro Hans Westfeld, Niederbrodthagen 12, T. 0521/7808833 **34128 Kassel** Energieberatung Dipl.-Ing. Eva Koch, Lambertweg 24, T. 0561/7667626 **35614 Asslar** Matthias Muchel, Loher Str. 6, T. 06441.679030 **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, T. 02771.850486 **38104 Braunschweig** Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, T. 0531.7012480 **38518 Gifhorn** Hartwig Höfers, Ringstr. 31, T. 05371.53440

LEITZONE 40000

47877 Willich Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, T. 02154.205203 **49124 Georgsmarienhütte** Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, T. 05401.363637 **49143 Bissendorf** Dipl.-Ing. Chr. Seebold, Architektur + Umwelt, Neue Str. 6, T. 05402.984185

LEITZONE 50000

51702 Bergneustadt NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, T. 02261.949464 **53225 Bonn** Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr.116, T. 0228.464219 **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, T. 02683.949232 **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, T. 02241.258420 **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, T. 06571.954622 **55425 Waldalgesheim** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Untere Hey 2, T. 06721.400420 **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, T. 0671.44002 **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, T. 0261.9835998 **56477 Rennerod** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Alter Bahnhof, T. 02664.99789-10 **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, T. 02381.61821 **59457 Werl** Marc Fliesenberger, Energieberatung – Modernisierungsplanung, Walburgisstr. 11, T. 0172.2316671

LEITZONE 60000

63897 Miltenberg Dipl.-Ing. Architektur Karlheinz Paulus, Mainbullau 124, T. 09371.80710 **63924 Kleinheubach** Architekturbüro ads, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitz, Schlosspark 5, T. 09371.97950 **65375 Oestrich-Winkel** Dipl.-Ing. Adolf Schreiner, Hauptstr. 2, T. 06723.9175-0 **65510 Idstein** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, T. 06126.9577-60 **66280 Sulzbach** Dipl.-Ing. P. Wünsch, Ingenieurbüro EzET, Schlachthofstr. 11a, T. 06897.7789312 **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, T. 06326.962996

LEITZONE 70000

72074 Tübingen SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, T. 07071.8884118 **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, T. 0791.41240 **74589 Satteldorf** ebp-postner, Dipl.-Ing. Manfred Postner, Hackwiesenweg 28, T. 07951.961539 **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, T. 0721.377896 **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts,

Dipl.-Ing. Architekt, Strahlerweg 117, T. 0721.9415868 **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, T. 07723.7040 **78224 Singen** Dipl.-Ing. Rainer Behn, Solar und Haustechnik, Höristr. 7, T. 07731.795080 **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, T. 07621.95770

LEITZONE 80000

81375 München Ingenieurbüro Wolfgang Bauer, Energieberatung, Batzerstr. 8, T. 089.74009977 **82229 Seefeld** Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterwiesen 3, T. 08152.7113 **85598 Baldham** INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, T. 08106.997444 **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, T. 0821.452312 **89520 Heidenheim** Karl Reyher, Knupf-wertal 36, T. 07321.64569

LEITZONE 90000

91504 Ansbach IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, T. 0981.4880060 **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Energent AG, Ludwig-Thoma-Str. 36a, T. 0921.50708450 **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wick-lein, Am Schießstand 42 B, T. 09561.90290 **96479 Weitraamsdorf** GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfränger, Gersbach 3, T. 09561.420644 **97225 Zellingen** H. Endrich, Billingshäuser Str. 51, T. 09364.9319 **97877 Wertheim** Pro Therm, Dipl.-Phys. Dr. Armin Schwab, Bildweg 9, T. 09342.23469 **99096 Erfurt** Dipl.-Ing. Jans Mewes, Ingenieurbüro für TGA, Schillerstr. 6, T. 0361.3452920

Die Liste soll Rat suchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen | Ohne Anspruch auf Vollständigkeit | Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher | Wird vierteljährlich aktualisiert | Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher | Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen | Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt | Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos | Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Tel. 06196.4 95 28 10, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.

Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter:

www.bafa.de



ENERGIESPAR-TOUR 2009
RONNY MEYER
DONNERSTAG, 15. OKTOBER 2009
 STADTHALLE ASCHAFFENBURG, 19.00 UHR
 EINLASS UND ENERGIESPAR-AUSSTELLUNG AB 17.30 UHR
 SCHLUSSPLATZ JA, GUTER ASCHAFFENBURGER
 VVK: EUR 6,50 – AK: EUR 8,00
„KOMM' MIT INS ENERGIESPARLAND!“
KEIN KONGRESSPAR-OWEN – PRÄSENTIERT VON:
GEHARDT
BAUZENTRUM
Sparkasse
Aschaffenburg-Alzenau
quick-mix
ANAF
Vaillant

EINTRITTSKARTE

IHR GEWINN
ENERGIESPAREN
IST IMMER EIN GEWINN!
RÜCKSEITE AUSFÜLLEN
UND MIT ETWAS GLÜCK EINE
ENERGIESPARUNG IM WERT
VON HUND TOL – EUR
GEWINNEN!

ENERGIESPARSHOW präsentiert vom Bund der Energieverbraucher e.V.

- 15.10.2009 Aschaffenburg/Stadthalle
- 22.10.2009 Brühl/Tanzzentrum Brühl
- 27.10.2009 Köln/Börsensaal der IHK
- 29.10.2009 Siegburg/Rhein-Sieg-Halle
- 02.11.2009 Bonn Bad Godesberg/Stadthalle
- 12.11.2009 Darmstadt/Darmstadtturm

Bücher

Energieeinsparverordnung (EnEV) | Johannes Volland | zweite überarbeitete und erweiterte Auflage 2009 | 210 Seiten | Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm | ISBN 978-3-8073-0104-4 | Preis 19,95 Euro

Schadensersatz und Verbandsklagerecht | Jürgen Keßler | 2009 Berliner Wissenschafts-Verlag, Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes Band 12 | ISBN 978-3-8305-1b85-3 | Preis 21,60 Euro

Ratgeber energiesparendes Bauen: Auf den Punkt gebracht: Neutrale Fachinformationen für mehr Energieeffizienz | von Thomas Königstein | 208 Seiten | Verlag: Blottner | ISBN 978-3893671175 | Preis 24,90 Euro

Dämmen und Sanieren in Alt- und Neubauten | von Ulrich E. Stempel | 272 Seiten | Verlag: Franzis | ISBN 978-3772359859 | Preis 29,95 Euro

Gebäude modernisieren – Energie sparen | von Peter Burk und Günther Weizenhöfer von Stiftung Warentest(Broschiert) | Juni 2009 | 303 Seiten | ISDN 978-3940580320 | Preis 12,90 Euro

Energiesparen im Haushalt (Energie sparen) | von Gudrun Bergdolt und Dirk Mattner von Haufe (Broschiert) | Februar 2009 | 128 Seiten | ISBN 978-3448093018 | Preis 6,90 Euro

Energie aus Biomasse: Grundlagen, Techniken und Verfahren | von Martin Kaltschmitt, Hans Hartmann und Hermann Hofbauer | Springer, Berlin (Gebundene Ausgabe) | August 2009 | 1.032 Seiten | ISBN 978-3540850946 | Preis 99,95 Euro

Einfach Energie sparen | von Ute Goerke von Haufe | 190 Seiten | ISBN 978-3448092886 | Preis 14,95 Euro

Veranstaltungen

28.10.-29.10.09
Erster branchenübergreifender KWK-Kongress
www.energiekalender.de/anzeige/adresse.php?eintrag=1201173
 Veranstalter BBHKW

17.10.09
Zweites Kleinwindanlagen-Symposium in Kassel
 Veranstalter: BWE

30.09.2010
Energieeffizienz
www.bine.info
 Rahmenbedingungen, Umsetzung in Nürnberg
 Veranstalter: Bayern Innovativ

28.10.-30.10.2009
Messe für Sanitär, Heizung, Klima und Gebäudeautomation
 in Leipzig, Veranstalter: Leipziger Messe GmbH

22.10.2009
Seminar: Grundlagen der Kraft-Wärme-Kopplung mit Mini-Blockheizkraftwerk in Frankfurt
www.bine.info
 Veranstalter: Deutsches Energieberater-Netzwerk e. V

DACHSPARKONTO



DIE SONNE ZAHLT EIN. TÄGLICH. MIT SICHERHEIT.

Investieren Sie krisensicher auf dem eigenen Dach. Eine Solaranlage von SolarWorld macht Sie zum Stromerzeuger – mit der vierfachen Rendite eines Bundesschatzbriefes. Garantiert, sauber, deutsche Technologie.



SolarWorld. And EveryDay is a SunDay.

www.solarworld.de